Köpfe statt Inhalte S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 14 – 9. April 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Merkels Vorbild aus der Tierwelt: Passt sich die CDU ihrer Umwelt so an wie das Chamäleon seiner Umgebung, ist die klassische politische Farbenlehre außer Kraft gesetzt und Koalitionen jeder Art sind möglich.

Foto: pa

Schwarz-Grün am Horizont

Nach dem Niedergang der FDP tut sich für Merkel eine neue Bündnisoption auf

Ob mit oder ohne Westerwelle, die FDP liegt inhaltlich wie personell am Boden. Mit diesem siechenden Koalitionspartner dürfte es Angela Merkel und der CDU kaum gelingen, bei der nächsten Bundestagswahl 2013 an der Macht zu bleiben. Eine neue Bündnisoption könnten die Grünen sein.

Die Krise der Liberalen ist auch eine Krise der Christdemokraten, denn sie drohen ihren traditionellen Koalitionspartner zu verlieren. Dennoch wird Merkel weder als Parteivorsitzende noch als Regierungschefin etwas zu seiner Stabilisierung tun. Weder wird sie es einem FDP-Aufsteiger gestatten, sich auf ihre Kosten im Kabinett zu profilieren, noch wird die CSU zusehen, wie sich eine wieder gefestigte FDP im Machtgefüge neu positioniert. Politik ist egoistisch, nicht solidarisch. Damit ist das einst von Merkel und Westerwelle geschmiedete machtstrategische Bündnis am Ende.

Bei der Suche nach einer Alternative erweist sich Merkels Talent zum politischen Chamäleon als vorteilhaft. Programmatisch ist die CDU ohnehin kaum noch zu greifen, und wo es kein Ziel gibt, stimmt bekanntlich jede Richtung. Will sie keine Neuauflage der Großen Koalition, bleibt ihr nur ein Bündnis mit den Grünen. Die meisten Hindernisse dafür hat sie selbst beseitigt. Die Reduzierung der Bundeswehr, das Ende der Wehrpflicht, das Heraushalten aus dem Libyen-Konflikt und die willfährige Beteiligung an milliardenschweren Rettungsmaßnahmen für die maroden Haushalte der europäischen Nachbarländer kommen dem Kern grüner Politik entgegen. Selbst die als unüberwindlicher Ausschlussgrund für ein schwarzgrünes Bündnis geltende Atompolitik spaltet beide Parteien nun nicht mehr. Längst hat sich die CDU dem grünen Zeitgeist angepasst. Eine endgültig nach links abgebogene CDU würde wohl kaum mehr als 35 Prozent einfahren, aber zum Weiterregieren würde es reichen.

> Die dem Zeitgeist angepasste CDU kann mit jedem koalieren

Innerparteilichen Widerstand gegen ein neues Koalitionsbündnis muss Merkel nicht fürchten. Ihre alten Gegner wie Friedrich Merz, Roland Koch oder Christian Wulff sitzen längst auf dem politischen Altenteil oder wurden von ihr weggelobt. Will die CDU nach den harten Wahlschlappen in Hamburg und Baden-Württemberg nicht auch noch das Kanzleramt verlieren, wird sie Merkels Metamorphose wohl oder übel mitmachen. Eine konservative CDU wäre dann allerdings endgültig Geschichte.

Die Grünen wiederum können ihre Stärke nutzen und die Bedingungen diktieren. Ihre Parteichefin Claudia Roth hält ein Bündnis allerdings für „immer schwieriger“, da Merkels Entscheidungen „kaum noch etwas mit Überzeugungen zu tun“ hätten. Für pragmatische und wirtschaftorientierte Grüne könnte indes schon bald attraktiver erscheinen das Schwarz einer Merkel-CDU als das Rot einer weithin orientierungslosen SPD.

Noch tut Merkel schwarz-grüne Gedankenspiele als „Hirngespinste“ ab. Es wäre aber nicht das erste Mal, dass Unwahrscheinliches aus machtpolitischem Kalkül plötzlich zur Realität wird. *Jan Heitmann*

Wilhelm v. Gottberg:

Westerwelle

Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, ist einer, der die Sache regelt.“ Mit diesem Satz – schon vor Jahren geäußert – beanspruchte der FDP-Parteivorsitzende Guido Westerwelle die Richtlinienkompetenz für die innerparteiliche Diskussion. Nun hat es sich ausgeregelt. Westerwelle wird beim kommenden Parteitag der FDP nicht wieder für das Amt des Vorsitzenden kandidieren. Das desaströse Wahlergebnis der FDP vom 27. März kulminierte in der Forderung zahlreicher FDP-Repräsentanten der zweiten Reihe nach Rücktritt des Vorsitzenden. Westerwelle musste eine Abwahl befürchten; er trat die Flucht nach vorn an. Mit der Aufgabe des Parteivorsitzes und seiner Bereitschaft, das Vizekanzleramt abzugeben, hofft er, den Stuhl des Außenministers für sich retten zu können.

Der noch amtierende Außenminister steht für Symbol- und Klientelpolitik. Er war schon vor dem Urnengang im Südwesten angezählt. Westerwelle war es, der in bester Kontinuität der FDP-Wendetradition zehn Tage vor der Wahl in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz das dreimonatige Atommoratorium forderte. Unvergessen sein sorgfältig inszenierter Besuch in Warschau gleich nach seiner Ernennung oder seine in Ägypten wohlfeil vorgetragene Forderung nach Rücktritt Gaddafis. Seinen Weggefährten, die ihm beim Aufstieg behilflich waren, verhalf er bei der Regierungsbildung im Herbst 2009 zu einflussreichen Positionen. Damit verpflichtete er zugleich potenzielle innerparteiliche Kritiker zur Loyalität. Als der Wahlerfolg ausblieb und die Umfragewerte in den Keller rauschten, half keine Effekthascherei mehr. Es ist vorbei mit der Wohlfühlatmosphäre bei den Liberalen.

Atomkraft »wegpusten«

Nicht nur die Windkraftbranche, auch Baden-Württemberg optimistisch

In Hannover stiegen dieser Tage die Träume einer ganzen Branche in den Himmel: Hermann Albers, Präsident des Bundesverbandes Wind (BWE), verkündete auf der Hannover Messe stolz, dass sich die deutschen Windbauern in der Lage sehen, den Atomanteil im Energiemix der Bundesrepublik mittelfristig zu ersetzen.

Allerdings ließ Albers bei seiner Aussage den Umstand unter den Tisch fallen, dass zur effektiven Nutzung der Windenergie der Ausbau von Stromnetzen und von Speicherkapazitäten gehört. Nur so gelangt der Strom dorthin, wo er gebraucht wird, und ist auch nach Bedarf verfügbar. Und hier hakt es: Allein in Niedersachsen sollen Bürger laut „Handelsblatt“ gegen drei geplante Hochspannungsleitungen 14000 Einwände eingebracht haben.

Doch Albers verweist auf eine Studie des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik, nach der bei einer Nutzung von zwei Prozent der Fläche des Landes für Windräder rund 390 Terawattstunden Strom pro Jahr geliefert werden könnten. Dieses Potenzial liege um mehr als das Doppelte über dem derzeitigen Beitrag der Kernenergie. Und der BWE-Chef hat sogar schon Regionen im Auge, wo bisher aus seiner Sicht zu wenig Windräder stehen: nämlich Bayern und Baden-Württemberg, wo sich bisher die Landesregierungen dagegen gewehrt haben.

> Zwei Prozent des Landes mit Windrädern

Zumindest aus Baden-Württemberg kann Albers mit Unterstützung seiner Pläne rechnen, denn die neue grün-rote Landesregierung unter Winfried Kretschmann setzt ebenfalls auf Windkraft. Der vom scheidenden Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) „geerbte“ Energiekonzern EnBW soll zum führenden Ökostrom-Anbieter in Deutschland werden. Doch gerade das Atom-Moratorium macht dem Grünen hier einen Strich durch die Rechnung (siehe Seite 2). *Bel*

Libyen: Es geht ums Öl

Geheimdienste schon vor Bürgerkriegsbeginn im Land aktiv

In Libyen wird weiter geschossen und gebombt. Die Nato meldete am 3. April 70 Kampfeinsätze und am 4. April 60 Kampfeinsätze ihrer Luftstreitkräfte. Der Bürgerkrieg im Wüstenstaat wäre für das Gaddafi-Regime bereits entschieden, wenn nicht das Verteidigungsbündnis Nato massiv zugunsten der Aufständischen eingegriffen hätte.

Die Medien vermitteln den Menschen den Eindruck, dass ausschließlich humanitäre Gründe für das Eingreifen des Westens in den libyschen Bürgerkrieg ausschlaggebend gewesen wären. Dies ist Desinformationspolitik nach Art der untergegangen Sowjetunion. Inzwischen haben Washington und London eingestanden, dass ihre Geheimdienste seit vielen Wochen in Libyen aktiv sind. Obwohl nicht bestätigt, gilt das auch für Paris. Frankreich sieht sich in einer Schutzmachtfunktion für die Maghreb-Staaten.

> Auch Opfer durch Nato-Einsätze

Die friedlichen Massendemonstrationen im Nahen Osten griffen zunächst nicht auf Libyen über. Als es später auch dort zu kleineren Demonstrationen kam und das Regime gewaltsam dagegen vorging, kam es rasch auch auf Seiten der Demonstranten zu Gewaltanwendungen. Woher hatten die Demonstranten Waffen? Wie kam es dazu, dass einzelne bewaffnete Einheiten des Regimes zu den Aufständischen überliefen? Heute wissen wir mehr. Die Anfänge des Bürgerkrieges in Libyen wurden aus dem Ausland gefördert. Libyen ist ein Öl-Staat und mit Gaddafi waren noch alte Rechnungen offen, obwohl man ihm inzwischen nicht mehr gram war. Energisch muss dem Eindruck widersprochen werden, dass die Opfer im libyschen Bürgerkrieg ausschließlich den Gaddafi-Truppen anzurechnen sind. Die Kampfeinsätze der Nato-Luftwaffe haben hunderte zivile Opfer zur Folge. *Wilhelm v. Gottberg*

MELDUNGEN

Neuer PAZ-Internetauftritt

Hamburg – Die technischen Möglichkeiten und das ästhetische Empfinden sind stets im Wandel begriffen. Das gilt gerade für das Medium Internet. Daher hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* ihren Internetauftritt überarbeitet. Die neue Seite soll gefälliger und leichter zu navigieren sein. Ob das unsere Leser auch so sehen, kann natürlich nur der Praxistest beweisen, daher bittet die *PAZ*-Redaktion Sie, liebe Leser, sich unter www.preussische-allgemeine.de das Ergebnis anzuschauen und uns Ihre Meinung mitzuteilen, denn nur so können wir besser werden und Ihren Wünschen entsprechen, denn schließlich tun wir alles, was wir machen, nur für Sie. *Bel*

EU gegen DB-Subventionen

Berlin – Erstmals zahlt die Deutsche Bahn (DB) Dividende an den Bund. Wie von Finanzminister Wolfgang Schäuble gefordert, erhält der Bund als Allein-Aktionär der DB 500 Millionen Euro. Doch laut Verkehrsminister Peter Ramsauer erhält die Bahn den größten Teil davon für den Ausbau des Schienennetzes zurück. Derartige Finanztransaktionen hingegen stoßen in Brüssel auf Missfallen. Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia hat die Überweisungen des Bundes und der Länder an die Bahn im Visier. Derzeit wird geprüft, ob der Bund den DB-Nahverkehr unrechtmäßig subventioniert. Gäbe es mehr Konkurrenz auf der deutschen Schiene, könnte der Staat hier mehrere hundert Millionen Euro sparen. Brüssel unterstellt dem deutschen Staat, dass er als Alleineigentümer der DB gar kein Interesse am mehr Konkurrenz auf der Schiene habe. *Bel*

Die Schulden-Uhr:

Verfälschende Rechenspiele

Die NordLB und die Helaba, die einzigen beiden Landesbanken, die verhältnismäßig gut durch die Bankenkrise gekommen sind und keiner Unterstützung durch Bund und Ländern bedurften, wehren sich gegen den neuen europaweiten Banken-Stresstest. Dieser soll am 13. April starten. Grund für den Unmut der beiden Landesbanken ist der Umstand, dass offenbar stille Einlagen nicht als hartes Kernkapital gelten sollen. Da aber die Landesbanken bisher keinen Zugang zum Aktienmarkt hatten, besteht ein Großteil ihres Kernkapitals nun einmal aus stillen Einlagen. Die Helaba und die NordLB fürchten nun, dass sie bei diesem Bankenstresstest schlechter dastehen werden als beispielsweise die Commerzbank oder die WestLB, deren Finanzierung durch die Staatsrettung bereits anders geregelt ist. *Bel*

1.944.598.285.748 €

Vorwoche: 1.943.220.691.804 €
Verschuldung pro Kopf: 23 802 €
Vorwoche: 23 785 €

(Dienstag, 5. April 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ohne Atom kein Ökostrom

Baden-Württemberg: Die designierte rot-grüne Landesregierung will Energieversorger EnBW umbauen

Geldsorgen, CDU-nahe Kommunen und Stadtwerke sowie die eigenen Anhänger zerstören die Pläne von Winfried Kretschmann (Grüne), EnBW zum größten Ökostrom-Anbieter Deutschlands zu machen.

Bis zum 6. April hatten die Aktionäre des Energieversorgers EnBW die Möglichkeit, ihre Anteile zu einem attraktiven Preis von 41,50 Euro an das Land Baden-Württemberg zu verkaufen. Doch obwohl die Zukunftsaussichten für das Unternehmen nach dem Atom-Moratorium der schwarz-gelben Bundesregierung bescheiden sind, nahmen zahlreiche Kommunen und Stadtwerke das Angebot nicht an. Ökonomisch ist ihre Entscheidung, die Aktien zu halten, auf den ersten Blick nicht sinnvoll. Nach der von Angela Merkel nach dem japanischen Atomunfall in Fukushima eingeleiteten Atomwende steht EnBW vor ernsthaften Problemen. 51 Prozent des Stroms, den das Unternehmen produziert, stammten bisher aus Kernkraft. Doch nun sind die Meiler Neckarwestheim I (Baujahr 1976) und Philippsburg (Baujahr 1979) vom Netz. Somit wurde aufgrund einer Entscheidung aus Berlin der Jahresumsatz des Unternehmens mit einem Schlag um rund 500 Millionen Euro reduziert.

Weniger Umsatz bedeutet weniger Gewinn, so die einfache Schlussfolgerung, die die Aktionäre von EnBW nun verkraften müssen. Das ist folgenschwer, weil die meisten Kommunen genau wie das Land ihre EnBW-Käufe über Kredite finanziert haben. Der scheidende Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) hatte erst zum Jahreswechsel ein riesiges Aktienpaket vom französischen Energieversorger EDF für 4,7 Milliarden Euro zurückgekauft. Zins und Tilgung sollten über die Gewinne finanziert werden, doch die werden nun deutlich geringer ausfallen, so dass das Land und die Kommunen ihre Kredite mit über die laufenden Haushalte finanzieren müssen.

Das bringt Mappus-Nachfolger Winfried Kretschmann (Grüne) massiv in Bedrängnis. Eigentlich will er EnBW zum führenden Ökostrom-Anbieter in Deutschland ausbauen, doch dafür braucht man Geld für Investitionen. Gleichzeitig braucht er nun auch Geld, um die Kredite zu bedienen. Und dann war da ja noch der 6. April, an dem sich trotz der misslichen Lage, in der sich EnBW und somit auch seine Aktionäre befinden, diese gegen einen Verkauf zu einem attraktiven Festpreis entschieden. Egal, ob die Stadt Karlsruhe, die freien Aktionäre des Neckar-Elektrizitätsverbandes, die Badische Energieaktionärs-Vereinigung oder der Gemeindeelektrizitätsverband Schwarzwald-Donau, sie alle verkauften höchstens einen kleinen Teil ihrer Aktien. Sie wollen zusammen mit den Oberschwäbischen Elektrizitätswerken (OEW), einem Zweckverband von zehn wohlhabenden Landkreisen am Bodensee, die Mehrheit an EnBW halten. OEW besitzt wie das Land rund 45 Prozent an EnBW. Sie alle – die meisten von ihnen CDU-affin – wollen verhindern, dass die neue grün-rote Landesregierung EnBW zum grünen Prestige-Projekt umformt und somit die Versorgungssicherheit und die Versorgung der ansässigen Unternehmen mit günstigem Strom gefährdet.

Veto gegen Windräder wegen Touristen

Während sich die genannten Unternehmen den Luxus leisten, ihre Aktien aus politischen Erwägungen heraus zu halten, sieht sich der künftige Ministerpräsident Kretschmann kaum in der Lage, aus politischen Motiven heraus zu handeln. Denn nicht nur die Kommunen drohen mit Veto zu seinen Plänen, auch im EnBW-Aufsichtsrat zeichnet sich ab, dass er dort nicht seine Leute platzieren kann. Bereits am 19. April, noch bevor die neue grün-rote Regierung steht, wird bei der Hauptversammlung der neue Aufsichtsrat gewählt. Die Kandidaten hierfür hat noch Stefan Mappus in Stellung gebracht. Kretschmann versucht, deren Wahl zwar irgendwie zu verhindern, weiß aber nicht wie. Aber wie soll er ein Unternehmen nach grünen Plänen umbauen, wenn er weder im Aufsichtsrat seine Leute hat, noch die Mehrheit der Aktien hält und zudem das Geld für Investitionen fehlt?

Zu allem Überfluss muss er auch noch mit Gegenwind aus dem eigenen Lager rechnen. Das zusammen mit RWE geplante Pumpspeicherkraftwerk Schluchsee, das eine höhere Leistung als die meisten Kernkraftwerke hierzulande hat und durch überschüssige Wind- und Sonnenenergie gespeist werden soll, wird von Bürgerinitiativen massiv bekämpft. Eigentlich sollte das Milliardenprojekt bereits 2018 in Betrieb gehen, doch der Widerstand der Bürger, viele von ihnen Anhänger der Grünen, macht diesen Plan zunichte. Und auch der Bau weiterer Windparks wird blockiert. Begründung: Man wolle keine Touristen abschrecken.

Und als wäre all das nicht schon hart genug, attestiert nun auch noch ein von Greenpeace in Auftrag gegebenes Gutachten genau das, was der Atomkraft-Gegner Kretschmann schon ahnt: Ohne die Meiler ist der Umbau zum größten Ökostrom-Anbieter nicht finanzierbar. *Rebecca Bellano*



Eher Fluch als Segen: Mit ihrem 45-Prozent-Anteil am Energieversorger EnBW könnten Winfried Kretschmann (Grüne) und Nils Schmid (SPD) nun tatsächlich neue Energie für Baden-Württemberg produzieren, doch ausgerechnet das Atom-Moratorium der Bundesregierung macht ihnen einen Strich durch die Rechnung.

Warnung vor Missdeutung

BdV bei Merkel: Unschuldige im ZgV nicht zu Tätern machen

Bundeskanzlerin Angela Merkel empfing am 31. März das Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit seiner Präsidentin Erika Steinbach zu einem Meinungsaustausch im Bundeskanzleramt in Berlin. Dort hatten sich beide Seiten auf vier Themen verständigt, die zu diskutieren seien: 1) nationaler Gedenktag, 2) Massengräber deutscher Ziviltoter in den Vertreibungsgebieten und den deutschen Siedlungsgebieten im Süd-Osten Europas, 3) Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter und 4) Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" (ZgV).

Hinsichtlich des nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung machte Merkel deutlich, dass die Bundesregierung dieses Anliegen ergebnisoffen prüfen werde. Die Bundesregierung habe hier keine Alleinzuständigkeit. Der Bundespräsident und eine breite Parlamentsmehrheit müssten empfehlend zustimmen, um das Vorhaben zu realisieren. Die Widerstände auch in der eigenen Fraktion seien erheblich.

Zum Thema Massengräber deutscher Ziviltoter in den Nachbarländern wurde von beiden Seiten die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge gewürdigt. Die Diskussion ergab, dass der Volksbund nur eine Zuständigkeit für Soldatengräber habe, er aber dennoch, wie das Beispiel der Ziviltoten des Massengrabes Marienburg zeige, im gewissen Umfang auch die Gräber der Ziviltoten im Auge habe. Um intensiv auf dem Sektor „Gräber der Ziviltoten" tätig zu werden, fehle dem Volksbund die erforderliche Finanzausstattung und die Zuständigkeit.

Der Bundesregierung wurde nicht zum ersten Mal das Problem einer bisher nicht stattgefundenen



Verbrechen keine Rechtfertigung: Steinbach und Merkel

Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter nahe gebracht. Einige Mitglieder des Präsidiums machten der Kanzlerin deutlich, dass hier eine humanitäre Geste der Regierung dringend erforderlich sei. Es handle sich zu einem erheblichen Teil um Frauen, die noch im jungendlichen Alter gleich nach Kriegsende zur Zwangsarbeit deportiert wurden. Ein Drittel dieser Deportierten habe die Verschleppung nicht überlebt. Die Zurückgekehrten hätten heute nur eine geringe Rente oder würden auf Sozialhilfeniveau leben, da die Zwangsarbeit bei der Rentenberechnung nicht angerechnet werde. Die meisten Betroffenen seien schon verstorben. Die Befürchtung, dass hier ein neues Entschädigungsfass mit unabsehbaren Folgekosten aufgemacht würde, sei unbegründet. Merkel versprach, prüfen zu lassen, ob für die Lösung dieses Problems eine Gesetzeslücke zu schließen sei.

Schließlich wurde der Bundeskanzlerin die Sorge des BdV-Präsidiums nahe gebracht, dass bei der neuerrichteten Stiftung „Flucht – Vertreibung – Versöhnung" die erforderliche Einbettung des Vertreibungsverbrechens in den historischen Kontext zu einer Umdeutung oder Missdeutung führen könne. Es sei schon zu beobachten, dass die zahlreichen Gegner der Stiftung im In- und Ausland mit der Aufrechnungsthese argumentieren. An den fürchterlichen Verbrechen des NS-Regimes seien alle Deutschen beteiligt gewesen, woraus sich ergebe, dass keine Unschuldigen, sondern „Täter" „ausgesiedelt" worden seien, so die Theorie der Gegner. Wenn das eine Botschaft der Dokumentationsstätte werden sollte, so der BdV, würde damit die historische Wahrheit über Flucht und Vertreibung auf den Kopf gestellt und die noch lebenden Opfer in nicht zu übertreffender Weise ihrer Menschenwürde beraubt. Auch würde man mit einer derartigen These die Nachgeborenen noch stigmatisieren. Die Bundeskanzlerin stellte klar, dass kein Nachfolgeverbrechen mit einem voraus gegangenem Verbrechen zu rechtfertigen sei. *Wilhelm v. Gottberg*

»Viel zu reaktionär«

Linke Kritik an Ungarns neuer Verfassung

Im ungarischen Parlament soll am 18. April über den von der Regierungspartei Fidesz vorgelegten Entwurf einer neuen Verfassung abgestimmt werden. Im Vorfeld hatten alle acht Millionen Wahlberechtigten Fragebögen erhalten, von denen etwa 900 000 zurückgeschickt wurden. Sozialisten und Grüne hatten die Parlamentsdebatte boykottiert. Fidesz wolle „eine Art totale Diktatur schaffen, nicht mit Panzern – sondern mit der Verfassung", so Sozialistenchef Attila Mesterházy. Man kritisiert, dass es – wie übrigens bei der Verfassungsänderung von 1989, die auf der kommunistischen Verfassung aufbaute – über den neuen Text zu keiner Volksabstimmung kommt. Da Fidesz über eine satte Zweidrittelmehrheit verfügt, und mit den Stimmen der Rechtspartei Jobbik sogar eine Dreiviertelmehrheit möglich wäre, kann die Regierung die Klagen der Opposition ignorieren.

In der Präambel der Verfassung verankert werden soll der Respekt vor Staatsgründer König Stephan (gest. 1038), vor der Stephanskrone und vor den Vorfahren, die für Freiheit und Unabhängigkeit gekämpft und Europa geschützt haben. Kernpunkt der Kritik ist hier wohl weniger die „schwülstige" Terminologie als vielmehr die Bezüge auf Gott, Christentum und „spirituelle Erneuerung". Ähnlich „anstößig" ist für die Kritiker, dass zwar die „unveräußerlichen Menschen- und Bürgerrechte" und ein Diskriminierungsverbot bezüglich Rasse, Hautfarbe und Geschlecht genannt werden, doch ohne explizite Nennung „sexueller Neigungen". Auch stört, dass das „Menschenrecht auf Leben, welches mit der Empfängnis beginnt", die Ehe als „natürlichste Einheit zwischen Mann und Frau" und die „daraus hervorgehende Familie" unter besonderen Schutz gestellt werden sollen. Das vorgesehene zusätzliche Stimmrecht für Eltern mit Kindern dürfte aber nicht kommen.

Berufung auf König und Christentum

Machtpolitisch relevant könnten die Regelungen betreffend Vertrauensfrage und vorzeitiger Parlamentsauflösung durch den Staatspräsidenten sein. Kritiker wittern hier eine heimliche Weiterentwicklung zu einem „Präsidialsystem". Die Formulierungen sind allerdings noch nicht endgültig, und wie immer wird erst die Praxis zeigen, was sich dabei wirklich ändert. In die Verfassung übernommen wird die bereits im Herbst 2010 beschlossene Beschränkung der Zuständigkeit des Verfassungsgerichtshofes, über Fragen des Staatshaushaltes zu entscheiden.

Für die Tage vor der Abstimmung wurden bereits Großdemonstrationen von Linken und von Homosexuellen angekündigt. Mit „bewährter" Schützenhilfe aus dem Ausland wird gerechnet. *RGK*

Wünsch Dir was

Von THEO MAASS

In Berlin schielen gleich vier Parteien nach dem Amt des Regierungschefs. Amtsinhaber Klaus Wowereit ist Favorit. Neueste Umfragen sehen seine Partei, die SPD, im Aufwind – sogar jenseits der 30 Prozent. Das entspräche in etwa dem, was die Partei 2006 erreicht hatte (30,8 Prozent). Im Herbst letzten Jahres sah das noch anders aus. Da sagten die Meinungsforscher der SPD noch einen Wert von „Mitte 20“ voraus und die Grünen lagen mit 30 Prozent ganz vorn. Mit der Ankündigung von Renate Künast, in die Berliner Landespolitik zurückkehren zu wollen, begann der temporäre Abstieg der Ökopartei. Kein Wunder: Künasts Äußerungen zur Existenzberechtigung von Gymnasien, zur weiteren Einschränkung des Autoverkehrs in Berlin und über den Flughafen BBI als Regionalflugplatz „de luxe“ lassen sie nicht „in der Mitte der Gesellschaft“ ankommen. Sinkende Umfragewerte der Grünen bestätigten diese Sicht der Dinge. Das mag auch daran liegen, dass Kritiker Künast nachsagen, sie könne sich verbal gut verkaufen, hätte aber manchmal „keine Ahnung“.

Ursachenforschung zu betreiben, gar kritisch an sich selbst herunter zu schauen, ist nicht Künasts Sache. Sie beschwört lieber die Regierungsfähigkeit ihrer Partei und benennt als Kronzeugen den designierten Regierungschef von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann: „Ja, die Wähler trauen den Grünen zu, die Rolle des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Berlin und Baden-Württemberg haben dabei etwas gemeinsam.“ Kretschmann aber ist so konservativ, wie viele Stammwähler der CDU sich ihre eigenen Vorderleute wünschen. Der praktizierende Katholik ist verheiratet, hat drei Kinder und war während seines Studiums Mitglied der farbentragenden Studentenverbindung Carolingis Hohenheim. Künast kann nichts davon vorweisen. Ihr Traum vom Amt der Regierenden Bürgermeisterin hängt skurriler Weise vom Abschneiden der CDU ab. Deren offizielle Linie lautet zurzeit Schwarz-Grün.

Der vierte im Bunde ist die Partei „Die Linke“. Deren in der DDR sozialisierte Stammwähler nehmen der Partei zunehmend ihre Randgruppenpolitik übel. Ihre Umfrageergebnisse sinken ständig, das Scheitern der Postkommunisten in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg an der Fünf-Prozent-Hürde beflügelt die Genossen nicht und am Ende droht bei einem schwachen Ergebnis das Aus für die Regierungsbeteiligung mangels Masse.

Im Windschatten der großen Ereignisse hat die grüne Ex-Gesundheitsministerin Andrea Fischer angekündigt, sich um das Amt der Bezirksbürgermeisterin im Stadtbezirk Mitte bewerben zu wollen. Fischer hatte sich beim Volksbegehren für den Erhalt des Religionsunterrichtes in Berlin engagiert. Vielleicht wäre sie für die Grünen die bessere Spitzenkandidatin gewesen als die ständig polarisierende Renate Künast.

Denkmal bald unter Wasser?

Raketenforschungszentrum Peenemünde: Statt Unesco-Weltkulturerbe droht »Renaturierung«



Fi 103 und V2-Rakete im Historisch-technischen Informationszentrum in Peenemünde: Schon jetzt besuchen jährlich bis zu 230 000 Besucher das Gelände.

Bild: pa

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern missbraucht die Geschichte, um das Gelände auf der Insel Usedom, die anerkannte Wiege der weltweiten Raumfahrt, im Rahmen der Industriepolitik unter Wasser zu setzen.

Peenemünde gilt als die Wiege der Raumfahrt: 1942 stieg hier erstmals eine Rakete ins Weltall auf. Das Vorhaben, das Historisch-Technische Museum Peenemünde als Weltkulturerbe zu schützen, ist auf Eis gelegt worden. Der Plan von Kultusminister Henry Tesch (CDU), der von Anwohnern und Denkmalschützern unterstützt wird, wurde durch Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) im Schweriner Kabinett ausgebremst.

Aussetzung aller Aktivitäten zur Aufnahme Peenemündes auf die Weltkulturerbe-Liste – mit dieser Botschaft trat Staatskanzleichef Reinhard Meyer (SPD) am 29. März an die Öffentlichkeit. Bis zum Jahresende wurde in der Angelegenheit erst einmal eine Denkpause verordnet. Meyer forderte bis dahin eine gründliche Diskussion darüber, ob eine Bewerbung für die Weltkulturerbe-Liste mit der Geschichte des Ortes vereinbar sei: „Peenemünde ist vor allem ein Ort, an dem die Nazis fürchterliche Waffen entwickelt haben.“ Diese Argumentation geht allerdings an der Zielsetzung der Unesco vorbei: Die zählt zum Weltkulturerbe nicht nur Denkmäler wie den Kölner Dom und die Wartburg, sondern auch Orte wie das Gelände des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau.

Bisher hat die Geschichte Peenemündes das Land Mecklenburg-Vorpommern auch nicht davon abgehalten, zusammen mit der Kommune die Trägerschaft für das Museum zu übernehmen und finanzielle Unterstützung für den weiteren Ausbau anzukündigen. Vorgesehen ist unter anderem der Bau einer Besucherplattform auf dem Dach des früheren Kraftwerks, von der ein Überblick über das 25 Quadratkilometer große Gelände der ehemaligen Heeresversuchsanstalt möglich sein soll. Mit der Einrichtung eines sogenannten gläsernen Klassenzimmers sollen Schulklassen die Möglichkeit erhalten, die Entwicklungsgeschichte der V2-Rakete kennenzulernen. Mittlerweile ist aus dem Museum in Peenemünde, das durch eine private Initiative entstanden war, das zweitgrößte Museum in Mecklenburg-Vorpommern geworden, das jährlich fast 230 000 Besucher anzieht.

> »Peenemünde ist vor allem ein Ort, an dem die Nazis fürchterliche Waffen entwickelt haben«

Das Aussetzen der Weltkulturerbe-Pläne durch Ministerpräsident Sellering dürfte einen simplen Grund haben: Industriepolitik. Umweltminister Till Backhaus (SPD) plant ein großflächiges Renaturierungsprojekt auf Usedom. Unterstützt wird er dabei von den Energiewerken Nord. Als Ausgleich für industrielle Großvorhaben, unter anderem Windenergieparks, will das Unternehmen im Norden der Insel ein großes ökologisches Ausgleichsprojekt schaffen. Vorgesehen ist ein Rückbau der denkmalgeschützten Deiche zwischen Peenemünde und Zinnowitz, die zwischen 1937 und 1941 entstanden sind. Bei Hochwasser sollen die dahinter liegenden Flächen geflutet werden. Davon betroffen wären auch Teile des ehemaligen Raketentestgeländes. Sollten diese Pläne umgesetzt werden, würden allerdings die Chancen Peenemündes zur Aufnahme auf die Weltkulturerbe-Liste drastisch sinken. Die Renaturierungspläne des Umweltministeriums sind bis zum Jahresende ausgesetzt worden – bis dahin sollen mögliche Alternativen geprüft werden. Hinter der Entscheidung ist ein einfaches Kalkül zu vermuten: Werden andere Ausgleichsflächen gefunden, können die Museumspläne weiterverfolgt werden, falls nicht, dann ziehen Denkmalschutz und Weltkulturerbe den Kürzeren.

Auch die Tatsache, dass deutsche Denkmäler auf der Unesco-Liste überproportional vertreten sind, haben zu Überlegungen geführt, einen gemeinsamen Antrag mit dem Raumfahrtstützpunkt Cape Canaveral in den USA und Baikonur, dem Startplatz russischer Raumfahrtraketen, zu stellen.

Die neuerdings wieder vorgebrachten moralischen Bedenken zur Geschichte des Ortes sind offenbar auch nur taktisches Beiwerk. Die seit Jahren verfolgten Pläne des Umweltministers haben inzwischen eine erstaunliche Koalition zustande gebracht: Widerstand gegen die Renaturierungspläne kommt nicht nur aus dem von der CDU geführten Kultusministerium und von Denkmalschützern, sondern auch von der Linksfraktion im Schweriner Landtag. Entschiedenen Widerstand leisten vor allem die Anwohner: Bereits seit zwei Jahren macht eine Usedomer Bürgerinitiative gegen die Pläne des Umweltministeriums mobil. Befürchtet wird nicht nur ein Verlust des Hochwasserschutzes – bereits bei den letzten Hochwasserlagen standen Keller voller Wasser, nach dem Deichrückbau könnte dies zum Dauerzustand werden. Die Anwohner sehen auch eine weitere Gefahr in der Freilegung von Munitionsaltlasten durch die Überflutung. Während des Zweiten Weltkrieges war Peenemünde Ziel massiver alliierter Bombenangriffe.

Der Widerstand der betroffenen Usedomer scheint sich auszuzahlen, auf einem Bürgerforum hat Umweltminister Till Backhaus inzwischen einen Kompromiss angedeutet, bei dem der Deich nur noch an zwei Stellen unterbrochen werden soll. Fraglich ist allerdings, ob sich die Bewohner damit zufriedengeben werden. Abseits der „Kaiserbäder“ ist der Norden der Insel Usedom in der Vergangenheit ins Hintertreffen geraten. Einer gesicherten Perspektive für das Museum Peenemünde werden die Anwohner selbst den nachgebesserten Plänen des Umweltministeriums den Vorzug geben. *Norman Hanert*

Ausgleich für Bodenreform

Bismarck-Erben erhalten Recht: Otto II. nun doch nicht »unwürdig«

Das Verwaltungsgericht in Magdeburg hat am 29. März ein richtungsweisendes Urteil gefällt. Es hat der Klage von Nachkommen Otto (II.) Fürst von Bismarcks auf Entschädigung stattgegeben. Geklagt hatten Ferdinand von Bismarck, Urenkel des „Eisernen Kanzlers“, Sohn Ottos (II.) und Vorsitzender des Bismarckschen Familienverbandes, und seine Geschwister. Die Gerichtsentscheidung: Die Erben erhalten eine Ausgleichszahlung für das Rittergut Schönhausen bei Stendal in Höhe von 130 000 Euro. „Bewegliche Gegenstände“ sind ihnen – „soweit möglich – zurückzugeben“.

Dieses Urteil ist der Schlusspunkt eines langen Rechtsstreits. Im Dezember 2007 stellte die Familie Bismarck einen Antrag auf Ausgleichsleistungen. Denn sie hatte 1946 unter der sogenannten Bodenreform ihren 2118 Hektar großen Besitz in Schönhausen verloren. Er wurde von der sowjetischen Militärmacht enteignet.

Diesen Antrag lehnte das Verwaltungsgericht im November 2008 ab. Zur Begründung wurde auf die prominente Stellung von Bismarcks in der NS-Zeit verwiesen, der als Diplomat „dem NS-System erheblich Vorschub geleistet“ habe. Damit greife die „Unwürdigkeitsklausel“, nach der es keine Ausgleichszahlungen gibt.

> Er soll mit Namen NS-System Vorschub geleistet haben

Otto von Bismarck (1897–1975) war von 1940 bis 1943 als Gesandter der Deutschen Botschaft in Rom tätig. In der Weimarer Republik war er Mitglied der DNVP, 1933 wurde er Mitglied der NSDAP. Von 1953 bis 1965 war er CDU-Bundestagsabgeordneter.

Gegen das Urteil legte die Familie Rechtsmittel ein. Die nächsthöhere Instanz – das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig – ordnete 2009 eine Neuverhandlung an. Es wurde darauf hingewiesen, dass Bismarck Italien vor den deutschen Absichten in Bezug auf auszuliefernde kroatische Juden gewarnt habe und so zu deren Nichtauslieferung beigetragen habe.

Bei der nun stattgefundenen Neuverhandlung in Magdeburg revidierte das Gericht sein eigenes Urteil vom November 2008. Es kam zu der Überzeugung, dass ein „erhebliches Vorschubleisten zugunsten des nationalsozialistischen Systems“ durch Otto (II.) von Bismarck nicht festzustellen sei. Soweit von Bismarck dem System genützt habe, indem er den Namen seines Großvaters in das NS-System eingebracht habe, könne dies zumindest nicht als „erhebliches Fördern“ bewertet werden, hieß es. Damit lägen die Voraussetzungen für einen Ausschluss von Ausgleichsleistungen nicht vor. *Victoria v. Gottberg*

Feindbild Auto

Ziel 2025: 75 Prozent Bus, Bahn oder zu Fuß

Manfred Voit, der Chef des örtlichen ADAC, vertritt 1,18 Millionen Autofahrer in Berlin-Brandenburg: „Wir sind ein Mobilitätsclub, das Auto ist ein Verkehrsmittel von vielen“ – allerdings das wichtigste. Das müsse die Verkehrspolitik „berücksichtigen“, umreißt er seine Vorstellungen.

Der „Stadtentwicklungsplan Verkehr“ des Berliner Senats weist in eine andere Richtung. Danach sollen bis 2025 drei Viertel aller Fahrten durch den öffentlichen Personennahverkehr, das Fahrrad oder die eigenen Beine abgewickelt werden. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) gibt sich ambitioniert: „Bei den jetzt vorgestellten Plänen handelt es sich um ein Kursbuch für die Verkehrspolitik der nächsten Jahre.“ Ein Ausbau des Nahverkehrs wird es nur in geringem Maße geben; stattdessen gibt es Restriktionen gegen Autofahrer.

> Weniger Parkplätze, mehr Straßenbahnen

Die Maßnahmen reichen von der Wegnahme von Parkplätzen, restriktive Parkplatzvorgaben bei Neubauten bis zum Bau von Straßenbahnen. Dieses Verkehrsmittel wurde 1967 im Westteil der Stadt abgeschafft. Im Ostteil blieb die „Tram“, weil es dort keine finanziellen Mittel für einen großzügigen U-Bahnausbau gab. Autofeindliche Verkehrspolitiker schätzen die Straßenbahn, weil sie Verkehrsflächen für den ruhenden und fließenden Verkehr gleichermaßen zerstört. Dabei ist ihre geringe Reisegeschwindigkeit wenig attraktiv. Sie ist zudem besonders unfallträchtig. Seit 1997 – als die Straßenbahn im Stadtteil Wedding erstmalig wieder in den ehemaligen Westteil der Stadt zurück kam – starben dort 15 Menschen bei Unfällen. *Hans Lody*

Ein Acker für Städter

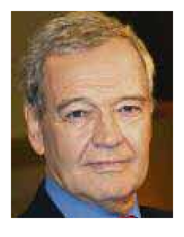
Gartenfläche ist rar in Berlin. Zugleich ist Landwirtschaft oft kein einträgliches Geschäft mehr. An Berlins Stadtrand in Rudow kommen nun Städter, die gärtnern wollen, und Landwirte für jeweils eine Saison zusammen: Rund 90 Gärten sind im Rahmen des Projekts „Meine Ernte“ auf einem Acker entstanden. Neu ist die Idee, vom Bauern einen Garten inklusive (Nutz-)Pflanzen zu bekommen. Der Landwirt sät mehr als 20 Sorten Gemüse und Blumen, stellt nötige Geräte zur Verfügung und gibt Tipps zu Pflege (Kosten: rund 180 Euro für 45 Quadratmeter). Die Ernte gehört den Pächtern. Eine für beide Seiten einträgliche Rechnung: Der Landwirt kann mit festen Einnahmen rechnen und für die Pächter fallen keine langfristigen Bindungen und Vorschriften an, wie sie bei Kleingärten üblich sind. Die Nachfrage ist entsprechend stark. Die einzige Bedingung lautet: Verzicht auf Dünger. Auch in anderen Gebieten gibt es das Modell. Weitere Informationen unter: www.meine-ernte.de *SV*

Zeitzeugen



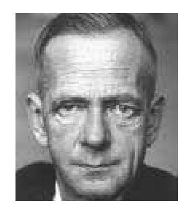
Rudolf Virchow – Den Arzt Virchow kennt jeder, nicht aber den Politiker. 1861 wurde er Gründungsvorsitzender der liberalen Deutschen Fortschrittspartei, der nach heutigem Verständnis ersten Programmpartei. Im preußischen Abgeordnetenhaus forderte sie die Einigung Deutschlands unter preußischer Zentralgewalt.

Herbert Gruhl – Als CDU-Bundestagsabgeordneter setzte er sich schon vor 40 Jahren – meist vergeblich – für den Umweltschutz ein. 1978 trat er aus der CDU aus und gründete die „Grüne Aktion Zukunft“, die 1980 den personellen Grundstock der neuen Partei „Die Grünen“ bildete. Über den starken Einfluss der Kommunisten verärgert, trat er nach einem Jahr wieder aus. Die Partei, die er auf den Weg gebracht hat, wird jetzt erstmals einen Ministerpräsidenten stellen.



Hans Herbert von Arnim – Neben dem Professorentitel hat er (*1939) einen weiteren, der sein Wirken deutlicher charakterisiert: Parteienkritiker. Der Verfassungsrechtler beklagt Demokratiedefizite, Machtmissbrauch, Korruption und Selbstbedienungsmentalität sowie die begrenzten Möglichkeiten der Bürger, an politischen Entscheidungen mitzuwirken: „Das Volk hat fast nichts zu sagen. Wir haben weder Herrschaft durch das Volk noch für das Volk – und damit keine wirkliche Demokratie.“

Markus Wegner – Mit einer Beschwerde erreichte er 1991, dass die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft für ungültig erklärt wurde. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ordnete ein Verfassungsgericht Neuwahlen an – es bemängelte die Kandidatennominierung der CDU. Wegner gründete die eine ideologiefreie Sachpolitik vertretende STATT Partei, die 1993 ins Landesparlament einzog.



Kurt Schumacher – Heute würde der SPD-Vorsitzende von 1946 bis 1952 wegen seines autoritären Führungsstils wohl heftig kritisiert werden. Die Parteien betrachtete er als die wichtigsten Träger des politischen Systems. Von den SPD-Mitgliedern forderte er eiserne Partei- und Fraktionsdisziplin. Er konnte sich das leisten, besaß er doch ein kohärentes Konzept für die Bewältigung der Probleme der Nachkriegszeit, Durchsetzungswillen und genoss breiten Respekt.

Schwindende Legitimation

Die Parteien beherrschen den Staat – doch Wähler und Mitglieder laufen ihnen weg

Die politischen Parteien in Deutschland haben den Staat fest im Griff. Statt ihren verfassungsmäßigen Auftrag zu erfüllen, an der politischen Willensbildung des Volkes lediglich mitzuwirken, haben sie einen Allmachtsanspruch, der ihnen die Kontrolle über alle wesentlichen gesellschaftlichen Bereiche garantiert. Ihre Basis indes bröckelt.

Die Existenz einer pluralistischen Parteienlandschaft in Verbindung mit freien Wahlen gilt allgemein als einer der Grundpfeiler der Demokratie. Im Laufe der Jahre haben sich die Parteien in Deutschland allerdings vom Mitwirkenden beim demokratischen Willensbildungsprozess zu dessen eigentlichem Träger entwickelt. Sie bestimmen, wer in den Parlamenten sitzt, und die von ihnen dorthin entsandten Abgeordneten wählen die Regierungen und die leitenden Kommunalbeamten. Ob Rundfunkräte, Medienkommissionen, Lottogesellschaften oder Beiräte, überall sind die Parteien vertreten. Seine parlamentarische Macht sichert sich das Kartell der „etablierten“ Parteien durch die Fünf-Prozent-Sperrklausel.

So sind die Parteien quasi zu einem sechsten Verfassungsorgan geworden, das sich den Staat zur Beute macht. Wer keiner Partei angehört, kommt auf keine Liste, kann daher nur eine Erststimme erringen und hat so viel geringere Chancen als ein Parteimitglied. Doch auch als Parteimitglied muss man erst einmal Kandidat werden. Bei der zumeist im kleinen, ausgewählten Kreis vollzogenen Nominierung spielen Proporzerwägungen und vor allem Wohlverhalten eine große Rolle. Obrigkeitshörigkeit ist die Primärtugend für jedes Parteimitglied, das etwas erreichen will. Wer sich quer stellt, wird mit der Androhung von Nachteilen bei der Kandidatenkür diszipliniert. Selbst wer es als Abgeordneter ins Parlament geschafft hat, unterliegt der Parteidisziplin und dem Fraktionszwang. Das freie Mandat des Abgeordneten, der an keine Weisungen gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen ist, bleibt eine Illusion.

> »Volksparteien« bilden ein Machtkartell

Innerparteiliche Demokratiedefizite und fehlende Transparenz werden von vielen als ein weiteres Grundübel des Systems angesehen. Die Parteien werden vom Willen ihrer Führungsschicht beherrscht, die Basis kommt kaum zu Wort, Parteitagsdelegierte sind oft handverlesene, willige Claqueure.

Dieses wohl austarierte System von staats- und steuerfinanzierten Parteien, staatlich bezahlten parteinahen Stiftungen, Wahlkampfkostenerstattungen, gesteuerten Personalentscheidungen sowie gesichertem Einfluss in der politischen Bildung, den öffentlich-rechtlichen Medien und anderen öffentlichen Einrichtungen, hätte eine Berechtigung, wenn die Parteien auf einem festen bürgerlichen Fundament stehen würden. Dieses bekommt jedoch langsam Risse. Die dramatisch sinkende Wahlbeteiligung bei gleichzeitig steigender Akzeptanz der Instrumente der direkten Demokratie zeigt, was die Menschen vom Parteienstaat halten. Selbst für ihre Mitglieder haben die Parteien an Strahlkraft verloren. Gerade einmal 1,7 Prozent der Deutschen sind noch Mitglied einer Partei. Im vergangenen Jahr haben Zehntausende der sogenannten Volksparteien den Rücken gekehrt. CDU und SPD drohen nach Verlusten von rund 13000 beziehungsweise 8000 Mitgliedern, demnächst unter die magische Marke von 500000 Mitgliedern zu rutschen. Die FDP dümpelt bei 70000 Mitgliedern herum, zehn Jahre zuvor waren es noch 178000. Die Linkspartei stagniert bei etwa 78000 Köpfen, nur die Grünen legten leicht auf 52600 zu.

Den Parteien laufen nicht nur die Bürger, sondern auch ihre Mitglieder weg. Ihre Macht aber ist – noch – ungebrochen. *Jan Heitmann*



Das Interesse an Wahlen lässt nach: Immer öfter fühlen sich die Wähler nur noch als Stimmvieh missbraucht. Bild: J. Schlüter/dapd



Geldsegen durch die Hintertür

In keiner anderen Demokratie werden die politischen Parteien so vom Staat alimentiert wie in Deutschland. Seit 1959 erhalten sie Mittel aus dem Bundeshaushalt. Innerhalb weniger Jahre stiegen diese Zuwendungen so stark an, dass das Bundesverfassungsgericht 1966 die staatliche Parteienfinanzierung beschränkte. Diesem Urteil wichen die Parteien dadurch aus, dass sie seitdem ihre Stiftungen aus Steuermitteln bedenken – sie bewilligten ihnen „Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit“. In Deutschland gibt es 31 „parteinahe“ Stiftungen, die mehr oder minder direkt für die politischen Grundsätze ihrer Parteien werben und für sie vielfältige Aufgaben wahrnehmen. Der Rechtsform nach handelt es sich bei den meisten jedoch nicht um Stiftungen im eigentlichen Sinne, sondern um eingetragene Vereine, die weder der Rechnungslegungspflicht noch staatlicher Aufsicht unterliegen. Sie finanzieren sich nicht etwa durch Spenden, sondern fast ausschließlich durch Steuergelder.

> Verschleierung schon durch Namen

Damit, so bemängeln ihre Kritiker, täuschen sie allein schon durch ihre Namen. Über die Zuwendungen bestimmt der Haushaltsausschuss des Bundestages in nichtöffentlicher Sitzung und ihre Verteilung erfolgt, kaum nachvollziehbar, über viele verschiedene Haushaltstitel. Die Abgeordneten entscheiden – in seltener Einmütigkeit – nicht unvoreingenommen, sondern im Eigeninteresse der Parteien. Für die Parteistiftungen gibt es weder ein Gesetz noch Transparenz. Je nach Bedarf betonen sie ihre Parteinähe oder pochen auf ihre formale Selbständigkeit. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob ihre Aufgaben nicht ebenso gut von anderen Einrichtungen wahrgenommen werden könnten. *J. H.*

Weg zum Machtmonopol

Stellung und Einfluss der Parteien haben sich gewandelt

Mit dem Fortschreiten von Industrialisierung und Kapitalismus formierte sich Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend Widerstand gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft. Dies führte zur Gründung der ersten Parteien in Deutschland. Dabei bestimmten vier Strömungen die Grundmuster der politischen Inhalte, die bis zum Ende des Kaiserreiches Bestand hatten: Liberale, Konservative, Katholiken und Sozialdemokraten. Während sich vor allem die Sozialdemokraten von Anfang an straff organisierten, waren die anderen Gruppierungen sogenannte Honoratiorenparteien, bei denen es kaum Programme oder eine formalisierte Mitgliedschaft gab. Die Organisation spielte nur bei der Wahlvorbereitung eine Rolle. Den Parteien kam keine verfassungsmäßige Rolle zu, sondern sie traten als politische Vereine auf, die über die Gesetzgebung des Reichstages mitbestimmen konnten. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges führte zur Geschlossenheit aller politischen Lager, was Kaiser Wilhelm II. zu seinem berühmten Ausspruch veranlasste: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“

Auch wenn das Ende der Monarchie zur Bildung einer demokratischen Republik führte, spielten die Parteien bei der Teilhabe an der Politik weiterhin nur eine untergeordnete Rolle. Die Weimarer Reichsverfassung sah sie nicht als Elemente der politischen Willensbildung, sondern nur als eigennützige Interessenorganisationen mit Vereinsstatus. Die größeren Parteien aus der Kaiserzeit blieben bestehen, einige benannten sich um, andere schlossen sich zusammen. Hinzu kamen viele kleinere Gruppierungen und mit der KPD und der NSDAP auch Parteien vom jeweils äußersten Rand des politischen Spektrums. Nur selten gelang es den Parteien, konstruktive Mehrheiten zu bilden. Dies begünstigte schließlich die Wahl Hitlers zum Reichskanzler, der alle anderen Parteien verbot. Die NSDAP avancierte zur Staatspartei.

> Verfassungsmäßiger Rang erst durch das Grundgesetz

Nach dem Zweiten Weltkrieg durften zunächst nur von den Siegermächten zugelassene Parteien gegründet werden. Hierbei kam es zur Abkehr von den reinen Klassenparteien und einer programmatischen Annäherung der politischen Kräfte. Das Grundgesetz erhob die Parteien erstmals in der deutschen Geschichte in den Rang verfassungsmäßiger Institutionen und erkannte sie als zentrales Scharnier zwischen Politik und Gesellschaft an. Diese Stellung verleiht ihnen Rechte, die andere Vereinigungen nicht haben. So genießen sie das Privileg, an Wahlen zum Bundestag und den Landesparlamenten teilzunehmen. Auch sind sie vor einem Verbot geschützt, das nur das Bundesverfassungsgericht aussprechen darf. Das Parteiengesetz von 1967 weist ihnen zahlreiche Aufgaben im inner- und außerparlamentarischen Raum zu und regelt ihre staatliche Finanzierung. Damit besitzen sie de facto das Monopol für politische Entscheidungen und die Aufstellung zumindest der nach dem Verhältniswahlrecht gewählten Abgeordneten in Bund und Ländern. Kritiker sprechen daher von einer „Parteiendemokratie“ *J. H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper. **Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8562**

Köpfe statt Inhalte

Die FDP muss sich erneuern –Aktuelle Debatte lässt bezweifeln, dass die Partei ihr Problem erkannt hat

Zwar liegt es auch an der Person Guido Westerwelle, dass den Liberalen die Wähler weglaufen, doch viele, die der Partei bei der letzten Bundestagswahl ihre Stimme gaben, taten es schon damals trotz Westerwelle, weil sie sich von der Partei die Vertretung bürgerlicher Werte versprachen. Doch von diesen ist bei der jetzige Personaldebatte kaum die Rede.

Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle ist gestürzt. Von einem „geordneten Rückzug“ kann keine Rede sein. Während Westerwelle in London, Peking und Tokio weilte, rückte die FDP in der letzten Woche nahezu geschlossen von ihrem Parteichef ab.

Versteinert schien Westerwelle schon am vorletzten Montag, als er die Wahlniederlagen seiner Partei im Südwesten erklären musste. Keiner der Landeschefs wollte sich mehr an seiner Seite zeigen. Obwohl er die schicksalhaften Wahltermine seit langer Zeit kannte, machte er sich dennoch, fast trotzig, auf die Tour um die halbe Welt. Bei seiner Rückkehr musste er feststellen, dass seine Wiederwahl als Parteichef ins Reich der Utopie gerückt war. Aus keinem der FDP-Landesverbände gab es positive Signale.

Sein „Rückzug“ ist daher in Wirklichkeit ein veritabler Sturz, der noch nicht abgeschlossen ist. Die Vizekanzlerschaft hat er ebenfalls schon aus der Hand gegeben. Außenminister will Westerwelle bleiben. Doch auch das ist wenig wahrscheinlich, da sein negatives Image als Außenminister der FDP bisher nachhaltig geschadet hat.

In seiner Erklärung vom Sonntag nennt Westerwelle den „Generationenwechsel“ als Hauptgrund für seinen Rückzug von der Parteispitze. Der erst 49-Jährige vermied damit Worte zur persönlichen Verantwortung für die Wahlniederlagen und das verheerende Image der Partei, das eng mit seiner Person verknüpft ist. Er sei „verbrannt“ und verkörpere den „Igitt-Faktor“ hieß es wenig schmeichelhaft aus der FDP. 65 Prozent der Bürger nannten den Vizekanzler in einer Forsa-Umfrage des „Handelsblatts“ als Hauptschuldigen des FDP-Desasters. Treu an seiner Seite blieb beim Rücktritt nur sein „Ehemann“ Michael Mronz.

Zum zukünftigen Personal der Partei schießen die Spekulationen ins Kraut. Schon früh kristallisierte sich aber Gesundheitsminister Philipp Rösler als neuer Parteichef heraus. Er blieb in den vergangenen Tagen vorsichtig im Hintergrund und soll der Partei ein neues sympathisches Gesicht geben. Die anderen beiden „Westerwelle-Boys“, NRW-Parteichef Daniel Bahr und Generalsekretär Christian Lindner, werden wohl ebenfalls am Macht- und Generationenwechsel beteiligt werden.



Hauptsache jünger? Bisher haben weder Daniel Bahr (l.) noch Philipp Rösler (Mitte) oder Christian Lindner es gewagt, sich mit eigenen Standpunkten gegen ihren Noch-Chef Westerwelle zu profilieren. Was aber nicht heißt, dass sie ohne Ideen wären. 2009 veröffentlichten Rösler und Lindner die Schrift „Freiheit: gefühlt – gedacht – gelebt.“. Bild: pa

Ein wichtiger Posten wird dem erst 32-jährigen Christian Lindner zugetraut. Durch sein vorschnelles Eintreten für einen schnellen Atomausstieg hat er aber an Einfluss bei den Wirtschaftsliberalen verloren. Dennoch werden ihm Chancen auf den Vorsitz der Bundestagsfraktion eingeräumt. Er soll das Parteiprofil von dieser Position aus wieder schärfen. Die bisherige Fraktionsvorsitzende, Birgit Homburger, steht seit Monaten in der Kritik und ist durch die Wahlniederlage in ihrem Heimatland Baden-Württemberg beschädigt. Eine Diskussion um ihren Posten und ihre Person wird wohl bald folgen.

> Themen: Der Euro und die Staatsfinanzen

Wie die inhaltliche Glaubwürdigkeit der Partei wiedergewonnen werden kann, wagt bisher keiner der Nachwuchskräfte der FDP zu formulieren. Auch die Bundestagsfraktion ist hier gefragt und muss versuchen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Doch genau an diesem Punkt befindet sich die Partei sozusagen zwischen Skylla und Charybdis. Die beiden Felsen aus der griechischen Mythologie, die sich so bedrohlich aufeinander zu bewegen, heißen bei der FDP „Inhalt“ und „Person“. Westerwelle war bisher das Gesicht der FDP. Wie kein anderer stand er für Steuersenkungsversprechen. Rainer Brüderle diente dem wirtschaftsliberalen Flügel, Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als Vertreterin der liberalen Bürgerrechte. Doch genau diese drei gelten wegen ihrer schlechten Regierungsarbeit als Verantwortliche für den dramatischen Verlust bei den Wählern.

Ein Ausweg ist nicht in Sicht, denn alle drei wollen an ihren Ministerämtern festhalten. Wie die junge Garde um Lindner als Chef der Programmkommission hier neue inhaltliche Akzente setzen soll, erscheint als unlösbares Unterfangen. Brüderle als Mitglied des wirtschaftsliberalen „Schaumburger Kreises“, dem 40 der 93 Bundestagsabgeordneten angehören, hat hier eine sichere Machtbasis. „Deutschland braucht keine fünfte sozialdemokratische Partei“, meint der Wirtschaftsminister und positioniert sich gegen Lindners Atomvorstoß.

Ob es der Partei gelingt, die Themen, die den liberal gesinnten Bürgern auf den Nägeln brennen, tatsächlich in konkrete Politik umzusetzen, bleibt derzeit offen. Dabei liegen diese Themen sozusagen auf der Straße: der schnelle Atomausstieg und das Moratorium, das schon jetzt Stromlieferungen aus französischen und tschechischen Atommeilern erfordert; die Sanierung der Staatsfinanzen und ein Stoppsignal bei der teuren Eurorettung; das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht von Bürgern und ganzen Ländern wie im Fall Libyens. Darauf warten unzufriedene FDP-Wähler zuhauf.

Hinrich E. Bues

MELDUNGEN

ARD schaltet Bundeswehr ab

Köln – Die ARD hat die Ausstrahlung ihres Programms für die Soldaten in Afghanistan aus Kostengründen eingestellt. Lediglich die „Tagesschau“, die „Tagesthemen“ und einige Regionalnachrichten der dritten Programme können weiterhin empfangen werden. Die bisherige Ausstrahlung des Programms hat monatlich 32 000 Euro gekostet. Bundestagsabgeordnete aller Parteien, der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus und der Bundeswehrverband kritisieren die Entscheidung ebenso wie der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und Vorsitzende der Rundfunkkommission, Kurt Beck. Soldaten müssen auch dann für die GEZ zahlen, wenn sie im Einsatz sind und ihre heimischen Rundfunkgeräte gar nicht nutzen können. ZDF und RTL strahlen weiterhin ihr vollständiges Programm aus. *J. H.*

Islam-Debatte spaltet Union

Berlin – Die Ende März im Rahmen eines Treffens der Islamkonferenz wiederaufgenommene Islam-Debatte offenbarte, dass bei diesem Thema die Fronten mitten durch die Union verlaufen. Während Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) überzeugt ist, dass man Probleme ansprechen müsse, auch wenn sie nicht politisch korrekt seien, warnte Bundespräsident Christian Wulff (CDU) vor einer Fortsetzung der Debatte über die Rolle des Islam in Deutschland. Wichtiger als die Frage der Religion sei die Integration der Einwanderer in Deutschland, so Wulff. Andere in seiner Partei hingegen sehen direkte Verbindungen zwischen Islam und Integrationsbereitschaft. *Bel*

Blutige Treffen

Linksextreme schlagen öfter Rechtsextreme

In Nordrhein-Westfalen (NRW) steht für SPD-Innenminister Ralf Jäger die Innere Sicherheit hoch im Kurs. Die Minderheitsregierung aus SPD und Grünen ist auf die Tolerierung der Linkspartei angewiesen. Jäger will diese trotzdem weiter vom Verfassungsschutz beobachten lassen. Noch immer biete die Partei extremistischen Strömungen Raum, lautet seine Begründung.

Zur Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts 2010 spricht er zudem von einer „neuen Qualität der Gewalt bei Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten“ an Rhein und Ruhr. Mit dem nahenden 1. Mai, traditionell Anlass für Ausschreitungen aller Art, setzt Jäger Akzente: Eine „Rechts-Links-Konfrontation“ sei der Grund für die steigende Zahl linksextremer Körperverletzungstaten 2009, so seine Interpretation der Statistik.

> NRW: Verfassungsschutz soll Partei »Die Linke« weiter beobachten

Die rechtskonservative Bürgerbewegung Pro NRW bezeichnet er derweil als „Nazis in Nadelstreifen“. Die CDU kritisierte schon 2010 den widersprüchlichen Sicherheitskurs der damaligen SPD-Opposition zum 1. Mai: „Während sich in Berlin Wolfgang Thierse auf die Straße setzt, versucht sich die SPD in Nordrhein-Westfalen als Partei der Inneren Sicherheit zu profilieren.“ Der vorige SPD-Innenpolitikexperte Jäger behielt den Kurs auch nach der Übernahme von Regierungsverantwortung im Sommer bei.

Dieses Jahr verschiebt die Bundesliga zum 1. Mai erstmals einen kompletten Spieltag – auf Drängen der Innenminister der Länder, allen voran: Ralf Jäger. Er hatte dies schon im November gefordert. Demnach sei zu befürchten, dass nicht genug Polizei zur Verfügung stehe, um Mai-Demonstrationen mit Ausschreitungen und Fußball zugleich im Auge zu behalten.

Zwar bildet NRW den Expertenerwartungen zufolge keinen Schwerpunkt der diesjährigen Mai-Gewalt, sondern Berlin und Hamburg, dennoch drängt sich Jäger mit Forderungen an die Spitze der Minister. Er brachte zugleich eine allgemeine Beteiligung der Bundesliga an den Kosten von Polizeieinsätzen auf die Tagesordnung. Seine Drohung zeigt nun trotz aller Widersprüche Wirkung: Jäger erhält für den spielfreien Tag Lob von der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Die Kriminalität steigt jedoch: Es gibt in NRW laut neuester Statistik vom März mehr Einbrüche und mehr Internetverbrechen. „Die Personalsituation ist prekär“, kritisiert der Landesverband des Bundes Deutscher Kriminalbeamter. Gerade wegen Sonderveranstaltungen komme die Polizeiarbeit zu kurz, so die Kritik. *SV*

MELDUNGEN

Vereint gegen Citymanager

Wolgograd – Erstmals könnte die Regierungspartei „Einiges Russland“ im Herbst dieses Jahres bei der Wahl des Stadtparlaments eine ernsthafte Schlappe einfahren, sollte sie an ihren Plänen festhalten, den vom Volk gewählten Bürgermeister durch einen von der Partei eingesetzten „Citymanager“ zu ersetzen. Laut Umfragen ist die Mehrheit für die Beibehaltung der Wahl des Bürgermeisters. Die Umfragewerte für „Einiges Russland“ sanken auf 32 Prozent Zustimmung. So niedrige Werte hatte die Partei noch nie. Die Oppositionsparteien „Gerechtes Russland“, die Kommunisten und auch die Wolgorader Kosaken stellten sich geschlossen gegen das Vorhaben. In einem von oben bestimmten Citymanager sehen sie lediglich eine Marionette des Gouverneurs. *MRK*

Goldrausch mit Hindernissen

Raleigh – Das Bundesgericht von North Carolina hat den US-Amerikaner Bernard NotHaus wegen Münzfälschung schuldig gesprochen. Ihm drohen 20 Jahre Haft. NotHaus hatte fast zehn Jahre lang Goldmünzen geprägt, die sich als „Liberty Dollar“ (Freiheitsdollar) großer Beliebtheit erfreuten. Dabei hatte er sich darauf berufen, dass Gold laut Gesetz als offizielles Zahlungsmittel zugelassen ist. Die Notenbank Fed sieht das jedoch anders. Staatsanwältin Anne Tompkins wirft NotHaus „eine einzigartige Form von einheimischem Terrorismus“ vor. Viele Amerikaner indes fürchten angesichts der Schuldenpolitik der Regierung eine Hyperinflation und fordern eine Rückkehr zum 1971 abgeschafften Goldstandard. Seit Gründung der Fed 1913 hat der US-Dollar 96 Prozent seines Wertes verloren. Unterdessen planen 13 Bundesstaaten, Gold und Silber zu gesetzlichen Zahlungsmitteln zu machen. *J. H.*

Gilt in Russland bald die Scharia?

Experten warnen vor der Islamisierung des Landes – Politiker haben kaum Lösungen

In Russland wächst die Angst vor Terroranschlägen wie dem auf die Moskauer Metro 2010 oder auf den Flughafen Domodedowo Ende 2011. Sie gingen auf das Konto von Islamisten. Während Präsident Dmitrij Medwedew nach einvernehmlichen Lösungen sucht, warnen Experten.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Levada befürchten inzwischen 75 Prozent der Moskauer, selbst Opfer eines terroristischen Anschlags zu werden. Der Terrorist und Untergrundkämpfer Doku Umarow hatte sich in einer Videobotschaft zu den Terrorakten bekannt. Seit 2007 kämpft Umarow für einen Kaukasischen Gottesstaat. Die Nachricht, dass der Terrorist vor kurzem bei einem Polizeieinsatz getötet worden sei, ist bislang noch nicht bestätigt.

Der Kreml gesteht dem „traditionellen Islam“ gemäß der russischen Verfassung eine gleichberechtigte Stellung neben anderen Religionen zu. Um radikalen Strömungen vor allem in den Grenzgebieten Mittelasiens und im Nordkaukasus zu begegnen, wurden kremltreue Gouverneure installiert. In Tschetschenien vertritt Ramsan Kadyrow, Mitglied der Regierungspartei „Einiges Russland“, nun schon in zweiter Amtszeit russische Interessen. Dmitrij Medwedews Plan von 2010, mit einem Sonderbeauftragten, dem Wirtschaftsmanager Alexander Chloponin, die wirtschaftlichen Perspektiven in der vom Islam geprägten Region zu verbessern und so Menschen davon abzuhalten, sich radikalen Anführern anzuschließen, ging nicht auf und konnte Moskau vor neuen Anschlägen nicht bewahren.

Die durch Anschläge geschürte Angst hat dazu geführt, dass in der russischen Bevölkerung alle Gastarbeiter mit südländischem Äußeren als potenziell gefährlich angesehen werden. Ein Umstand, den muslimische Vereinigungen gegen die Russen einsetzen, ihnen wachsende Fremdenfeindlichkeit und



Kul-Scharif-Moschee in Kasan: Sie gilt als Hauptstädte des gemäßigten Euro-Islam. Bild: pa

Diskriminierung vorzuwerfen. Ein Mechanismus, der auch im Westen seit langem funktioniert.

> Vier muslimische Organisationen agieren offiziell

Zur Zeit existieren in Russland offiziell vier muslimische Vereinigungen: die „Union der Muslime Russlands“ (SMR) in Moskau, die „Zentralverwaltung der Muslime“ in Ufa (Baschkortostan) und das Koordinationszentrum der Muslime des Nordkaukasus in Tscherkessk. Ende vergangenen Jahres wurde als übergeordnete Organisation die „Russische Assoziation für Islamische Eintracht“ (RAIS) gegründet, die der „Geistlichen Zentralverwaltung der Muslime“ (ZDUM) untersteht. Die SMR lehnt Entscheidungen der neuen RAIS allerdings ab, weil sie eine destruktive Organisation sei, die sich schon mehrfach gegen die Union der Muslime gestellt habe.

Immer wieder beraten Expertengruppen an runden Tischen über den Umgang mit dem Islam. Ihre Warnungen zeugen davon, wie ernst die Lage bereits ist. „Ohne einschneidende Maßnahmen in der Religionspolitik erwartet Russland eine traurige Zukunft“, lautet das Urteil Ruslan Gerejews, eines Experten am Zentrum für Islamforschung im Nordkaukasus. Er belegt dies am Beispiel Dagestans, wo eine Radikalisierung gläubiger Jugendlicher im Gange sei. Als Gründe dafür benennt der Experte soziale und wirtschaftliche Probleme, Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Korruption, die alle, und zwar ausnahmslos alle Strukturen der Republik befallen hätte, und das schnelle Anwachsen des Wahhabismus. Seine Anhänger verstehen sich als Kämpfer für die reine Lehre des Islam. Schon zu Beginn der 90er Jahre wurden Wahhabiten aus arabischen Ländern in den Nordkaukasus eingeschleust, für die es ein Leichtes ist, desillusionierte Jugendliche in ihren Bann zu ziehen. Sie bedienen sich dabei modernster Technik: übers Internet, per SMS oder über Videobotschaften auf YouTube erreichen sie ihre Adressaten. Der Prozess der weltweiten Islamisierung sei schon voll im Gange, so Gerejew. In Europa – besonders in Großbritannien – nehme die Zahl zum Islam Konvertierter zu. Noch sei die Situation in Russland anders, weil die Muslime hier stark in Gruppen von Wahhabiten, Schiiten, Chabaschiten und weiteren zersplittert seien. Wenn sich aber die Muslime in Russland zusammenschließen würden, wie es die „wahhabitische Lobby“ forciert, werde der Islam sich bald in christliche Regionen ausbreiten. Durch Migration der Arbeitssuchenden entstehen neue Enklaven, in denen es zu Problemen kommt. Ein Dilemma, denn andererseits benötigt Russland aufgrund seiner rückläufigen demografischen Entwicklung den Zustrom an Arbeitskräften. So setzen sich Soziologen dafür ein, gerade die Kinder der Migranten durch gute Ausbildungen zu integrieren.

> Arbeit von Politikern und Experten besser koordinieren

Jana Amelina, Leiterin des Kasaner Zentrums für regionale und ethno-religiöse Forschung, sieht im Islamismus die größte Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung und des Staatsgebildes der Russischen Föderation. Seit fünf bis sieben Jahren bilden Islamisten die größte illegal bewaffnete Formierung im Nordkaukasus. Seit 2010 beginne der „Dschihad“ (Heilige Krieg) sich auf die Wolgaregion, Tartastan und Baschkortostan auszubreiten. In der autonomen Republik Tatarstan, einem Land mit West-Orientierung in Richtung Türkei, war bisher der moderne und liberale „Euro-Islam“ ähnlich dem der Türkei zu Hause. Die wahhabitische Lobby verhindere die Bekämpfung extremistischer Ideen, warnt Amelina. Statt dessen betreibe sie eine Medien- und Expertenmaschinerie zur Verbreitung extremistischer und gegen die Verfassung gerichteter Ideen. Pro-Islamisten existierten auch schon in der Politik. Journalisten fanden sogar Rechtfertigungen für die Anschläge in Moskau. Die Unterscheidung zwischen „traditionellem Islam“ und Islamismus sei daher falsch. Die Experten sind sich einig, dass die Regierung recht bald Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Islam ergreifen muss, soll in Russland nicht bald die Scharia gelten. Diese Aufgabe könnte gelöst werden, wenn Politiker und Islamexperten koordiniert zusammenarbeiten würden.

Manuela Rosenthal-Kappi

Die Polen kommen

Deutschland muss Arbeitsmarkt öffnen

Am 1. Mai erhalten Bürger der zehn am 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten freien Zugang zum EU-Arbeitsmarkt, der ihnen nur noch in Österreich und Deutschland versperrt war. England hatte Barrieren 2004 gar nicht erst errichtet, Deutschland sie 2007 für Hochschulabsolventen abgebaut. Nun kommen Tschechen, Balten und vor allem Polen, was Ängste auslöst. Laut jüngster Umfragen befürchten 75 Prozent der Deutschen Jobverluste und 70 Prozent „negative Auswirkungen“ aller Art.

Deutsche Experten erwarten keine Erschütterungen. Seit Jahren arbeiten bei uns Polen ganz legal: 2007 und 2008 je 490 000, danach 415 000. Sie stellen auch das Gros der bis zu einer Million illegalen Arbeitnehmer, die als Putzfrauen, Küchenhilfen oder Pflegekräfte arbeiten. Laut Institut der deutschen Wirtschaft verliert der Staat zwar 150 Milliarden Euro Steuern, aber ohne solche Schwarzarbeiter wären ganze Tätigkeitsbereiche undenkbar. Und ab Mai besteht Aussicht, dass Schwarzarbeit weithin legalisiert wird.

Polnische Fachleute sehen einen „Schichtwechsel“ der Arbeitskräfte: Die 300 000 Saisonarbeiter, die früher Spargel stachen, verschwinden, ausgenommen größere Gruppen Arbeitsloser aus Stettin und Umland. Statt ihrer kommen 80 000 Altenpfleger, 66 000 Informatiker, 30 000 Techniker, weitere 30 000 Gastronomiearbeitskräfte, 20 000 Ärzte, 12 000 Banker, insgesamt bis zu 400 000.

> Arbeitskräfte bereits hier, nur eben illegal

Kann Polen mehr als 100 000 qualifizierte Arbeitskräfte entbehren, fragen die einen. Es hat keine Wahl, sagen andere: Deutschlands Arbeitslosigkeit liegt bei sieben, die Polens bei 14 Prozent. Der deutsche Durchschnittslohn liegt bei 2500 Euro brutto, der polnische bei 800 Euro, von deutschen Arbeitslosenhilfen können die 2,5 Millionen „angemeldeten“ polnischen Arbeitslosen nur träumen.

Viele der arbeitslosen Polen dürfte es daher nach Deutschland ziehen. Bis vor kurzem war England ihr Hauptziel, 2007 waren 690 000 Polen dort, derzeit sollen es trotz Wirtschaftskrise noch 500 000 sein. Die Zahl wollen die Briten auf 230 000 begrenzen.

Und die ganze EU sollte an Polen denken, dessen jetzt ungehinderter Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt es zum Ziel illegaler Arbeiter aus Russland oder der Ukraine machen wird. *Wolf Oschlies*

Durch Lösegeld zur Macht

Mahgreb-Kaida erpresst Millionen und wird zur politischen und wirtschaftlichen Größe

Rund 150 Millionen US-Dollar an Lösegeldern sind in den letzten Jahren in die Kassen der sogenannten Maghreb-Kaida (AQMI) geflossen, einem immer mächtigeren Zweig von Bin Ladens Terrororganisation in Nordafrika. Damit stellen die radikalen Islamisten längst die wirtschaftlich und finanziell stärkste Kraft in den Wüstenregionen Mauretaniens, Malis, im Staat Niger, im Süden Algeriens, Libyens und im Tschad dar. Dies ist das Ergebnis einer jetzt zu Ende gegangenen Tagung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen in Genf.

Redner aus betroffenen Staaten wie Algerien und Mali forderten deshalb dazu auf, keine Lösegeldzahlungen mehr zu leisten, da sich daraus eine regelrechte Industrie entwickelt habe. Die Terroristen seien inzwischen größte Arbeitgeber der Region, säßen durch politisch motivierte Heiraten immer fester im Sattel, investierten in Ländereien und Ressourcen wie Wasserreservoire und belebten durch ihren Nachschubbedarf den lokalen Handel. Hand in Hand damit ginge ein sozialer Wandel einher.

„Die ganze Sahelzone wird von der Kaida als Geisel genommen“, kommentierte der Uno-Botschafter Algeriens, Idris Jazairi, die Entwicklung. Als verbale Verschleierung brandmarkte es eine philippinische Menschenrechtsexpertin, wenn im Zusammenhang mit Lösegeldern zur Befreiung von Geiseln von „Schenkungen“ und „Kommissionsgeldern“ gesprochen werde. Denn auch die fernöstlichen Philippinen leiden unter derselben Politik der Terrorbande Abu Sayyaf, sich den finanziellen Spielraum durch Entführungen, Drogen- und Waffenhandel zu besorgen.

> In manchen Regionen sind Terroristen die größten Arbeitgeber

Besorgniserregend ist zudem die Einmischung von Al Kaida weiter südlich in Nigeria. Das terroristische Netzwerk bot an, die Muslime des Südens der radikalen Gruppe Boko Haram bei der Vernichtung der Christen im Norden des Landes tatkräftig zu unterstützen. Dieser Kampf hat allein 2010 mehr als 1000 Christen das Leben gekostet. Grundsätzlich sehen diese Islamisten Touristen als eine neue Form von Kolonialisten, die es von islamischem Boden fernzuhalten gelte.

Mittlerweile treten die Terroristen im Norden des Schwarzen Kontinents, so die Erkenntnisse der Experten, selbst als Herren auf und entmachteten schrittweise die traditionelle Führungselite. Lokale Spitzel lieferten ihnen die Daten über Touristenbewegungen oder den Einsatz europäischer Techniker. Im Sinne der Uno-Resolution 1373 von 2001 indes seien Lösegelder an Terrorgruppen eine verbotene Finanzierung des Terrors. Die „Sponsoren“ müssten – so der Uno-Sonderberichterstatter, der Finne Martin Scheinin – auf dieselbe schwarze Liste gesetzt werden wie die Terroristen selbst. Die Geiselnahme sei eine klare Strategie, die Mittel für den bewaffneten Kampf locker zu machen. Die Operationsbasis der Maghreb-Kaida sei mit logistischem Geschick aufgebaut. Das erfordere endlich international koordinierte Maßnahmen, da die Bemühungen einzelner Staaten nicht ausreichten. Insbesondere müsse das Waschen der Gelder einheitlich überwacht werden.

In der zu Algerien gehörenden Oase Tamanrasset, der südlichen Hauptstadt des Landes und ein wichtiger Siedlungsplatz der Tuareg-Stämme, wird unter algerischer Führung ein regionales Kommandozentrum für die Sicherheitskräfte der Sahel-Staaten aufgebaut. Tamanrasset ist zugleich die logistische Drehscheibe für den Transsahara-Verkehr zum Niger und ein Zentrum für den Wüstentourismus. Gerade die Tuareg werden immer wieder nach afghanischem Vorbild zur Zeit der Russenbesetzung als „Mudschaheddin“ der Sahara angeworben, um den Terrorismus einzudämmen. Die Truppenstärke der vereinigten Streitkräfte von Burkina Faso, Niger, Mali, Tschad und Mauretanien gegen Al Kaida soll 7500 betragen. Die USA sehen in dieser Konstellation zudem eine Möglichkeit, ihre eigene Kampfbasis zu etablieren und ein Flugfeld einzurichten, von dem aus ihre Drohnen operieren können. Frankreich wiederum befürchtet, dass der Maghreb als Zentrale für geplante Attentate in Europa und den USA benutzt werden könne. Der verhinderte Flugzeug-Bomber von Detroit war Nigerianer. Nach Geheimdienstinformationen leben mittlerweile ein gutes Dutzend Schläfer aus der Maghreb-Region in westlichen Großstädten.

Die Achillesverse der logisch begründeten Forderung nach internationaler Koordination ist das Dilemma westlicher, demokratischer Regierungen, unter dem Druck der Öffentlichkeit den Freikauf von Geiseln kaum verweigern zu können, auch wenn sie die Folgen der Transferzahlungen zum Teil über bis zu fünf Mittelsmänner zur Verschleierung der wahren Ziele klar erkannt haben. *J. Feyerabend*

Zur Übernahme freigegeben

Trotz Hochtief: Bundesregierung ist weiterhin nicht bereit, deutsche Unternehmen zu schützen

Auf dem europäischen Markt beginnt sich das Geschäft mit Fusionen und der Übernahme von Firmen wieder zu beleben. Es gelten allerdings sehr unterschiedliche Übernahmeregelungen. Länder wie zum Beispiel Frankreich haben hohe Hürden aufgebaut, um unliebsame Käufer abwehren zu können. Das deutsche Wirtschaftsrecht erleichtert hingegen feindliche Übernahmen. Die Politik sieht keinen Handlungsbedarf.

Bereits seit September 2010 sieht sich Deutschlands größter Baukonzern, die Hochtief AG, einem Übernahmeversuch durch den spanischen Konzern ACS ausgesetzt. Ein Ende des Kampfes ist absehbar, der Konzern, der auf eine Geschichte bis 1873 zurückblicken kann, wird die feindliche Übernahme kaum noch verhindern können. Nach eigenen Angaben hat ACS inzwischen 41 Prozent der Aktien von Hochtief eingesammelt. Bereits bei der nächsten Hauptversammlung am 12. Mai wollen die Spanier wichtige Positionen an den Schaltstellen im Aufsichtsrat von Hochtief neu besetzen.

Der Übernahmeversuch durch ACS stößt auf Skepsis, vor allem wegen der ernüchternden Geschäftsbilanz – das Unternehmen hat Schulden von fast zehn Milliarden Euro angehäuft. Die Vorwürfe von Kritikern, dass ACS sich mit der Übernahme von Hochtief sanieren wolle, sind nicht unbegründet: Im Jahr 2002 hatte das Unternehmen die Mehrheit beim damaligen spanischen Marktführer Dragados übernommen und das Unternehmen später ausgeschlachtet. Ähnliches wird im Fall von Hochtief befürchtet.

ACS hat geschickt gesetzliche Lücken genutzt – mithilfe eines Hedgefonds, der Hochtief-Aktien gegen ACS-Aktien tauschte, wurde zunächst die 30-Prozent-Schwelle am Aktienbestand überschritten. Nach dem Erreichen dieser Marke kann ACS bei günstiger Gelegenheit weitere Aktien zukaufen, ohne den übrigen Aktionären ein Pflichtangebot machen zu müssen. Das Umgehen des Pflichtangebots wurde von der deutschen Finanzaufsicht nicht beanstandet, denn angeblich hat sie ein abgestimmtes Vorgehen zwischen ACS und dem Hedgefond, ein sogenanntes „acting in concert", nicht erkennen können.

Auch die Hoffnung von Hochtief auf eine Gesamtprüfung des Übernahmeversuchs durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) war vergebens. Dabei wären Gründe, die Übernahme zumindest vorübergehend zu untersagen, bis gravierende Vorwürfe gegen ACS geklärt sind, vorhanden gewesen: In Spanien sieht

Rom plant, Firmen besser zu schützen, Paris tut es schon

der Baukonzern sich nicht nur Vorwürfen der Aktionärsvereinigung Aemec ausgesetzt, Aktionärsrechte verletzt zu haben, noch schwerwiegender sind die Vorwürfe wegen Bilanzfälschung, die derzeit in einem Verfahren juristisch geklärt werden: Im Jahr 2009 soll ACS nicht wie angegeben einen Gewinn von 988 Millionen Euro gemacht haben, sondern ein Minus von 405 Millionen Euro.

Trotz der überaus bedenklichen feindlichen Übernahme von Hochtief lehnt Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) eine Reform des deutschen Übernahmerechts weiterhin ab: „Wenn man Unternehmen ‚schützt' und damit dem Wettbewerb entzieht, verlieren sie ihre Wettbewerbsfähigkeit." Die Realität sieht allerdings häufig so aus, dass wettbewerbsfähige Unternehmen von Beteiligungsfirmen oder Konkurrenten, die man eher als wenig wettbewerbsfähig bezeichnen kann, aufgekauft und anschließend zur Bedienung von Schulden ausgeschlachtet werden.

Angesichts laxer Übernahmeregeln sind gerade deutsche Unternehmen mit hohen Finanzreserven und geringer Verschuldung zum Ziel von Firmenjägern geworden. Deutsche Unternehmen stoßen bei Übernahmeversuchen dagegen häufig auf abgeschottet Märkte: Als der deutsche Versorger Eon 2006 zum Beispiel den spanische Energiekonzern Endesa übernehmen wollte, traf er auf erbitterten Widerstand von spanischen Politikern und Unternehmern, ähnlich erging es Siemens auf dem französischen Markt.

Zurzeit findet in Italien eine lebhafte Diskussion über den Schutz der eigenen Wirtschaft statt. Gefürchtet wird eine massive Übernahmewelle vor allem durch französische Konzerne: Der staatlich dominierte Versorger ÉDF will die Kontrolle über den italienischen Stromkonzern Edison übernehmen, der Lebensmittelkonzern Parmalat befürchtet ebenfalls die Übernahme durch einen französischen Konkurrenten. Zur Abwehr feindlicher Übernahmen will der italienische Finanzminister eine Liste von Branchen erstellen, die für das Land als strategisch wichtig gelten und vor Übernahmen geschützt werden sollen. Das Vorbild für dieses Vorgehen: Frankreich.

Dass Standortpolitik nicht in staatlichem Dirigismus nach französischem Modell enden muss, beweist die Schweiz. Dort gestattet das Aktienrecht, dass sich Unternehmen per Satzung vor Übernahmen schützen. Zum Beispiel kann durch eine Begrenzung beim Aktienerwerb der Einfluss von Käufern begrenzt werden. Von solchen Möglichkeiten können die Verantwortlichen in deutschen Aktiengesellschaften bisher nur träumen. Ihre Treue zum Standort wird durch das Übernahmerecht wie im Fall Hochtief sogar noch bestraft.

Norman Hanert



Verzweifelt: Schon früh flehten Hochtief-Mitarbeiter die Politik um Hilfe an – sie zogen sogar vor das Bundeskanzleramt. Es ging ihnen nicht um Geld, sondern um Schutz vor der trickreichen Übernahme durch das hochverschuldete Bauunternehmen ACS, dem derzeit auch noch Bilanzfälschung vorgeworfen wird. Bild: pa

KURZ NOTIERT

Griechenpleite noch vermeiden: Anfang der Woche gerieten Athen und der Internationale Währungsfonds (IWF) gehörig in Erklärungsnöte, nachdem das deutsche Nachrichtenmagazin „Spiegel" in einem Bericht den Eindruck erweckt hatte, der IWF wolle Griechenland zu einer geordneten Staatspleite drängen. „Wir unterstützen die griechische Regierung in ihrer Position, keine Umschuldung zu wollen", kam IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn den Griechen zur Hilfe. Allerdings weiß man auch beim IWF, dass Finanzexperten einen Schuldenschnitt Griechenlands aufgrund der Gesamtstaatsverschuldung des Landes von 140 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für unvermeidlich halten. *Bel*

Brasilien will ehemaliger Kolonialmacht Portugal helfen: Dilma Rousseff, Präsidentin Brasiliens, hat während ihres Staatsbesuches in Portugal dem hoch verschuldeten Euro-Land finanzielle Hilfe angeboten. Zum Auftakt ihres offiziellen Besuchs äußerte sie vor Journalisten, dass Portugal nicht nur „ein Bruderstaat" sei, sondern das brasilianische Tor in die EU. Im Gespräch ist der Kauf von portugiesischen Staatsanleihen durch die frühere portugiesische Kolonie Brasilien. Die Bonität Portugals wurde durch die Ratingagentur Standard & Poors inzwischen auf die Stufe „BBB" mit negativem Ausblick abgesenkt. *N.H.*

Mit der Scharia auf Kundenfang: Die Wirtschaftskammer Oberösterreich bietet Kurse zum Thema „Wirtschaft und Islam: Halal-Bestimmungen und Zertifizierung sowie Islamic Banking" an. Inhalt ist unter anderem die Vermittlung von Vorschriften zu Produktion und Verkauf von Lebensmitteln nach den religiösen Gesetzen des Islam (Halal) sowie die Information über Lebensmittel, die nach islamischer Tradition als verboten (Haram) gelten. Ein weiteres Thema sind die Regelungen für das Finanzwesen nach den Regeln der islamischen Rechtsordnung, der Scharia. Gefördert werden die Kurse unter anderem durch Mittel der Europäischen Union. *N.H.*

Deutsches Rückgrat

Mittelständische Unternehmen weiter stark

Der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen (SPD) meinte, Schüler und Studenten müssten lernen, wie man eine Fabrik führe oder eine Firma starte. Er habe europäische Schulbücher gesehen, die Unternehmer als fette alte Männer mit Melone und Zigarre darstellten, die andere Menschen ausbeuteten. Ein Zerrbild par excellence.

Wird jemand an die Spitze einer Kapitalgesellschaft berufen, ist er Manager und Angestellter. Bei schlechter Leistung droht ihm höchstens die Entlassung, meist mit einer ansehnlichen Abfindung – oft in Millionenhöhe – versüßt. Ein Unternehmer hingegen muss anfangs für seine Selbständigkeit versteuertes Geld aus seiner Privatschatulle bereitstellen und haftet bei Insolvenz mit seinem Vermögen. 99 Prozent der Handwerker und Betriebe des Mittelstandes in Deutschland zahlen Umsatzsteuer und 60 Prozent ihrer Mitarbeiter bringen Beiträge zur Sozialversicherung auf. Sie erwirtschaften 38 Prozent der gesamten Umsätze in der Wirtschaft und bilden 83 Prozent aller Lehrlinge aus. Schaut man nur auf mittelständische Unternehmen, dann zeigt die volkswirtschaftliche Bedeutung, dass 95 Prozent von Familienmitgliedern geführt werden, sie mehr als 41 Prozent zum Umsatz aller Unternehmen beitragen und 61 Prozent der Arbeitsplätze stellen. Bei Auftragsflaute, wie während der jüngsten Weltwirtschaftskrise zu sehen, entlässt ein Management temporär nicht benötigte Arbeitskräfte, ein Unternehmer dagegen setzt Teile des Personals nicht auf die Straße, sondern beschäftigt seine Mannschaft mit Kurzarbeit weiter. Wer bildet wohl das Rückgrat der Wirtschaft in Deutschland?

H. J. Brinkmann



Fleißige Steuerzahler: Handwerk und Unternehmen Bild: pa

Fass ohne Boden

Irische Banken brauchen weitere Milliarden

Die irischen Banken brauchen weitere 24 Milliarden Euro, so das Ergebnis des Bankenstress-Tests, den die Irische Notenbank am 31. März veröffentlicht hat. Im Vorfeld war sogar mit einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf in anderen Größenordnungen gerechnet worden.

Seit dem Beginn der Finanzkrise sind schon beträchtliche Summen an die irischen Banken geflossen. Von der irischen Regierung hat der Bankensektor bereits 46 Milliarden Euro erhalten und die irischen Zentralbank hat 89 Milliarden Euro als kurzfristige Liquiditätshilfen bereitgestellt. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich an den Hilfsmaßnahmen beteiligt, sie hat nochmals Darlehen in ähnlicher Höhe wie die irische Zentralbank gewährt.

Irische Staatsanleihen als Sicherheit?

Zweifel gibt es über die Aussagekraft des Testergebnis: Zwei Banken, die Anglo Irish Bank und Irish Nationwide, haben an der Überprüfung nicht teilgenommen, da sie abgewickelt werden. In welcher Höhe diese Banken zusätzlich Hilfen benötigen, will die irische Regierung erst im Mai bekanntgeben. Anglo Irish hat für 2010 einen Rekordverlust von 17,7 Milliarden Euro gemeldet – den größten Verlust, den je ein irisches Unternehmen zu verzeichnen hatte.

Für die aktuell zur Rekapitalisierung der irischen Banken benötigten 24 Milliarden Euro will der irische Staat auf den bisher noch ungenutzten Notkredit der übrigen Euro-Länder und des Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückgreifen. Mit der Forderung nach einer Reduzierung der Zinsen für diesen Kredit ist die irische Regierung bisher gescheitert.

Allerdings droht sich die Beteiligung der EZB bei der Rettung des irischen Bankensystems noch auszuweiten. Irische Banken dürfen zukünftig bei der EZB Geld leihen, ohne dass die hinterlegten Sicherheiten – irische Staatsanleihen – eine Bonitätswertung haben. Von solch einer Regelung zur Aussetzung von Mindestanforderungen profitiert seit letztem Jahr bereits Griechenland. Die betreffende Mitteilung der EZB vom 31. März war lediglich 15 Zeilen kurz, die Folgen, vor allem für die deutschen Steuerzahler, können allerdings gravierend sein. *N. Hanert*

Starke Wolfsburger

2010 für VW ein Erfolgsjahr

Die Analysten lagen mit ihren Prognosen hinsichtlich der Rentabilität des VW-Konzerns 2010 daneben. Der Autobauer mit Sitz in Wolfsburg und zahlreichen Produktionsstätten in Deutschland und weltweit hat im abgelaufenen Jahr klotzig verdient: Der operative Jahresgewinn beträgt 7,1 Milliarden Euro. Grundlage dieses hervorragenden Ergebnisses ist die Steigerung der ausgelieferten Fahrzeuge um 13,7 Prozent. Insgesamt wurden weltweit rund 7,2 Millionen Fahrzeuge des VW-Konzerns im Kalenderjahr 2010 verkauft.

Die Aktionäre können sich über eine deutlich erhöhte Dividende freuen. 2,20 erhalten sie je Anteilsschein. Im Vorjahr betrug die Ausschüttung 1,60 Euro je Stammaktie. Das durchaus befriedigende Ergebnis im Krisenjahr 2009 wurde ganz wesentlich durch die Abwrackprämie erzielt. Keinem zweiten Autobauer ist die Prämie so zugutegekommen wie VW. Für das laufende Geschäftsjahr hat die Konzernleitung allerdings vor übertriebenen Erwartungen gewarnt. Hohe Rohstoffpreise und eine üppige Gehaltserhöhung für alle Mitarbeiter, sowie eine einmalige Erfolgsprämie an alle schlagen zu Buche.

VW expandiert kräftig. Der Konzern hat bereits ein Fertigungswerk in Russland, durch eine zweite Produktionsstätte soll die Kapazität im größten Land der Erde aufgestockt werden. Im neuen Werk sollen jährlich mehr als 100 000 Autos der Marken VW und Skoda gefertigt werden. Ein neues Werk in den USA wird in Kürze die Produktion aufnehmen.

Der Konzern hat ehrgeizige Ziele. Die Entwicklungsabteilung arbeitet an der Produktionsreife des Elektroautos und an der Entwicklung sparsamster Motoren. Bis zum Jahr 2018 möchte der Wolfsburger Konzern zum größten Autobauer der Welt aufwachsen. *Wilhelm v. Gottberg*

Schäubles Versagen

Von Wilhelm v. Gottberg

Die Rettungsschirme laufen aus. Das haben wir klar vereinbart.“ So informierte im Juli 2010 Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die deutsche Öffentlichkeit. Nur neun Monate später unterschreibt der gleiche Minister ein Abkommen über den „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM). Damit wird eine neue europäische Behörde ins Leben gerufen, die „nichts anderes zum Ziel hat, als maroden Eurostaaten deutsche Steuergelder permanent anzudienen“ (Finanz-Stratege Erwin Grandinger).

Dies ist erneut ein Beispiel dafür, dass man den Aussagen der Spitzenpolitiker – und das gilt für alle Parteien – nicht glauben darf. Deutlicher: Die Lüge ist im bundesdeutschen Politikgeschäft eine Dauererscheinung geworden.

Der Finanzminister hat die ihm von der Verfassung aufgegebene besondere Verantwortung für solide Staatsfinanzen fahrlässig missachtet. Er hat zugelassen, dass innerhalb eines Jahres aus der Währungsunion eine Transferunion wurde. Transferunion in diesem Sinne bedeutet, dass alle Deutschen für die Schulden anderer Eurostaaten haften.

Schäuble ist auf der Bundesebene fast 40 Jahre im politischen Geschäft. Er hat hohe Regierungsämter inne gehabt. Wirklich überzeugen konnte er nie. Als CDU-Bundesvorsitzender ist er gescheitert, weil er es mit der Wahrheit nicht so genau nahm. Der Jurist Schäuble war führend beteiligt, als Bonn nach der Vereinigung den verbrecherischen Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 Bestandsschutz gab.

Schäuble wurde 1990 durch ein Attentat verletzt und zum Rollstuhlfahrer. Dieses Schicksal darf nicht dazu führen, seine Fehlleistungen zu übersehen. Er sollte über seinen Rücktritt nachdenken.

Zu viel des Guten

Von Richard G. Kerschhofer

In der allgemeinen Atom-Hysterie nach der Katastrophe in Japan bleibt, weil weniger spektakulär, ein Aspekt ziemlich unterbelichtet: Produktionsausfälle in Japan führen zur Beeinträchtigung der Produktion in teils weit entfernten Ländern, weil bestimmte Einzelteile knapp werden. Da erfährt man etwa, dass ein simples Automobil im Durchschnitt aus 10000 Komponenten besteht und dass diese aus bis zu 30 verschiedenen Ländern stammen. Klar, das ist Arbeitsteilung und für Arbeitsteilung gibt es gute – und in der heutigen Weltwirtschaft nahezu zwingende – Kostengründe.

Nun, Arbeitsteilung hat es zwar immer schon gegeben und es gibt sie sogar in der Tierwelt. Spezialisten leisten eben mehr. Doch bis zur Entwicklung von Massenproduktion und Massengüterverkehr gelangten – auch aus Kostengründen – meist nur Luxusgüter in den Fernhandel und auf die war man nicht angewiesen. Denn die Arbeitsteilung erfolgte in Familie, Stamm, Volk und Staat, also in Solidargemeinschaften, innerhalb derer man autark war.

Die Weltwirtschaft aber ist keine Solidargemeinschaft und da die Globalisierung längerfristig keine Autarkie mehr zulässt, führt sie zu totaler Abhängigkeit von einigen wenigen. Zu hinterfragen ist daher, ob die an sich sinnvolle Arbeitsteilung heute nicht bereits einen kritischen Grenzwert überschritten hat – von den energiepolitisch unsinnigen Transporten über den halben Globus ganz abgesehen.

Euro-Rettung am Bürger vorbei

Von Hinrich E. Bues

Schon die Abschaffung der D-Mark und die Einführung des Euro waren äußerst unpopulär. Hätte es eine Volksabstimmung gegeben, wäre der Euro wohl nie in Deutschland eingeführt worden. Zehn Jahre danach hat sich an dieser Stimmungslage wenig geändert. Die kürzlich verkündete Rettung der Währung, der neue Stabilitätspakt in Höhe von 700 Milliarden Euro, ruft harsche Bürgerproteste hervor.

Die Wut der Bürger entlädt sich derzeit in den Leserbriefspalten der Zeitungen und in Internetforen. Die Parteien wollen zwar „näher am Menschen“ sein, aber scheinen nicht lesen zu können. „Uferloses Einstehen“ der reichen Länder für die Schulden der armen Staaten der EU, lautet eine empörte Stellungnahme. Es reiche nicht, Sparanstrengungen für die notleidenden Schulden-Staaten zu verkünden, wenn sie dann, wie im Fall Griechenlands oder Portugals, nicht ausreichend umgesetzt würden.

Der Frust unter den Wählern werde immer größer, wenn die Politiker einfach so „weiterwursteln“. Kein Politiker würde derzeit die enormen Gefahren für die Sozialsysteme oder die Bonität Deutschlands zur Sprache bringen. Wenn die Zahl der Transfer-Empfänger, die der deutsche Steuerzahler schon im Inland zu versorgen habe, noch ständig durch weitere Kostgänger im Ausland vermehrt wird, ist aber auch der Finanzkollaps hierzulande nicht mehr weit.

> Geradezu Einladung für eine neue Anti-Europa-Partei

Die deutsche Hilfsbereitschaft sei überzogen und das „Vabanquespiel“ der Bundeskanzlerin und ihres Finanzministers ein Skandal. Wer rebelliere endlich öffentlich, fragen Leserbriefschreiber? Frau Merkel führe Deutschland in die Pleite, so die Klage. Noch nicht einmal „Despoten des Absolutismus“ hätten die Zukunft ihres Landes derartig aufs Spiel gesetzt, meint Manfred Backerra aus Hamburg, denn Deutschland bürge nicht nur für bankrotte Staaten; es erkläre sich auch noch zur Übernahme der Bürgschaften von Pleite-Staaten bereit, wenn diese ihre Bürgschaften nicht mehr erfüllen können. Ein „Ausverkauf Deutschlands“ stehe ins Haus.

Sind das alles überbesorgte Bürger? Keineswegs, denn auch die Fachleute weisen auf die vielen Lücken des Stabilitätspaktes hin. Die Regeln seien zu weich, wie dies in den vergangenen zehn Jahren schon bei den Verschuldungsgrenzen deutlich wurde. Automatische Strafen für Defizitsünder gibt es weiterhin nicht. Zudem sei der Rettungsfonds wohl zu klein, um große Schuldenländer wie Spanien zu helfen. Griechenland und Irland sind aus Sicht der Experten wohl jetzt schon pleite, aber eine geregelte Insolvenz für Staaten der Euro-Länder gibt es nicht.

Deutschland muss in den neuen Fonds 22 Milliarden einzahlen und bisher „nur“ für 168 Milliarden Euro bürgen. Diese Zahlen besänftigen die Wut der Bürger keineswegs. In Umfragen will die Hälfte der Bürger die D-Mark sofort zurück. Und die Politik erklärt bisher nicht schlüssig, warum ein Ausstieg aus dem Euro und eine Wiedereinführung der D-Mark nicht doch billiger ist.

Wenn die Parteien weiterhin nicht reagieren, wird eine (neue?) Partei diese Stimmung der Bevölkerung nutzen. Der neue Slogan hieße dann: Ohne Europa geht es Deutschland besser. Angesichts der gewaltigen Summen, die jetzt auf dem Spiel stehen, wäre dann den Bürgern der Einsatz für das geeinte (und friedliche) Europa kaum noch zu vermitteln.



Durchgestrichene EU-Fahne vor dem isländischen Parlament als Protest gegen einen möglichen EU-Beitritt des Landes: Trotz Unzufriedenheit treibt die Europäische Union keine Bürger auf die Barrikaden. Direkte Proteste sind so gut wie nicht existent, obwohl Brüssel das Leben der Europäer und der jeweiligen Nationen massiv beeinflusst.

Bild: action press

Moment mal!

Zurück zu den liberalen Wurzeln

Von Klaus Rainer Röhl

War Westerwelle ein Populist? Ich denke, dass er gerne einer gewesen wäre. Er liebte die Außenwirkung, die große Geste. Vom berühmten „Guidomobil“ und der Zahl 18 auf den Schuhsohlen bis zu seinem letzten Auftritt in China, als sein Sturz in Berlin schon beschlossen war. Berühmt auch seine Auftritte beim Aachener Karneval „Wider den tierischen Ernst“. Seitdem ist Guido Westerwelle dort immer dabei. Öche Alaaf! Mutig. Zweimal war er schon in der Bütt. Und nach dem mit System herbeigeführten Sturz seines engen Parteifreunds Möllemann und dem erpressten Rücktritt Gerhardts war er an der Macht. Unter ihm zog die FDP immerhin wieder in zwölf Landtage ein und gewann. Doch in den letzten Monaten folgte Niederlage auf Niederlage im Bund und in den Ländern.

Wie ist der FDP nun noch zu helfen? Ganz einfach: Die FDP muss, damit sie in zukünftigen Wahlkämpfen nicht als Umfallerpartei und Mehrheitsbeschafferin für die CDU endgültig jede Glaubwürdigkeit verliert, das tun, was sie dauernd von sich selbst fordert: Ihr Profil schärfen. Sie muss möglicherweise etwas weniger vom Geld reden und nicht nur von Statistiken, sondern mehr von den „Menschen in unserem Lande“. Auf gut deutsch: Die Partei muss menschenfreundlicher werden, solidarischer, brüderlicher. Ein Brüderle macht noch keine Brüderlichkeit.

> Die FDP muss deutschfreundlicher werden

Vielleicht müsste die Partei auch deutschfreundlicher werden. Die Menschen in diesem Lande, das sind nämlich die Deutschen. So deutschfreundlich wie Theodor Heuss, Thomas Dehler, Erich Mende es waren, auch Otto Graf Lambsdorff und alle großen Liberalen, die sich ganz selbstverständlich (auch) als National-Liberale empfanden. Zwölf Prozent brachten sie in ihrer guten Zeit auf die Waagschale. Auf 15 Prozent bezifferte das Allensbacher Institut das Wählerpotential für eine demokratische Rechte. In Bayern wird dieses Potenzial fast völlig von der CSU ausgeschöpft. Aber in den übrigen Bundesländern? In Deutschland ist an der Stelle, wo eine solche rechtsliberale Partei sein müsste, deren natürliche Verbündete der Mittelstand und das Handwerk wären, ein Loch. Ein Vakuum. Dabei sorgen gerade die mittelständischen Betriebe, wie jede neue Untersuchung zeigt, für ein weiterhin solides Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze.

Das Feld ist offen. Die nächste Wahl kommt bestimmt. Liebe Parteifreunde! Die Musik spielt längst woanders. Unsere öffentliche Diskussion bestimmt seit mehr als einem Jahr Thilo Sarrazin. Daran wird sich trotz einer Schockpause auch nach den Angstwahlen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nichts ändern. Das Problem der unerwünschten Zuwanderung von vier Millionen Muslimen, seit Jahren verniedlichend „Migranten“ genannt, bleibt auf der Tagesordnung und auch die bei den Angstwahlen gebildeten rot-grünen oder grün-roten Regierungen müssen sich damit auseinandersetzen. Denn es ist ein Problem, bei dem es um unsere Existenz geht. Die Existenz der – noch – deutschen Mehrheit im Land. Die Zeiten, in der die sogenannten 68er die öffentliche Meinung bestimmten, die Themen setzten und am Ende ihre Ziele erreichten, sind vorbei. Die multikulturellen Seifenblasen und Seifenopern genauso wie die Anbiederung an lautstarke Minderheiten. Wir sind wieder einmal und immer noch das Volk. Und das Volk beginnt langsam, seine eigenen Interessen wahrzunehmen. Wie oft habe ich in diesen Jahren der Kanzlerin, der FDP und allen ihren Beratern empfohlen, bei aller Gastfreundschaft und globalen Offenheit auch die eigenen Landsleute nicht zu vergessen, etwas Deutschfreundlichkeit an den Tag zu legen. Schon im Winter 2010 war es langsam ins Bewusstsein gedrungen: Schlagzeile der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ („FAS“): „Kampf der Deutschenfeindlichkeit!“ Bundesfamilienministerin Kristina Schröder sagte der „FAS“: „Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit müssten in aller Härte bekämpft werden. Aber auch Deutschenfeindlichkeit ist Fremdenfeindlichkeit, ja Rassismus! Denn hier wird jemand diskriminiert, weil er einer bestimmte Ethnie angehört.“ Die Ministerin forderte sogar, deutschenfeindliches Vorgehen müsse juristisch besser geahndet werden können. Die „Volksverhetzung“ könne bisher leider nicht auf Deutschenfeindlichkeit angewandt werden.

> Liebe CDU und liebe FDP: Die Grünen gibt es schon. Nachahmung zwecklos!

Na endlich. Auch wir gehören zu Deutschland. Auch die Deutschen. Besucher sind herzlich willkommen, aber, so Seehofer im „Focus“: Menschen aus anderen Kulturkreisen wie der Türkei und arabischen Ländern täten sich in Deutschland schwerer. Daraus ziehe er den Schluss, „dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen!“ Nun, ist das ein Wort?

Alle haben das inzwischen gehört, nur in die abgeschirmten Kammern des Kanzleramtes und in den Kopf der Kanzlerin ist es noch nicht gedrungen. Der mögliche Grund: Sie hat Sarrazin, nach eigenen Angaben, auch nach einem Jahr immer noch nicht gelesen.

Stattdessen träumt sie von einer Koalition mit den Grünen, von einer endgültigen Energiewende. Träume kann man nicht verbieten, aber die Realos bei den Grünen lachen sie nur aus. Sie haben längst ihr eigenes Konzept, die Wirtschaft und damit die Gesellschaft zu ändern, ein Konzept, bei dem Regulierung und Lenkung im Vordergrund stehen. Dazu brauchen sie die Union nicht. Doch Deutschlands Zukunft wird sicher nicht in Stuttgart entschieden und auch nicht durch hektische Abschaltung der Kernkraftwerke und Umformung der ganzen Gesellschaft zu einem Volk von Wärmedämmern und Stromsparern. Die wichtigste Zukunftsaufgabe ist die Beendigung der Verschuldung durch einen nicht mehr zu bezahlenden Sozialstaat und die Erhaltung einer erfolgreichen, global konkurrenzfähigen Wirtschaft. Offensichtlich geht das nur mit einer runderneuerten CDU. Die Grünen gibt es schon, eine SPD gibt es – noch –, ebenso die Partei „Die Linke“. Nachahmung zwecklos. Anbiederung ebenfalls. Mit der gegenwärtigen Politik der Union sind weitere Wahlen nicht mehr zu gewinnen. Ein Grund mehr, warum das Land eine starke FDP braucht.

Dr. Klaus Rainer Röhl ist seit 1993 Mitglied der FDP. Er wird dem national-liberalen Flügel unter dem ehemaligen Generalstaatsanwalt Alexander v. Stahl zugerechnet. Im Juni erscheint sein neues Buch „Sarrazin für Anfänger“, Universitas Verlag.

Sichtbares Zeichen setzen

Konzert im Erfurter Dom mit dem Königsberger Domorganisten Artjom Chatschaturow

Wenn sich am letzten Maiwochenende tausende Ostpreußen in Erfurt versammeln werden, um auf dem Deutschlandtreffen in den Messehallen ein politisches Bekenntnis zur Heimat abzulegen, dann soll auch die Seele nicht zu kurz kommen. So wird der Organist des Königsberger Doms, Artjom Chatschaturow, ein Konzert im Erfurter Dom geben.

„Als Herr Chatschaturow im vergangenen Jahr im Berliner Dom und im Kaiserdom zu Königslutter Konzerte gab, waren viele Ostpreußen anwesend“, erläutert sein Manager Gerfried Horst. „Viele haben Chatschaturow schon einmal im Königsberger Dom gehört. Dass er genau zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt ein Konzert gibt, kann in der Öffentlichkeit als sichtbares Zeichen der guten Beziehungen zwischen den Ostpreußen und den heute in Ostpreußen lebenden Russen angesehen werden.“

Artjom Chatschaturow wurde 1983 in Balaschicha bei Moskau geboren. Er besuchte die Akademische Musikschule am Moskauer Staatlichen Konservatorium im Fach Klavier und im Fach Orgel und schloss seine Ausbildung 2002 mit Auszeichnung ab. 2007 beendete er ebenfalls mit Auszeichnung seine Studien am Moskauer Staatlichen Tschaikowsky-Konservatorium im Fach Klavier und im Fach Orgel. Im selben Jahr noch wurde er zum Organisten und Orgelpfleger an der großen Schuke-Orgel im Dom zu Königsberg berufen. 2010 hat er dann noch am Moskauer Staatlichen Tschaikowsky-Konservatorium mit Auszeichnung das Examen für das Lehramt im Fach Orgel bestanden. Chatschaturow hat Konzerte in Perm, Saratow und anderen russischen Städten sowie Gastspiele außerhalb Russlands gegeben. Im Januar 2010 wirkte er als Solist an einem Konzert mit dem Sinfonieorchester des MDR mit, das im Hörfunk und Fernsehen sowie auf arte übertragen wurde. Auch hat er Einspielungen für Rundfunk und Fernsehen gemacht und zwei CDs mit Soloaufnahmen veröffentlicht. Die Besucher des Orgelkonzerts im Erfurter Dom wird ein ganz besonderes Erlebnis erwarten. Und manch einer wird daran denken, dass die 1992 errichtete Orgel im Erfurter Dom von den selben Meistern erbaut wurde wie die im Königsberger Gotteshaus.

Die Entscheidung, die im Zweiten Weltkrieg zerstörte große Orgel im Königsberger Dom wiederherzustellen, war während der Vorbereitungen zur 750-Jahrfeier Königsbergs 2005 gefallen. Dafür wurden aus dem Staatshaushalt rund vier Millionen Euro bereitgestellt. Orgelbaumeister Matthias Schuke erinnert sich an die Anfänge der Zusammenarbeit: „Bei den ersten Gesprächen mit dem Dombaumeister Odinzow im Dom zu Kaliningrad ging es um eine Orgel mit fünf Manualen und 135 Registern. Als Vergleich wurde damals der Rigaer Dom erwähnt und man wollte für Kaliningrad mindestens eben solch eine Orgel haben. Nach langen Gesprächen über die zukünftige Nutzung des Doms und der Orgel wurde zunächst von mir der Vorschlag gemacht, eine Hauptorgel und eine Chororgel zu konzipieren, um auch Konzerte mit Orgel und Orchester aufführen zu können. Dies stieß zunächst auf Ablehnung. Nach meinem Angebot, die Orgeln im Erfurter Dom zu besichtigen, um sich ein Bild über eine solche klangliche Möglichkeit zu machen, war Herr Odinzow bereit dazu, darauf einzugehen. Im Erfurter Dom brauchte es nur wenige Minuten und dann stand fest, im Kaliningrader Dom werden eine Hauptorgel und eine Chororgel gebaut, auf der die Kompositionen des Barock sowie der deutschen und französischen Romantik und auch zeitgenössische Musik dargestellt werden können. Das Ziel dieser Konzeption bestand darin, eine Besonderheit im baltischen Raum zu schaffen und den Kaliningrader Dom zu einer international anziehenden Orgelkonzertstätte werden zu lassen.“ *Silke Osman*



Im Mariendom zu Erfurt: Blick auf die Schuke-Orgel Bild: Archiv

Das Konzert im Erfurter Dom findet am Sonnabend, 28. Mai, 19.30 Uhr, statt, der Eintritt ist frei, Spenden werden gern entgegengenommen. Das Konzert mit Stücken von Liszt, Bach und russischen Komponisten wird etwa eine Stunde dauern.

Im Gespräch

In einem Interview mit der *PAZ*-Redakteurin Silke Osman legte Artjom Chatschaturow dar, was ihn an Königsberg und seiner Arbeit fasziniert:

PAZ: *Herr Chatschaturow, Sie sind in dem Jahr geboren, in dem Herbert Wilhelmi, der letzte Organist des Königsberger Doms, starb. Fühlen Sie sich Ihrem Vorgänger verbunden?*

Artjom Chatschaturow: Die Geschichte des Königsberger Doms ist auch die Geschichte derjenigen Menschen, die mit ihm verbunden sind. Die Persönlichkeit des letzten Domorganisten hat mich immer interessiert. Im Jahre 2008 habe ich dank Gerfried Horst die Tochter von Herbert Wilhelmi kennengelernt, Gisela Kottmeier, und habe auf diese Art viel von ihm erfahren. Das war ein großer Königsberger, der sich ganz dem Dom und der Orgel hingegeben hat; deswegen fühle ich eine Verbindung mit ihm und verstehe, wonach man streben muss.

PAZ: *Wilhelmi hat einmal gesagt, jeder trage seine Landschaft in Wesenszügen in sich. Haben Sie neben der russischen Landschaft, in die Sie geboren wurden, auch bereits ein wenig die ostpreußische Landschaft in sich aufgesogen?*

Chatschaturow: Ich glaube, dass mein fast vierjähriger Aufenthalt in Kaliningrad es mir erlaubt hat, den Charakter der ostpreußischen Landschaft aufzusaugen, wenn es mir auch so scheint, dass sich der Ausspruch von Herbert Wilhelmi mehr auf die Landschaft bezieht, in der ein Mensch geboren wurde und aufgewachsen ist.

PAZ: *Königsberg war früher eine herausragende Musikstadt, in der Konzerte mit Dirigenten und Solisten von Rang stattfanden. Welche Erfahrung haben Sie im heutigen Königsberg gemacht?*

Chatschaturow: Im Dom von Kaliningrad gibt es jetzt sehr viele Konzerte; außer Orgelmusik erklingen symphonische und Klaviermusik sowie Gesangsdarbietungen. Im Juni ist eine grandiose Aufführung des „Prometheus“ von Skrjabin geplant; kurz gesagt, die Konzerttätigkeit im Dom gewinnt jedes Jahr mehr an Fahrt, und das hauptsächliche Verdienst daran gebührt dem Domdirektor Igor Alexandrowitsch Odinzow. Deshalb kann man meine Erfahrung hier als ziemlich erheblich einschätzen, da ich an der größten Zahl von Konzerten teilnehme, ohne meine Solokonzerte zu erwähnen.

PAZ: *In Erfurt spielen Sie neben Kompositionen russischer Größen wie Schostakowitsch auch Werke von Franz Liszt, dessen 200. Geburtstages man in diesem Jahr gedenkt. Wird dieser Komponist auch in Königsberg gewürdigt?*

Chatschaturow: In Kaliningrad, wie auch in ganz Russland, ist der Name von Franz Liszt jedem gebildeten Menschen bekannt, da dieser große Komponist die Musikkultur bereichert hat. Der Name von Schostakowitsch wird ebenfalls hoch geschätzt, vor allem dank seiner symphonischen Musik.

Kaiser, Kleriker und Kaufleute

Fünf Ausstellungen zeigen packende Geschichten rund ums Kulturerbe aus den vergangenen 1500 Jahren

Die Eintracht von Braukunst und Klosterleben, die Zwietracht zwischen Salierkaisern und Päpsten, Krieg und Frieden auf einer Fernhandelsroute, Uta und der Naumburger Meister: Kulturhistorische Ausstellungen an geschichtsträchtigen Schauplätzen geben in den nächsten Monaten spannende Einblicke in die deutsche und europäische Vergangenheit.

Was wäre Europa ohne das auf Benedikt von Nursia (um 480/90–550/60) zurückgehende Mönchtum? Klöster waren in einer Zeit, in der nicht einmal Kaiser und Könige des Lesens und Schreibens kundig waren, Horte des Wissens und der Wissenschaft. Das veranschaulicht uns ab Juli an historischer Stätte, dem vor 800 Jahren gegründeten Kloster Dahlheim im Kreis Paderborn, die von Helga Fabritius kuratierte Ausstellung „Macht des Wortes“. Die Schau zeige, so die Kuratorin, „in welch vielfältiger Weise der Benediktinerorden als europäischer Kulturträger das Bild des Kontinents bis heute beeinflusst“. Als populärstes Beispiel nennt sie die von den Benediktinern kultivierte Braukunst. Zu den Attraktionen der Schau gehören Höhepunkte der Buchmalerei, reich bestickte liturgische Gewänder, Prunkkelche und weitere kostbare Beispiele der Schatzkunst.

Eines der berühmtesten Benediktinerklöster war Lorsch. Im Museumszentrum Lorsch und auf dem Klostergelände, dessen Glanzlicht die einzigartige karolingische „Königshalle“ ist, wird ab Mai die Ausstellung „Vom Reichskloster Karls des Großen zum Weltkulturerbe der Menschheit“ gezeigt. Im Blickpunkt stehen erstmals präsentierte archäologische Funde der in jüngster Zeit durchgeführten Ausgrabungen. Sie geben Auskunft über die Klostergebäude bis hin zu einer luxuriösen Toilettenanlage sowie über Leben und Arbeiten der Mönche. Zu den herausragenden Ausstellungsstücken werden karolingische, ottonische und romanische Bauskulpturen gehören. Bernhard Pinsker, der wissenschaftliche Leiter des Ausstellungsprojekts, kündigt weitere Prunkstücke an: „Der Sarkophag Ludwigs des Deutschen, vergoldeter (einmalig) und figürlich bemalter Wandputz von der Innenausstattung der Kirche, der Grabstein eines ‚gequälten‘ Klosterlehrers.“

Kloster Lorsch war bis in die Zeit der Salier ein geistiger und politischer Mittelpunkt des Heiligen Römischen Reiches. Prominentestes Bauwerk der Salier aber ist der Dom zu Speyer, der dieses Jahr sein 950. Weihejubiläum feiert. Als Grabstätte der vier Salierkaiser ist er zudem das größte Exponat der ab April laufenden Ausstellung „Die Salier – Macht im Wandel“. Im benachbarten Historischen Museum vermitteln Funde aus den Kaisergräbern und andere wertvolle Exponate Einblicke in eine von dramatischen Umbrüchen geprägte Zeit. Weit reichende Folgen hatte der Konflikt zwischen den Salierkaisern und den Päpsten um das Vorrecht der Einsetzung von Bischöfen und Äbten, der sogenannte „Investiturstreit“. Zu den herausragenden Leihgaben wird die in Cambridge ausgeliehene Kaiserchronik Heinrichs V. gehören. Seine Regierungszeit (1099–1125) bildet den Schwerpunkt der Schau, wie Projektleiterin Sabine Kaufmann ankündigt. Sie ergänzt: „Aus der Auseinandersetzung des sogenannten Investiturstreits geht letztlich der Papst gestärkt hervor, während das Kaisertum an alleinigem Machtanspruch verloren hat.“ Auch die Fürsten des Reiches gewinnen an Einfluss: „Sie sind es auch, die die Macht haben, den Kaiser zu zwingen, sich im Wormser Konkordat mit dem Papst zu einigen.“

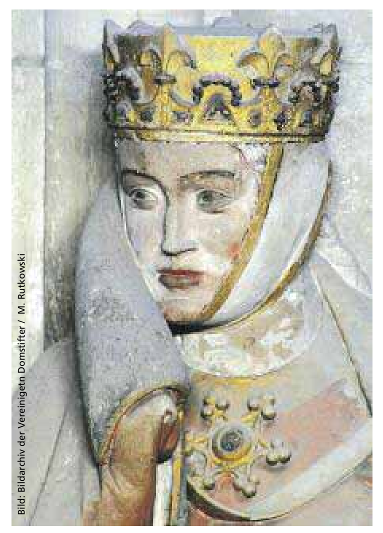


Bild: Bildarchiv der Vereinigten Domstifter / M. Rutkowski

Stifterfigur Uta von Ballenstedt

Wie der Kaiserdom zu Speyer ist auch der Mitte des 13. Jahrhunderts vollendete Naumburger Dom ein Kulturdenkmal ersten Ranges. Jeder Kreuzworträtsellöser kennt die Frage: „Stifterfigur im Naumburger Dom mit drei Buchstaben.“ Die Antwort lautet bekanntlich „Uta“.

Sie und die elf anderen lebensgroßen Stifterfiguren sind die prominentesten Schöpfungen des Naumburger Meisters, dem im Dom und an weiteren Schauplätzen in Naumburg ab Juni eine große Ausstellung gewidmet sein wird.

Aber wer war eigentlich der Naumburger Meister? Ausstellungssekretär Guido Siebert gibt die Antwort: „Unter dem Namen Naumburger Meister ist ein einzelner Künstler zu verstehen, der als leitender Bildhauer und Architekt einem Werkstattverband von Steinmetzen und Bildhauern vorstand.“ Dessen künstlerische Spuren lassen sich von Reims über Mainz und Bassenheim bis nach Meißen verfolgen. Und was ist das Besondere an seinem Schaffen? Der Naumburger Meister „verhalf den Skulpturen zu einem neuartigen menschlichen Ausdruck, der innere Empfindungen in der äußeren Gestalt sichtbar machte“, erklärt Siebert.

Während seiner Wanderschaft war der Naumburger Meister auf der „via regia“ unterwegs. Diese historisch bedeutsamste Fernhandelsstraße zwischen West- und Osteuropa führt über Mainz und Frankfurt am Main, Erfurt, Naumburg und Leipzig nach Breslau und Krakau. In die Stadt Görlitz tritt sie durch eine imposante Kanonenbastei aus dem späten 15. Jahrhundert ein: den Kaisertrutz. In ihm wird ab Mai die Schau „via regia – 800 Jahre Bewegung und Begegnung“ stattfinden. Im Blickpunkt stehen das Leben der Menschen an und auf der Straße, der Warenhandel sowie der Austausch von Kunst und Kultur. Als prominente Reisende, die vorgestellt werden, nennt Pressesprecherin Eileen Mägel August den Starken und Napoleon, den romantischen Maler Caspar David Friedrich sowie den als Reformlandwirt von Zar Alexander I. und dem bayerischen König Ludwig I. gleichermaßen geschätzten und mit einem Adelstitel ausgezeichneten Kaufmann und Kunstsammler Maximilian Speck von Sternburg. *Veit-Mario Thiede*

„Macht des Wortes. Benediktinisches Mönchtum im Spiegel Europas“, 2. Juli bis 30. Dezember im Kloster Dalheim, Lichtenheim-Dalheim, www.stiftung-kloster-dalheim.lwl.org

„Kloster Lorsch – Vom Reichskloster Karls des Großen zum Weltkulturerbe der Menschheit“, 28. Mai 2011 bis 29. Januar 2012 im Museumszentrum Lorsch, www.hlmd.de

„Die Salier – Macht im Wandel“, 10. April bis 30. Oktober im Historischen Museum der Pfalz, Speyer, www.museum.speyer.de

„Der Naumburger Meister – Bildhauer und Architekt im Europa der Kathedralen“, 29. Juni bis 2. November 2011 im Dom und weiteren Schauplätzen in Naumburg, www.naumburgermeister.eu

„via regia – 800 Jahre Bewegung und Begegnung“, 21. Mai bis 31. Oktober im Kaisertrutz, Görlitz, www.landesausstellung-via-regia.museum

Bismarck zum Geburtstag

Deutschland, Deutschland über alles“ – / Hoch und herrlich klingt das Wort, / Wo sich deutsche Männer finden, / Reißt es sie begeistert fort!

Stimmen ein wir laut und freudig / In so stolzen Jubelruf, / Laßt uns Seiner nicht vergessen, / Der das neue Deutschland schuf!

Schlug das Schwert auch tapf're Schlachten, / Gab uns Ruhm der blut'ge Krieg, / Mit den Schlachten seines Geistes / Macht er dauernd erst den Sieg.

Und es fürchtet ihn der Fremde, / Der so manche Schmach uns bot, / An des Weltmeers fernen Küsten / Flattert leuchtend Schwarzweißroth.

Über seinen Scheitel flogen / Heute siebzig Jahr dahin, / Jugendmuthig, jugendkräftig / Hält er aus mit kühnem Sinn,

Sorgend für das Wohl des Volkes / Deutsch und tüchtig, groß und klar, / „Deutschland, Deutschland über alles!“ / Seine Losung immerdar.



Otto v. Bismarck

Von der Zwietracht bösem Hader / Hat er unser Volk befreit, / Zwang gewaltig es zusammen / In erneuter Einigkeit,

Hat des alten Reichs beschwingten / Aar verjüngt zurückgebracht, / Und aus des Kyffhäusers Tiefen / Die versunk'ne Kaiserpracht.

Laßt uns ihn zum Vorbild küren! / Volk der Deutschen, zoll ihm Dank! / Was die Väter heiß ersehnten, / Nennst Du Dein im Ueberschwang!

Und so lang sich ihrem Kaiser / Treue deutsche Männer weihn, / Soll des Helden edler Name, / Bismarck Deutschen theuer sein!

Aus der „Offiziellen Fest-Zeitung zum 70. Geburtstage des Fürsten Bismarck“ vom 1. April 1885, herausgegeben vom Central-Comité des Bismarck-Fackelzug

Der erste Mensch im All

Vor 50 Jahren, am 12. April 1961, begann die Ära der bemannten Raumfahrt

Einmal Held, immer Held – wer auserkoren wurde, einem totalitären Regime als Vorbild für die Massen und zugleich als Beweis für die Überlegenheit des Systems zu dienen, kommt aus dieser Nummer kaum noch heraus. Ein solcher „Held“, der eigentlich gar keiner sein wollte, war Juri Gagarin.

Der 1934 geborene Russe hatte zwei Ziele: Er wollte fliegen, und er wollte Ingenieur werden. Dank seiner außergewöhnlichen Kombination aus Ehrgeiz, Intelligenz, körperlicher und seelischer Tüchtigkeit erreichte er weit höhere Ziele: Er war der erste Mensch, der die Fesseln der Gravitation abstreifen und für eine gute Stunde schwerelos durchs All schweben konnte.

Es war eine „Blitzkarriere“ der ganz besonderen Art, die Gagarin an jenem geschichtsträchtigen 12. April absolvierte. Er startete als Oberleutnant und landete 108 Minuten später als Major; zwei Tage später war er auch noch Träger des Lenin-Ordens und „Held der Sowjetunion“. Als solcher hatte er zu funktionieren, wie die Funktionäre des Systems es vorschrieben – im wörtlichen Sinne bis hin zu den Vortragsmanuskripten, die er zum Ruhme des Sozialismus in aller Welt zu verlesen hatte.

Dem Besucher im Kosmodrom Baikonur fällt es hingegen schwer, allzu Heldenhaftes nachzuempfinden. Hier also wurde vor 50 Jahren ein Stück Weltgeschichte geschrieben? Die Hütte, in der Juri Gagarin die letzte Nacht vor dem historischen Flug ins All verbrachte – eher armselig. Die Startrampe, von der aus die gigantische Rakete den ersten Menschen in die Weiten des Weltraums katapultierte – unattraktiv bis nichtssagend. Der Weg dorthin, durch die triste kasachische Steppe, begleitet von maroden Telegraphenleitungen – fast wie ein Ausflug ins späte 19. Jahrhundert.

Hier startete die erste Interkontinentalrakete, der erste künstliche Erdsatellit, der erste Mensch im All. Und wenn jetzt das Shuttle-Programm der USA endgültig endet, ist Baikonur bis auf weiteres die einzige Verbindung zwischen der Erde und der Weltraumstation ISS. Das seit 1991 unabhängige Kasachstan kassiert von Russland jährlich 115 Millionen Dollar Pacht.

Moskau hatte den Weltraumbahnhof 1955 bewusst fernab in die Steppe der damaligen Sowjetrepublik Kasachstan gesetzt, aus militärischen Gründen streng geheim. Schon der Name ist irreführend; das wahre Baikonur liegt 350 Kilometer weiter nördlich. Rund um die bislang unbedeutende Bahnstation Tjura Tam wuchs eine Plattenbau-Wohnstadt mit zeitweise 150000 Bewohnern. Sie nannte sich Leninsk, kam aber auf keiner Landkarte vor. Auf einer nahezu menschenleeren Fläche von über 6000 Quadratkilometern wurden Startrampen, technische Einrichtungen und Zulieferfabriken gebaut.



Wird noch heute von den Erben des Sowjetimperiums als „Held“ vereinnahmt: Der Kosmonaut Juri Gagarin auf einem Propagandaplakat Bild: D Lovetsky/dapd

Die Erfolge ließen nicht lange auf sich warten. Im August 1957 hob die erste Interkontinentalrakete ab, am 4. Oktober desselben Jahres versetzte Sputnik 1 mit seinem Piep-piep dem westlichen „Klassenfeind“ einen langanhaltenden Schock.

Und dann die Heldentat des Juri Alexejewitsch Gagarin! Der technologiebegeisterte Jetpilot war trotz seines fast noch jugendlichen Alters von gerade 27 Jahren wegen seines ruhigen, ausgeglichenen Gemüts aus 20 Kandidaten für den ersten Flug ins All ausgewählt worden. Das Projekt lief, wie in der Sowjetunion üblich, unter strikter Geheimhaltung. Die sogenannte Weltöffentlichkeit sollte nur von Erfolgen erfahren. So war Gagarin mit hoher Wahrscheinlichkeit gar nicht der erste Mensch, der ins Weltall flog – aber der erste, der lebend zurückkam.

Die bis heute in Baikonur sichtbaren technologischen Unzulänglichkeiten, kompensiert durch einen unerschütterlichen Glauben an die Allmacht der Improvisation, lassen die „Heldenhaftigkeit“ Gagarins in einem anderen Licht erscheinen. Er kannte die Risiken, nahm sie – exakt einen Monat nach der Geburt seines zweiten Kindes – auf sich, agierte im richtigen Moment richtig, indem er in 7000 Meter Höhe aus der defekten Wostok-Kapsel ausstieg und außerplanmäßig mit dem Fallschirm landete.

Er war ein Held, aber nicht im Sinne der Sowjetunion. Bei den Aufpassern vom KGB machte er sich zunehmend unbeliebt, weil er deren vorgefertigte Propagandamanuskripte beiseite legte und seine eigenen Reden hielt. Darin kam dann weder die Überlegenheit des sowjetischen Systems vor noch die ihm unterstellte Behauptung, auf seinem einstündigen Himmelsritt habe er „alles Mögliche gesehen, nur keinen lieben Gott“.

Vehement wehrte Gagarin sich gegen das ihm auferlegte Flugverbot; er wollte seine unterbrochene Kampffliegerausbildung unbedingt abschließen. Die Parteibonzen aber hatten Angst, durch einen simplen Flugunfall womöglich ihr attraktivstes Propagandazugpferd zu verlieren.

Dass sie damit ausnahmsweise einmal Recht hatten, zeigte sich am 27. März 1968. Nahe Moskau stürzte der gerade 34-jährige Kosmonat auf einem Übungsflug mit einer MIG-15 ab und starb. Die Ursache blieb bis heute ungeklärt. Der Kreml sprach von einer „unglücklichen Verkettung verhängnisvoller Umstände“ und schloss menschliches Versagen kategorisch aus. Denn „Helden der Sowjetunion“ dürfen menschlich nicht versagen – daran hat sich auch zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Sowjetunion nichts geändert. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Ideal des Feldherrn für Generationen

Die erfolgreiche Bekämpfung der Osmanen machte den »edlen Ritter« Prinz Eugen von Savoyen-Carignan zur Legende

Eugen war der jüngste von fünf Söhnen von Eugène Maurice de Savoie-Carignan (1635–1673) und Olympia Mancini (1639–1708), die eine Nichte des mächtigen französischen Kardinals Jules Mazarin (1602–1661) war. Er wuchs am Hofe des französischen Königs Ludwig XIV. auf und sollte ursprünglich Geistlicher werden. Seine Mutter, die im Verdacht stand, ihren Gatten vergiftet zu haben, soll zunächst dem König nahe gestanden haben, war aber nach dessen Abwendung von ihr voller Hass und pflanzte diesen auch ihrem Sohn ein, der alsbald die militärische Laufbahn ergreifen wollte.

> Er war Ludwig XIV. für dessen Armee zu schmächtig

Da Ludwig XIV. Eugens Wunsch nach einer Karriere in der französischen Armee mit dem Hinweis auf dessen schmächtige Gestalt abwies, trat er in fremde Dienste. Er ging nach Passau zu Kaiser Leopold I., dessen Hauptstadt Wien von den Türken im sogenannten Großen Türkenkrieg (1683–1699) bedrängt wurde. Er hoffte, ein Dragoner-Regiment übernehmen zu können. Aber erst nachdem die Türken am 12. September 1683 nach der Schlacht am Kahlen Berge die Belagerung von Wien hatten aufgeben müssen, wurde Eugen zum Obersten und Chef eines Dragoner-Regiments ernannt. Er kletterte die militärische Leiter rasch hinauf, bis er am 25. Mai 1693 zum Feldmarschall ernannt wurde.

Prinz Eugen erlangte seine internationale Bedeutung durch den Kampf gegen das Osmanische Reich. Am 11. September 1697 besiegte er die Türken bei Zenta, was den Frieden von Karlowitz vom 26. Januar 1699 zur Folge hatte, in dem neben anderen Verlusten die Türken Ungarn und Siebenbürgen an Österreich abtreten mussten. Am 27. Juni 1703 wurde Eugen zum Präsidenten des Hofkriegsrates ernannt. In dieser Zeit ließ er sich in Wien zusätzlich zu seinem bereits vorhandenen Stadthaus durch den Baumeister Johann Bernhard Fischer von Erlach ein Stadtpalais errichten. Weitere Schlösser folgten. Neben seiner Tätigkeit als Bauherr kaufte er zahlreiche Kunstwerke und Bücher, die nach seinem Tode seine Nichte Anna Victoria (1683–1763) erhielt.

Während des Spanischen Erbfolgekrieges (1701–1714) kämpfte er auf dem deutschen Kriegsschauplatz gegen Frankreich und besiegte zusammen mit dem Oberbefehlshaber der englischen Truppen, John Churchill 1. Duke of Marlborough, am 13. August 1704 bei Höchstädt bei Dillingen an der Donau ein französisches Heer. Die Engländer sprechen von der Battle of Blenheim. Außerdem konnte er am 11. Juli 1708 bei Oedenarde, das ungefähr 55 Kilometer von Brüssel entfernt liegt, und am 11. September 1709 wieder gemeinsam mit Malborough in der Schlacht bei Malplaquet nahe Mons die Franzosen schlagen. Allerdings waren die Verluste der Verbündeten in der letztgenannten Schlacht so hoch, dass sie keinen Vorteil aus dem Sieg schöpfen konnten.



Prinz Eugen von Savoyen: Ölgemälde aus dem Jahre 1718 Bild: Wikipedia

Zu den Ergebnissen des Spanischen Erbfolgekrieges gehörte, dass die Spanischen Niederlande zu Österreich kamen. Erster Statthalter der Österreicher in der nun Österreichische Niederlande genannten Neuerwerbung wurde Prinz Eugen, dem bereits am 21. Februar 1707 mit der Ernennung zum Reichsgeneralfeldmarschall eine besondere Ehre zuteil geworden war.

> Auch als Bauherr, Kunstsammler und Mäzen trat er hervor

Trotz dieser politischen beziehungsweise Verwaltungsposition blieb Eugen als Feldherr gefragt. Denn die Türken regten sich wieder, um den Frieden von Karlowitz zu revidieren. Nach dem Eintritt Österreichs in den Venezianisch-Österreichischen Türkenkrieg (1714–1718) errangen dessen von Eugen kommandierte Truppen schon im ersten Jahr, am 5. August 1716, bei Peterwardein (heute Ortsteil von Novi Sad) an der Donau einen Sieg, der zusammen mit einem weiteren Sieg bei Belgrad am 16. August 1717 den Türken die weitere Angriffslust vergehen ließ. Am 21. Juli 1718 gewann Österreich im Frieden von Passarowitz das Banat, die Walachei, das nördliche Serbien mit Belgrad und Teile Nordbosniens.

Eugen stand im Zenit seines Wirkens. Im Polnischen Thronfolgekrieg (1733–1738) musste der greise Prinz von Savoyen noch einmal für Österreich die Kastanien aus dem Feuer holen. Aber die Kräfte des Prinzen, der überdies zu wenig Truppen zur Verfügung hatte, waren erlahmt, und er konnte es nicht verhindern, dass die Franzosen die Reichsfestung Philippsburg (in Baden) ab dem 23. Mai 1734 belagerten und schließlich am 19. Juni 1734 einnahmen. Als der Kronprinz von Österreichs Verbündetem Preußen, der spätere Friedrich der Große, an die Rheinfront kam, traf er in Eugen nur noch einen Schatten seiner selbst an. Sieben Jahre später trat der Preuße die Nachfolge Eugens als größter Feldherr seiner Zeit an – aber das hat Eugen nicht mehr erlebt. Er starb am 21. April 1736 in Wien. *Jürgen Ziechmann*

Verlöschendes Licht

Das Ende der letzten Deutschen Kaiserin – Vor 90 Jahren starb Auguste Viktoria

Neben der legendären Königin Luise zählt Auguste Viktoria wegen ihres sozialen und kirchlichen Engagements sowie ihrer fürsorglichen Art zu den beliebtesten Landesmüttern Preußens. Am 11. April 1921 starb die letzte preußische Königin im niederländischen Exil im Haus Doorn.

Wenn Auguste Viktoria auch unpolitischer war als Luise und weniger Einfluss auf die Politik des Königs und damit des Landes nahm, so gibt es doch bemerkenswerte Gemeinsamkeiten. Beide Frauen erfreuten und erfreuen sich einer breiteren Akzeptanz als ihre Ehemänner. Und dennoch bewunderten beide ihre Männer und standen zu ihnen in Treue fest. Dem Tode beider ging eine schwarze Stunde der Hohenzollerndynastie voraus. Bei Luise war es der Vierte Koalitionskrieg mit der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt sowie dem Tilsiter Frieden, dem die Besatzungsherrschaft der Franzosen folgte. Bei Auguste Viktoria war es der Erste Weltkrieg mit der Novemberrevolution, dem die Herrschaft der Revolutionäre beziehungsweise Republikaner folgte.

Auguste Viktorias Krankengeschichte begann jedoch nicht erst mit den Belastungen des Ersten Weltkrieges und dessen Folgen. Schon vor dem Kriegsausbruch hatte die Gesundheit der Monarchin Anlass zu Befürchtungen gegeben. Das lag außer an ihrem schwachen Herzen an ihrer chronischen Selbstüberforderung, resultierend aus dem großen Pflichtbewusstsein der Landesmutter. Ihr Mann hielt ihr fehlende Tageseinteilung vor. Während er selber eine genaue Zeiteinteilung mit Arbeitszeiten, aber auch mit Ruhezeiten gehabt habe, habe sich seine Frau immer im Dienst gesehen. Immerfort habe sie Empfänge abgehalten, jeder hätte zu jeder Zeit zu ihr kommen können.

Im August 1918 erlitt Auguste Viktoria einen Schlaganfall. Sie dämmerte vor sich hin. Nur langsam wichen die Sehstörungen, bildeten sich die Ödeme zurück. Alle waren sich einig, dass nun Ruhe geboten war.



Auguste Viktoria: Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen Bild: pa

Aber diese Ruhe hatte Auguste Viktoria nicht. Unruhige Monate und Jahre lagen vor ihr. Die Kriegslage verschlechterte sich und die Novemberrevolution ließ sie um Leib und Leben ihres Mannes und ihrer Familie fürchten. Am 28. November 1918 war sie mit ihrem Ehemann wieder vereint, wenn auch im Exil. Die Trennung von der geliebten Heimat traf sie schwer.

Nach dem Umzug ins Haus Doorn im Jahre 1920 verschlechterte sich der Gesundheitszustand. Ihre Räume im ersten Stock des Hauses verließ sie kaum noch. Der Besuch ihres Lieblingssohnes Joachim kurze Zeit nach dem Umzug hellte zwar ihre Stimmung kurzfristig auf. Aber als Viktoria Luise ihren Bruder im März 1920 ablöste, sagte ihr der Leibarzt ihrer Mutter: „Ihre Majestät hatte vorgestern einen Anfall von Herzkrampf ... Ich hoffe, dass wenn nicht unvorhergesehene Störungen eintreten, die Besserung gute Fortschritte machen wird.“

Eine unvorhergesehene Störung trat jedoch bereits wenige Monate später mit dem Selbstmord Joachims am 18. Juli 1920 ein. Inwieweit die Mutter die ihr zur Schonung erzählte Mär vom Jagdunfall in Zweifel gezogen hat, wird wohl im Dunkeln bleiben, doch lässt ihr überlieferter Satz „Wenn ich dagewesen wäre, dann wäre das nicht geschehen“ Böses ahnen. Jedenfalls verfolgte die Mutter der Tod ihres jüngsten Kindes bis in den Schlaf.

Ausgerechnet an ihrem 62. Geburtstag, dem 22. Oktober 1920, erlitt Auguste Viktoria beim Frühstück einen Schwächeanfall, von dem sie sich nicht mehr erholte. Es begann ein etwa halbjähriges Siechtum. Ende November/Anfang Dezember steigerte sich die Herzinsuffizienz mit kaum fühlbarem Puls und zunehmender Verwirrung. Auguste Viktoria wusste um ihren Gesundheitszustand. Sie selbst betrachtete sich als „verlöschendes Licht“ und von ihr ist der Satz überliefert: „Liebe Kinder ... Ihr könnt doch nicht verlangen, dass ich diese Schmerzen länger aushalte. Ihr müsst verstehen, dass ich von Euch gehe.“ Am 29. November nahm sie von allen Abschied.

Zum Jahreswechsel wurden die durch Herzkrämpfe bedingten Atemnotsanfälle intensiver. Verschlechtert wurde der Zustand durch zu geringe Nahrungsaufnahme. Ab dem 3. Februar 1921 bekam Auguste Viktoria Morphium. Ende März verschlechterte sich der Zustand so sehr, dass Friedrich Kraus aus Berlin gerufen wurde. Nach dem Schlaganfall vom August 1918 hatte der Medizinprofessor an der Charité von einer „ernsten Mahnung“ gesprochen, sich strenge Schonung aufzuerlegen. Nun war es zu spät. Er konnte nur noch den Tod für die nächsten Tage prognostizieren.

Über diesen schrieb der behandelnde Arzt: „Um 5 Uhr morgens wurde ich ... gerufen, um bei der Umbettung behilflich zu sein. Die Kaiserin lag wie in den letzten Tagen ziemlich apathisch und gab nur bei dem Transport von einem Bett zum anderen ein leises Stöhnen des Unbehagens von sich. Als nach dem Umbetten die Kammerfrau sich über sie beugte, jetzt sei es doch sicher wieder ein behagliches und schönes Gefühl, öffnete sie ein wenig die Augen und ein leises Lächeln trat auf ihre Züge. Plötzlich hörte man ein eigenartiges kurzes schnappendes Armen, der Puls war kaum noch zu fühlen, auskultatorisch waren noch sehr schwache und beschleunigte Herztöne hörbar. Der Kaiser war ... sofort ... geholt worden ... Beim Eintritt des Kaisers in das Krankenzimmer waren noch ein paar Herzschläge zu hören, kurz darauf hatte das Herz zu schlagen aufgehört. Der Tod erfolgte ganz sanft, im Schlafen. Die Augen blieben geschlossen und brauchten nicht zugedrückt werden. Es war 6.15 Uhr, als der Tod eintrat.“ *Manuel Ruoff*

»Potsdam ist ein teurer Ort ...«

Wolfgang Amadeus Mozart wurde auch in Preußen seiner ewigen Geldsorgen nicht ledig

„Potsdam ist ein teurer Ort und ich muss hier auf eigene Kosten zehren“, schrieb Wolfgang Amadeus Mozart im Frühjahr 1789 aus der Stadt in Brandenburg an seine Frau Constanze. Akribisch festgehalten hat er neben der Anzahl auch die Daten der abgesandten Briefe an sein „theuerstes Weibchen“: 28. April und 5. Mai von Potsdam; 19., 20., 22. und 23. Mai von Berlin. Wir wissen also so einiges über Mozarts Berlin-Potsdam-Reise vor 222 Jahren.

Joannes Chrysostomus Wolfgangus Theophilus Mozart, so der vollständige Taufname, hat sich zwei Jahre vor seinem Tod auf eine Reise in den Norden begeben. Er fuhr mit seinem Freund und Schüler, dem Fürsten Karl Lichnowsky. Dieser musste nach Berlin und bat seinen Lehrer, ihn zu begleiten.

Dem ewig von Geldsorgen gebeutelten Komponisten war längst bekannt, dass Preußens König Friedrich Wilhelm II. ein Musikliebhaber war, ja selbst ein guter Cello-Spieler. Auch wusste Mozart, dass der Nachfolger Friedrichs des Großen sich des Öfteren lobend über den Compositeur aus der Kaiserstadt geäußert hatte. Zudem saß Friedrichs Neffen der Geldbeutel recht locker, zumindest im Hinblick auf begabte Musiker.

Nach beschwerlicher Fahrt trafen die Reisenden im April 1789 in Berlin ein. Da der König mit seinem Gefolge nicht in seiner Hauptstadt weilte, sondern in Potsdam, setzte sich die Kutsche unverzüglich in diese Richtung in Bewegung. Mozart, der „sich beym Einpaßieren für einen Capell-Meister aus Wien angegeben hat“, wurde dem Herrscher vorgestellt, natürlich erst nach einem Tag des Wartens. Er durfte vorspielen. Was Seine Majestät dazu zu sagen geruhten, ist nicht überliefert. Fest steht, dass Mozart beauftragt wurde, für die Prinzessin Friederike von Preußen sechs leichtere Klaviersonaten zu komponieren. Warum von diesen Sonaten später nur eine entstanden ist, seine letzte Klaviersonate nämlich im Juli 1789 in D-Dur, Köchelverzeichnis 576, ist nicht ganz klar – wie so manch anderes auch.

Selbstbewusst behauptet die Tafel über der Eingangstür am Bassinplatz 10 in Potsdam, dass Mozart dort gewohnt habe. Aber, hat er wirklich dort seine Unterkunft gehabt? Angeblich hat er bei einem Bekannten aus Pariser Tagen, dem Waldhornisten Karl Türrschmidt, im Holländischen Viertel am Bassinplatz gewohnt und als gern gesehener Gast in den Häusern namhafter Künstler verkehrt. Selbst wenn dem so war, lautete die Hausnummer dann auch tatsächlich 10? Wir werden es wohl nie erfahren.

Bild: Friedrich

Bassingplatz 10 in Potsdam: Tafel über der Eingangstür

Sicher ist, dass Mozarts Hoffnungen finanzieller Art sich nicht erfüllten. Anfang Mai des Jahres befand er sich wieder in Leipzig, gab ein Konzert im Gewandhaus. Am 19. Mai kehrte er allein nach Berlin zurück. An diesem Tag wurde im Nationaltheater am Gendarmenmarkt „Die Entführung aus dem Serail“ aufgeführt. Unerkannt schlich sich Mozart in die Vorstellung. Der ebenfalls anwesende Johann Ludwig Tieck erblickte einen ihm unbekannten kleinen Mann: „rasch, beweglich und blöden Auges, eine unansehnliche Figur im grauen Überrock“.

Nach einer Zeit des Zuhörens ließ diese optisch so unattraktive Erscheinung es sich nicht nehmen, die Streicher des Orchesters lautstark anzublaffen: „Verflucht! Wolt's Ihr D greifen!“ Nun erkannt, holte man ihn auf die Bühne. Am 26. Mai durfte das Genie, das wegen seiner überdimensionierten Nase von einer damaligen Zeitung einmal als „enorm benaster Mozart“ bezeichnet wurde, noch ein Konzert bei Hofe geben. Doch damit endete sein Berlin-Potsdamer Intermezzo. *Silvia Friedrich*

Er jagte die Schweden übers Kurische Haff

Der an der Geschichte Preußens Interessierte weiß um die Bedeutung des preußischen Sieges über die Schweden in der Schlacht von Fehrbellin 1675 und die Verfolgung des Besiegten durch die Sieger – zum Teil über das zugefrorene Kurische Haff – bis vor Riga. Mit dem Sieg über die damals führende Militärnation Europas beginnt die preußische Militärtradition. Und der eher künstlerisch oder kunsthistorisch Interessierte kennt das im Zweiten Weltkrieg zerstörte Fresko Wilhelm Simmlers aus der Kaiserzeit „Die große Schlittenfahrt“, das den Großen Kurfürsten dabei zeigt, wie er sich an der sogenannten Jagd über das Kurische Haff beteiligt. Schon weniger bekannt dürfte sein, dass bei dieser prestigeträchtigen Verfolgung der Schweden über das Haff die preußische Avantgarde von einem Offizier geführt wurde, der in der schwedischen Armee sein militärisches Handwerk gelernt hatte.

Dabei war Görzke nicht etwa gebürtiger Schwede, in Bollersdorf in der Märkischen Schweiz erblickte er vor 400 Jahren, am 11. April 1611, das Licht der Welt. Als Edelknabe von Maria Eleonora von Brandenburg kam er jedoch schon als Kind nach Schweden, als die Hohenzollernprinzessin 1620 den dortigen König Gustav II. Adolf heiratete. 1628 wurde er Page des Schwedenkönigs und fünf Jahre später Reiter in dessen Leibgarde. Auf Seiten Schwedens nahm er denn auch am Dreißigjährigen Krieg teil. 1648 endete



Bild: Archiv

Joachim Ernst von Görzke

nicht nur diese deutsche Selbstzerfleischung, sondern auch Görzkes Dienst in der schwedischen Armee.

Als Oberst a.D. lebte Görzke auf seinen Gütern, bis er sich 1656 von den Brandenburgern mit dem Range eines Generalmajors reaktivieren ließ. Er nahm für seinen neuen Herrn, den Großen Kurfürsten, am Zweiten Nordischen Krieg teil, der dem Hohenzollern die Souveränität in Preußen brachte, und wurde dort ab 1661 eingesetzt. 1664 wurde er Gouverneur von Memel. Nach dem Ausbruch des Schwedisch-Brandenburgischen Krieges 1674 nahm er außer an der Schlacht um Rathenow, den Belagerungen von Wolgast, Anklam, Demmin und Stettin sowie der Einnahme von Greifswald auch an der Schlacht bei Fehrbellin teil, bevor seine militärische Karriere mit der Verfolgung der Schweden über das Kurische Haff 1679 ihren Höhepunkt erlebte. Im Ergebnis brachte der schwedische Feldmarschall Henrik Horn von den ehemals 12 000 bis 16 000 Mann, mit denen er im November 1678 in Ostpreußen eingefallen war, um Schwedisch-Pommern zu entsetzen, nur noch 1000 Reiter und 500 Mann Infanterie in gefechtsfähigem Zustand wieder zurück ins damals schwedische Livland.

Ab 1677 amtierte Görzke, 1675 zum Generalleutnant befördert, als Gouverneur von Küstrin. Dort starb der Ex-Soldat der Schweden und spätere Sieger über sie am 27. März 1682. *M. R.*

Politiker flippen total aus

Zu: „Schnellabschaltung der Hirne" (Nr. 11)

Ob vielleicht irgendwer wenigstens der Kanzlerin mit einfachen, verständlichen Worten begreiflich machen kann, dass der Atomunfall sich in Japan und nicht bei uns ereignet hat? Hat sie wirklich Physik studiert? Die hektischen Reaktionen erscheinen völlig überzogen. Ein kühler Kopf ist nötiger denn je. Aber die Brennstäbe in vielen Köpfen sind momentan wohl ebenfalls überhitzt und brauchen dringend ein verlässliches Kühlsystem. Ich will mir nicht vorstellen, wie restlos der Bundestag in einer echten Notlage ausflippen würde. Wer es allen recht machen will, macht es niemandem recht – wieder einmal. Der Eindruck entsteht, in Deutschland wird nicht regiert, sondern reagiert, und das meistens falsch.

Hans-Jürgen Bothmann, Hamburg

Obszöne Anti-Atomwahlkämpfe mit 10 000 japanischen Toten

Zu: „Atomdebatte: Flach und verkürzt" (Nr. 12)

Cui bono, wer zieht aus der Atomdebatte den größten Nutzen? Wer sich die Veranstalter der Anti-Atom-Veranstaltungen ansieht, wird linke demokratische Organisationen und Parteien bis hin zu Linksextremen entdecken. Zu der Demonstration „Es reicht! Atomkraft – Schluss jetzt!" im Oktober 2010 riefen neben dem DGB auch offiziell „Avanti – Projekt undogmatische Linke" und Linksjugend ['solid] auf. Die beiden letzteren weisen laut dem Verfassungsschutz Niedersachsen „eine klare extremistische Ausrichtung" auf beziehungsweise streben „einen grundsätzlichen Systemwechsel" an. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen stellte 2009 fest: „Mit der als Jugendorganisation der Partei ‚Die Linke' anerkannten Linksjugend [solid] lehnt eine weitere der Partei zuzurechnende Gruppierung tragende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung offen ab." Der an „Es reicht!" teilnehmende niedersächsische Landtagsabgeordnete Marco Brunotte, der sich dem Kampf gegen den Rechtsextremismus widmet, bemerkte anscheinend diese Verbindung zu Linksextremen nicht.

Und auch bei dem Protest am 26. März in Berlin sprachen bei der Abschlusskundgebung sowohl Michael Sommer (Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes) als auch Lea Voigt, die Mitglied bei Avanti ist.

Die Atomdebatte muss nicht nur als Sachdiskussion über die bestmögliche Energieerzeugung gesehen werden. Sie ist in dieser Form auch ein machtpolitischer Kampf, bei dem linksstehende Demokraten nicht die Nähe zu Extremisten scheuen. Dieses demokratiefeindliche Verhalten resultiert aus den obszönen Anti-Atomwahlkämpfen mit 10 000 japanischen Toten.

Ulrich Blode, Langenhagen

Gläubigerrettung

Zu: Begehrtes Kapital bald teurer" (Nr. 10)

Es ist nicht ganz richtig, dass deutsche Banken am stärksten Halter von Griechenlandanleihen sind. Von dem allseits bekannten Hans Olaf Henkel wissen wir, dass dies die französischen Banken sind. Deshalb drängte Sarkozy auch die Merkel, dem „Schutzschirm" mit dem Geld deutscher Steuerzahler zuzustimmen.

Dieser Schutzschirm rettet daher nicht Griechenland, also den Kreditnehmer, sondern die Gläubigerbanken und diese sitzen im Falle von Griechenland eben in Frankreich.

Jürgen Kunz, Buchen



Nutzen den Fukushima-Unfall für sich medial aus: Vertreter von Attac Deutschland, des DGB Nord, von Robin Wood, der IG Metall Unterelbe und der ständige bischöfliche Stellvertreter in Hamburg posieren bei einer Pressekonferenz von Atomkraft-Gegnern Bild: pa

Zurück zu den zehn Geboten

Zu: „Wolffsohn steht zu Sarrazin" (Nr. 10)

Martin Luther sagte in seinem Lied „Eine feste Burg ist unser Gott". Das müsste genauso für die Kirche eine Aussage und Aufgabe sein, ist aber nur eine große Sehnsucht geworden.

Was nun inzwischen über Herrn Sarrazin an Äußerungen und Urteilen auch von der Kirche und ihren Dienern zu lesen und zu hören ist, schreit zum Himmel. Eine Aussage von Ernst Moritz Arndt ist passend dazu: „Gott wohnt nur in stolzen Herzen und für den niederen Sinn ist der Himmel zu hoch."

Zur Bewältigung technischer Probleme sollte man sich an die zugehörige Betriebsanleitung halten. Die Kirche hat für Herz und Seele des Menschen auch eine Anleitung: die zehn Gebote.

Als Auftrag an die Schüler des Lübbener Paul-Gerhardt-Gymnasiums wurden einst am Eingangsportal im Gestein die Worte festgeschrieben: Die Brust voll Mut, das Herz voll Glut / Die Wahrheit anerkannt mit Geist und Verstand / Das Gute geübt, das Schöne geliebt, / so dienen wir freudig mit treuer Hand / Dem Wohle der Bürger, dem Vaterland.

Ich denke etwas wehmütig an die schon in alten Zeiten im Volksmund bekannten Worte: „Alles in Butter, Herr Luther."

Wolfgang Lehmann, Lübben

Unnötige Hysterie und Euphorie

Zu: „Schnellabschaltung der Hirne" (Nr. 11)

Nach der jahrelangen Klimahysterie fegt nun die Atomhysterie die eigentlich erfolgreichste Landesregierung aus dem Amt. Bei Licht betrachtet beruht der „erdrutschartige Sieg" der Grünen allerdings nur auf 16 Prozent der Wahlberechtigten, denn bei einer Wahlbeteiligung von 66.2 Prozent erhielten die Grünen 24,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Also bitte mehr Gelassenheit bei der aktuellen Euphorie.

Und was die Klima- und Atomhysterie betrifft, sollten wir einen Blick zu unseren Nachbarn werfen, die regelmäßig mit mehr Augenmaß die Weltlage begleiten.

Christian v. d. Groeben, Großrinderfeld

Deutschland ist nicht Japan!

Zu: „Atomdebatte: Flach und verkürzt" (Nr. 12)

Die Diskussion bei uns wird in die falsche Richtung gelenkt, denn in Mitteleuropa herrschen andere Voraussetzungen als in Japan. Dort finden jährlich über 1500 Erdbeben statt, das gibt es bei uns nicht. Bei uns gibt es auch keine Tsunamis. Unsere geographisch-klimatischen Bedingungen sehen anders aus: In Mitteleuropa herrscht überwiegend Westwind. Frankreich ist mit 58 AKWs übersät (80 Prozent Atomstrom), es gibt auch noch sieben in Belgien, 19 in Großbritannien und eins in den Niederlanden. Alle Staaten, die östlich dieser Länder liegen, haben ein überlebenswichtiges Interesse daran, dass alle AKWs westlich davon absolut sicher sind. Sind sie es überall? **Hermann Schubart, Marburg**

Wer sind eigentlich diese Rebellen?

Zu: „Die Mär vom ‚guten' Rebell'" (Nr. 13)

Darf ich einmal fragen, ob man nachprüfbare Zahlen hat, wie viel Prozent der Libyer für und wie viel gegen Gaddafi sind und warum niemals die Reporter Interviews mit Anhängern des Diktators bringen und warum es immer nur Jugendliche sind, die demonstrieren, egal in welchem der Länder von Ägypten bis Syrien? Wo finde ich unvoreingenommene Reporter, solche, die auch die dortigen religiösen Stämme kennen und Kontakt dazu haben und pflegen?

Ich bitte um Auskunft oder – natürlich besser – eine objektive Berichterstattung ohne Einfluss der US-Interessen (Öl)!??

Dr. med. dent. Ernst Nordmann, Köln

Gedenktag schädigt angeblich Ruf der Vertriebenen

Zu: „Versöhnung mit sich selbst" (Nr. 7)

Im Dezember 2010 – gut 60 Jahre nach Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" am 5. August 1950 in Stuttgart – debattierte der Bundestag in Erster Lesung über den Antrag von CDU- und FDP-Abgeordneten, den 5. August zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer dieser Vertreibung zu bestimmen. Diese Debatte leitete der Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse.

Als SPD-Abgeordneter gab er hierzu seine Meinung in einem langen, schriftlichen Beitrag zu Protokoll. Darin heißt es, dass er diesen Antrag als verspäteten, nicht ordentlich vorbereiteten „Schnellschuss" betrachte, dass bereits andere Unionspolitiker diesen Vorschlag missbilligt haben und dass es bereits so viele routinemäßige Jahrestage gibt, dass Deutschland unendliches Leid über andere Völker gebracht hat (Holocaust!), dass die Charta 1950 „von vielen ehemaligen Nazis verfasst wurde" und nicht der Versöhnung diene, dass sie „die Verantwortung der Deutschen am Zweiten Weltkrieg" nicht ausreichend würdige, dass die Vertriebenen durch die Ablehnung der Ostpolitik seiner Partei „selbst zu ihrem schlechten Image beigetragen haben" und dies auch heute noch durch einige Vertriebenenpolitiker geschieht ... Und schließlich am Ende: Zu diesem schlechten Image trage auch der vorliegende Antrag nach einem Gedenktag für die Vertreibungsopfer bei. Er sollte daher zurückgezogen werden.

Das fordert ausgerechnet der Dr. h. c. Thierse, der sich als Bundestagspräsident (!) bei seinem offiziellen Besuch in der Volksrepublik China 2005 nicht entblödete, an Grabmal und Gedenkstätte für Mao einen Kranz mit schwarz-rotgoldener Schleife niederzulegen, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, dass dieser Mann und seine kommunistische Partei für Krieg, Vertreibung, Völkermord, Hungersnot und die „Kulturrevolution" mit Massenmorden verantwortlich sind, die die Verbrechen Hitlers und Stalins (zahlenmäßig) noch übertreffen.

Es fehlen einem die Worte für diesen Politiker

Dr. med. Reinhard Gnauck, Mainz

Zeitgeist hat ein gefährliches Wort eingeführt

Zu: „Die Deutschen und ihr Wald" (Nr. 51)

Mit Interesse habe ich den Artikel gelesen und bin gleich am Anfang des Artikels über die Aussage „... schmerzlich an den Verlust der geliebten Heimat" gestolpert. Leider finde ich die Aussage „Verlust" als eine zeitgeschichtlich manipulierte Vermittlung, die eher den auf diesem Gebiet (Heimatvertretung) monopolistischen Mediendarstellungen entspricht. Da man diese Darstellung (Verlust der Heimat, verlorene Heimat ...) immer wieder in den Medien findet, habe ich das Gefühl, dass hier das Sprichwort „Steter Tropfen höhlt den Stein" zutrifft. Diese immer wiederkehrenden Aussagen über den „Verlust der Heimat oder über die verlorene Heimat" suggeriert doch allen betroffenen Heimatvertriebenen, sogar den Deutschen, die in ihrer Heimat trotz der schwierigsten Bedingungen verblieben sind, allen Nachkommen und zeitgeschichtlich beziehungsweise tagespolitisch Interessierten im In- und Ausland, dass ein Recht auf Heimat für die deutschen Heimatvertriebenen nicht gelten soll und diese Vertreibungen mit dem Verlust der Heimat als ein abgeschlossenes Thema der Politik behandelt werden sollen.

Da ich dieses dem Autor nicht unterstellen möchte, sondern diese Aussage fast als eine unbewusste (erfolgreiche?) Übernahme des manipulierten Zeitgeistes ansehen möchte, meine Empfehlung, mehr auf solche „Kleinigkeiten" zu achten und die Aussagen über den „Verlust oder über die verlorene Heimat" zu ersetzen, in diesem Artikel also: „... schmerzlich an die geliebte Heimat, aus der sie vertrieben wurden". Dies entspricht den Tatsachen der völkerrechtswidrigen Heimatvertreibungen und beinhaltet das angestammte und unveräußerliche Recht auf Heimat auch unserer ostdeutschen Landsleute und deren Nachkommen. (Nur in Nachrufen oder Todesanzeigen liest man über den Verlust eines geliebten Menschen!) Dies sollte gerade in Artikeln dieser Zeitung unmissverständlich veröffentlicht werden, die ja auch mit dem *Ostpreußenblatt* ein Organ der Exil-Berichterstattung aus der vertriebenen Heimat darstellt!

Kurt Lübeck, Frankfurt am Main

Gedenken an Opfer zentrieren: Der 27. Januar 1945 ist nicht nur »Befreiung von Auschwitz«

Zu: „Versöhnung mit sich selbst" (Nr. 7)

Die Regierungsparteien und mit ihnen die bürgerliche Mitte dieses Landes müssen sich Fragen gefallen lassen. Erinnern wir uns: Am 19. Januar 1996 zogen Staatsoberhaupt und Volksvertretung, damals noch in Bonn ansässig, die Summe des Gedenkjahres „50 Jahre Kriegsende 1945". Die Regierung wurde damals, genauso wie heute wieder, von den bürgerlichen Parteien getragen. Der 27. Januar 1945, Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz im Zuge der sowjetischen Weichsel-Offensive, wurde aus diesem Anlass in geradezu monolithischer Einmütigkeit von Politik und publizierter Meinung zum alljährlichen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus bestimmt – unter rücksichtsloser „geschichtspolitischer" Ausblendung all dessen, was an diesem 27. Januar sonst noch in Mitteleuropa und im Osten Deutschlands geschah. Zur Begründung führte die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth unter anderem aus, es gebe in der „Geschichte der Völker Ereignisse von fundamentaler Auswirkung für deren Existenz in Gegenwart und Zukunft, die gegen das Vergessen in herausgehobener Form gesichert werden müssen". Und es war unüberhörbar, dass Bundespräsident wie Bundestagspräsidentin, oberste Repräsentanten unserer Republik, die Vernichtung des historischen deutschen Ostens nicht für ein solches Ereignis hielten. Der Bundespräsident, sein Name war Roman Herzog, fand hierfür den einzigartigen Nebensatz, „auch diese Opfer werden wir nicht vergessen. Aber ihrer erinnern wir uns seit langen Jahren am Volkstrauertag, und dabei soll es bleiben".

Inzwischen sehen wir wieder ein wenig klarer, dass damals eine veritable Geschichtsklitterung implementiert wurde – mit allem Potenzial zu einer neuen, lähmenden Lebenslüge der Republik. Denn der 27. Januar 1945 lässt sich unter dem Postulat der Wahrhaftigkeit weder historisch noch moralisch-ethisch auf die „Befreiung von Auschwitz" beschränken. Es kennzeichnet ihn vielmehr, ebenso grundlegend wie unaufhebbar, eine grausige Dichotomie. Binnen zweier knapper Wochen hatten zu diesem Tage die sowjetischen Befreier von Auschwitz – ihre Armeen stießen in Ostpreußen soeben zum Frischen Haff durch und erreichten in Schlesien die Oder – eben auch die Orte und Straßen im Osten Deutschlands unter einer barbarischen Welle von Kriegsverbrechen in schlimmste Qual- und Sterbestätten verwandelt. Dabei galt es ihnen keineswegs allein, endlich die vermeintlich so verdienten und süßen Früchte unbeschränkter Rache zu genießen, sondern zumindest ihren Anführern kaum weniger, die Gunst der vorletzten Kriegsstunde nutzend, die Dezimierung und Austreibung der ostdeutschen Bevölkerung schnell, effektiv und umfassend ins Werk zu setzen. So wurden die Befreier von Auschwitz zugleich die Totschläger, Mörder, Vergewaltiger und Vertreiber von Königsberg, Danzig, Stettin und Breslau. So wurden auch alle diejenigen, die ihren zumindest stillen Segen zur Vertreibung gegeben hatten, zu Komplizen des dem Holocaust womöglich am dichtesten benachbarten Verbrechens der Epoche. Und es ist dieser schreckliche Zusammenhang, von „Endlösung" und „Endregelung", der uns und unsere Repräsentanten zu mehr als einem beflissenen Nebensatz veranlassen sollte – um unserer wie der Würde der Opfer willen.

Es ehrt die bürgerlichen Parteien, dass sie ihre Unterlassung von 1996 nunmehr korrigieren wollen. Aber sie sind reichlich spät dran. Längst haben diejenigen wieder die „strukturelle Mehrheit" in diesem Lande, denen solche Erwägungen entweder reichlich gleichgültig oder herzlich zuwider sind. Um den „Holocaust-Gedenktag" hat sich internationales Brauchtum mit massiven Ansprüchen an die „deutsche Gedenkkultur" etabliert.

Und der „27. Januar" ist auch durch diese Rückkoppelung zu einem Sakrament des deutschen Staatskulpismus geworden. Da ist es wohl schon besser und einfacher allemal und falsch gewiss auch nicht, vor allem der unbestreitbare Friedensleistung der deutschen Vertriebenen nach 1945, sozusagen ergänzend, zu gedenken. Man sollte dabei aber nicht vergessen, den Gedenktag an „Flucht und Vertreibung" haben wir bereits. Es ist, ob wir es wollen oder nicht, der Tag, an dem im Jahre 1945 das Vernichtungslager Auschwitz befreit wurde: der 27. Januar. Und es wäre allemal mutiger als der jetzt ausgesonnene Umgehungsweg, sich zu dieser Doppelung im Gedenken zu bekennen.

Andreas Gizewski, Großhansdorf

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 14 – 9. April 2011

MELDUNGEN

Antwort nach 24 Jahren

Königsberg – Während einer Schiffsreise nach Dänemark hatte der damals fünfjährige Frank U. vor gut 24 Jahren eine Flaschenpost in die Ostsee geworfen. Nun bekam er Antwort aus der Königsberger Exklave. Dort hatte ein 13-jähriger Junge bei einem Strandspaziergang mit seinen Eltern die Flasche entdeckt. Über die auf dem Brief angegebene Adresse in Nordrhein-Westfalen fanden der Junge und der Absender zusammen. Die beiden stehen nun über Internet in Kontakt. *MRK*

Uferbahn soll wieder fahren

Elbing – Auf der Strecke der alten Haffuferbahn, die entlang des südlichen Ufers des Frischen Haffes von Elbing nach Braunsberg verläuft, sollen während der Ferienzeit wieder Züge fahren. Hierfür müssten die Gleise der Strecke überholt werden. Die am Haff gelegenen Gemeinden der Woiwodschaft Ermland und Masuren wollen sich an den Kosten beteiligen. Das gleiche gilt für die Arbeitsämter in Elbing und Braunsberg. Das Amt in Braunsberg bezahlt neun Personen vier Monate lang und das in Elbing zwölf Personen ein halbes Jahr, so Iwona Radej, Direktorin des Arbeitsamtes in Elbing. Nach der Überholung der Strecke soll die Haffuferbahn während der Ferien sonnabends und sonntags verkehren. Wenn alles wie geplant klappt, wird man mit dem Zug bis Tolkemit fahren können und dann weiter mit dem



Bahnsteig Haffschlösschen

Schiff nach Kahlberg. Zumindest dieses erste Jahr wollen sich auch die am Haff gelegenen Gemeinden der Woiwodschaft Pommern an dem Projekt beteiligen. Die Haffuferbahn ist eine Bahn mit Geschichte. Bis ins 19. Jahrhundert reicht diese zurück. Am 12. August 1896 gründeten die Provinz Ostpreußen, die Bahnbau-Gesellschaft Lenz & Co GmbH sowie weitere Interessenten in Elbing die Haffuferbahn AG, kurz HUB. Am Ende des Zweiten Weltkrieges waren Hauptaktionäre die AG für Verkehrswesen mit 41 Prozent und deren Tochter, die Ostdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft, mit 34,5 Prozent des Kapitals. Obwohl es an Touristen nicht fehlte, wurde der Personenverkehr am 1. April 2006 eingestellt. Davor war die Bahn in der Ferienzeit sonntäglich elfmal gefahren. *PAZ*

Pläne für Touristenparadies verworfen

Die Kurische Nehrung soll nun doch geschützter Nationalpark bleiben

Die Kurische Nehrung ist die Perle der Ostsee. Seit 1987 hat sie den Status eines Nationalparks und steht unter dem Schutz des Staates. Das soll nach einem Beschluss der neuen Gebietsregierung auch so bleiben.



Kurische Nehrung: So unberührt wie hier soll die Düne auch in Zukunft aussehen.

Gerade weil die Kurische Nehrung als Erholungsort so populär ist, gibt es immer wieder Skandale wegen illegaler Privatbauten oder auch staatlicher Immobilien. In den vergangenen Jahren hatte es während der Amtszeit des damaligen Gouverneurs Georgij Boos Diskussionen darüber gegeben, auf dem Gebiet des Nationalparks einen Touristenkomplex zu bauen. Zur Wahl standen einige Großprojekte, die unter Beteiligung Moskauer und ausländischer Investoren finanziert werden sollten. Andererseits war auch klar, dass die Kurische Nehrung dann ihren Status als Nationalpark verlieren würde, wenn das gesamte Gebiet mit großen Komplexen verbaut würde. Deshalb gab es schon bald Streit um Änderungen bei den Vorgaben.

Erst vor kurzem wurde bekannt, dass die Gründung einer Touristikzone, über die so lange und viel geredet wurde, nun doch nicht erfolgen wird. Der Chef der Agentur für Stadtbau, Alexander Baschin, bekannt für seine zweifelhaften und umstrittenen Bauten und ehemaliger Chefarchitekt in Königsberg, erklärte während eines Regionalen Bauforums, er bedauere, dass es auf allen vier Plätzen, auf denen touristische Objekte gebaut werden sollten, nicht möglich sei, solche Komplexe zu verwirklichen. Der Grund sei, dass die Grundstücke sehr schmal seien und sich praktisch schon auf der Sanddüne befänden. Sergej Butschelnikow, Vize-Premier der Gebietsregierung, erklärte, das Thema sei längst abgeschlossen, so dass es darüber auch nichts mehr zu besprechen gäbe.

Dabei hatte die Regionalregierung noch im Juli vergangenen Jahres erklärt, die Arbeiten am Touristenparadies Kurische Nehrung würden fortgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt war die Konzeption des Projekts zum Bau der Touristikzone bereits erstellt und genehmigt, lediglich Politiker vor Ort hatten dem Ministerium für natürliche Ressourcen ihre Bedenken vorgetragen. Sie hatten vorgeschlagen, alle Bauarbeiten nur außerhalb des Naturschutzgebietes zuzulassen, das heißt, alles so zu belassen, wie es ist. Die Regionalregierung riet hingegen, „dafür zu kämpfen und zu beweisen, dass der organisierte Tourismus auf der Kurischen Nehrung nur Vorteile bringe“. Die neue Regierung unter Nikolaj Zukanow hat die Pläne zur Bebauung der Kurischen Nehrung verworfen. *J. T.*

Verheugen-Besuch

Ex-EU-Kommissar in Osterode

Günter Verheugen, bis vergangenes Jahr Vizepräsident der Europäischen Kommission und als EU-Kommissar zuständig für Unternehmen und Industrie, hat bei einem Besuch in Osterode mit dortigen Kommunalpolitikern und Unternehmen der Region über die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union und die Aussichten für die Entwicklung der mittelständischen Unternehmen in Polen diskutiert.

Verheugen berichtete darüber, wie weit Osterode die EU-Fonds wahrnimmt und sie für die Entwicklung der städtischen Infrastruktur nutzt. In der Stadt entsteht eine beeindruckende Sport- und Freizeitanlage. Der Wert dieses Projekts beläuft sich auf zirka 35 Millionen Zloty (rund achteinhalb Millionen Euro). Auf dem Gelände dieses Sportforums soll es unter anderem einen Sportplatz mit einer beheizten Rasenfläche, ein Eiskunststadion, überdachte Tennisplätze sowie weitere Einrichtungen zur Freizeitaktivität geben.

> Gespräch mit dem Mittelstand und Hoteleinweihung

Am Abend weihte der Gast aus der Bundesrepublik die „Villa Port“ feierlich ein. Das neue Vier-Sterne-Hotel liegt in direkter Nachbarschaft zu der vor kurzem eingerichteten Seepromenade. Die Kommunalbehörden von Osterode hoffen, dass in diesem Haus eine der Teilnehmermannschaften an der Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine untergebracht wird.

Vor knapp zwei Jahren hatte Verheugen der Stadt am Drewenzsee schon einmal einen Besuch abgestattet. Auf der dortigen Burg aus der Deutschordenszeit erhielt er damals den Ehrenbürgertitel der Stadt verliehen, und er nahm an einem ökumenischen Gottesdienst in der evangelistisch-methodistischen Kirche teil. Während seines Besuches signierte der damals noch aktive Politiker sein gemeinsam mit dem polnischen Journalisten Marek Orzechowski verfasstes Buch über den EU-Beitritts Polens. Dieser Aufenthalt, bei dem der deutsche Gast von den Stadtvätern und den Stadträten mit Brot und Salz begrüßt wurde, führte zu seiner Unterstützung für Osterode als Mitveranstalter der Euro-Fußballmeisterschaften 2012. *Grzegorz Supady*

Billigeres Erdgas

Gumbinnen ans Netz angeschlossen

Es war ein historisches und für tausende Menschen wichtiges Ereignis: Die östlichen Kreise des Königsberger Gebiets wurden ans Erdgasnetz angeschlossen! In Gumbinnen wurde eine 32 Kilometer lange Gasleitung mit einer automatischen Verteilerstation in Betrieb genommen. Jahrzehntelang wurden der Masut (zähflüssige Rückstände aus der Erdölgewinnung) und Kohle sowie Flüssiggas als Heizmaterial genutzt. Mit Gasleitungen waren lediglich Königsberg und die Küstenorte versorgt.



Einer der neuen Gasverteiler

Im vergangenen Jahr hatte man damit begonnen, das Gumbinner Gaswerk wieder aufzubauen. Die Arbeiten wurden erst vor kurzem beendet. Täglich wurden 120 Meter Rohre verlegt. Gumbinnen ist nun ein Knotenpunkt, von dem aus Gas in andere Städte und Siedlungen verteilt wird. Bald werden auch Insterburg, Angerapp und Ebenrode mit dem sogenannten blauen Brennstoff versorgt sein.

Unmittelbar nach Öffnung der Gasleitungen waren zirka 5000 Haushalte ans Gasnetz angeschlossen. Bis 2015 sollen 90 Prozent aller Häuser in Gumbinnen und Umgebung versorgt sein. Laut Angaben von Wirtschaftsfachleuten der Region benötigen die in Gumbinnen ansässigen Firmen etwa 60 Millionen Kubikmeter Gas jährlich. Neben Wohnhäusern werden auch die großen Industrieunternehmen auf Erdgas umstellen. Zumindest haben unter anderem die Firmen „Gumbinner Brot“, „Baltisches Polymer“, ein Stärkemittelhersteller, „Gumbinner Milch“ und „Elektrokabel“ diese Absicht bereits bekundet.

Was die Gastarife betrifft, so wird für die Gumbinner die Energieversorgung erheblich günstiger. Lange mussten sie für einen Kubikmeter Flüssiggas 69 Rubel (1,75 Euro) zahlen, das Erdgas aus der Leitung wird lediglich 7,11 Rubel (18 Cent) kosten. Dieser günstige Preis dürfte sich positiv auf die Nebenkostenabrechnungen auswirken. *Jurij Tschernyschew*

Hoffen auf Hilfe aus Dortmund

Um die Chancen zu erhöhen, Austragungsort der Fussball-Europameisterschaft im Jahre 2012 zu werden, hat Osterode eine Zusammenarbeit mit dem Ballspielverein Borussia 09 e. V. Dortmund (BVB) aufgenommen. Sportfunktionäre des deutschen Bundesligavereins haben vor diesem Hintergrund der Stadt am Drewenzsee einen Besuch abgestattet und sich die Bauarbeiten an dem modernen Fußballstadion angesehen, das noch im Sommer dieses Jahres fertiggestellt werden soll. Das Eröffnungsspiel soll zwischen den Borussen aus Dortmund und Legia Warschau ausgetragen werden. Dies dürfte neben dem Eröffnungsspiel zwischen den Mannschaften Deutschlands und Polens im Warschauer Nationalstadion, dessen Bau sich in der Endphase befindet, eines der attraktivsten diesjährigen Sportereignisse der Republik Polen werden.

Borussia Dortmund ist im Herrenfußball einer der erfolgreichsten Klubs Deutschlands: Neben sechs deutschen Meisterschaften und zwei DFB-Pokalsiegen gewann der BVB 1966 den Europapokal der Pokalsieger (und damit als erster deutscher Verein überhaupt einen Europapokal) und 1997 die Champions League. Im selben Jahr wurde auch der Weltpokal errungen. *G. S. / PAZ*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„Bei Busfahrten in meine ostpreußische Heimat ist mir wiederholt aufgefallen, dass Landsleute, die vor 1944 in Ostpreußen geboren und Enkelkinder von ehemaligen Grundstücksbesitzern vergeblich versucht haben, ihre Grundstücke zu finden“, schreibt Herr **Heinrich Albers** von der Insel Fehmarn. Er stammt aus Ebenrode (Stallupönen), also aus dem östlichen Teil Ostpreußens, der besonders stark durch die Kriegshandlungen und russischen Vernichtungskampagnen betroffen wurde. Und er belegt das auch mit Zahlen: Allein in diesem Kreis sind von 168 Hauptorten nur noch 31 vorhanden. 137 Dörfer wurden von den Russen einschließlich Wegen, Häusern und auch Friedhöfen in den 50er Jahren zur Anlegung von Kolchosen eingeebnet. Mit einem Teil der brauchbaren Materialien wurden an anderen Stellen neue Gebäude errichtet. Wer in solch einem ausgelöschten Dorf nach seinem Stammgrundstück sucht, steht ratlos da. Aber nicht hilflos. Denn Herr Albers kann mit eigenen Beispielen beweisen, dass es durchaus möglich ist, mit Hilfe von Satelliten-Navigationsgeräten, die Längen- und Breitenkoordinaten mit einer Genauigkeit von zwei bis drei Meter angeben, jedes gesuchte Grundstück in Ostpreußen einzumessen. Er hat bereits mit der Anfertigung der Koordinatenpläne für seinen Heimatort, das Kirchspiel Birkenmühle (Mehlkehmen) mit rund 30 Ortschaften begonnen und legt uns solch ein Kartenbeispiel vor.

Das hört sich nicht sehr kompliziert an und ist es für technisch Versierte wohl auch nicht, aber ich musste doch mehrere Male seine Anweisungen lesen, die zwar sehr präzise gehalten sind, aber mich doch überfordern. Das wird vielen älteren Leserinnen und Lesern so gehen, denen schon das Navigations-Gerät im Auto Rätsel aufgibt. Trotzdem nehme ich das Angebot von Herrn Albers gerne an, seine Anregungen unserer Leserschaft zu übermitteln, denn sie könnten für einige Landsleute und vor allem für deren Nachkommen hilfreich sein. Wir bringen, um Fehler oder Unstimmigkeiten zu vermeiden, seine Ausführungen im Wortlaut. Herr Albers gibt diese präzise und punktgenau:

„Voraussetzung für das Navigieren ist ähnlich wie in der Seefahrt eine Karte (Ortsplan) mit Koordinaten. Da es diese Pläne nicht fertig gibt, sicher auch nicht in Russland, müssen sie angefertigt werden. Dafür sind keine Ortskenntnisse erforderlich. Jeder technische Zeichner kann nach kurzer Einweisung und nach der ausführlichen Gebrauchsanweisung geeignete Karten zeichnen. Geeignete Grundkarten gibt es – bis auf wenige Ausnahmen – im Fachhandel von ganz Ostpreußen. Stand 1938/39. Da die Anfertigung dieser Pläne sehr zeitaufwendig ist, lohnt es sich immer nur für eine Ortsgemeinschaft. Selbstkostenpreis je nach Aufwand für eine Ortschaft zwischen 30,00 und 70,00 Euro. Durch Vergrößerung, Kopieren und Übertragungsarbeiten leidet natürlich die Genauigkeit des Kartenmaterials, so dass eine geschätzte Abweichung vom gesuchten Ort zwischen 15,00 bis 20,00 Meter möglich ist.“

Für die Navigation vor Ort werden keine Grundkenntnisse vorausgesetzt. Praktisch sei nicht mehr Wissen nötig, als in der Grundschule vermittelt wird, meint Herr Albers. Navigationsgeräte (Navi) gebe es im Handel schon ab 70 Euro. Auch einige Digitalkameras seien mit GPS ausgerüstet. Außer Navi und Karten würden noch als weitere Hilfsmittel benötigt: ein Geodreieck, ein spitzer Bleistift, Radiergummi, Stechzirkel, ein einfacher Kompass, ein zirka 30 Zentimeter langes Lineal und eine feste Schreibunterlage. Herr Albers hat eine Gebrauchsanweisung für die Satelliten-Navigation vor Ort erarbeitet. Er selber kann alters- und zeitbedingt und auch aus gesundheitlichen Gründen den nicht mehr für ganz Nordostpreußen derartige Pläne erstellen, höchstens ist dies für einige Orte aus dem Kreis Ebenrode möglich. Herr Albers hofft aber, dass es unter unseren Nachfahren interessierte Frauen und Männer gibt, die in der Lage sind, derartige Pläne zu zeichnen und sich für die Sache zu begeistern. Als Kartenbeispiel legt er die Einmessung eines ehemaligen Bauernhofes in dem Dorf Schönbruch im Kirchspiel Birkenmühle vor, dessen Besitzer der Landwirt **Bruno Janowski** war. Wir danken Herrn Albers sehr für seine Ausführungen, die mit Sicherheit für alle Leser, die an der Erstellung von Dorf- und Familienchroniken interessiert sind, wertvolle Anweisungen enthalten, die auch zur Ergänzung von bereits vorhandenen Dokumentationen beitragen können (Heinrich Albers, Am Südersoll 25 in 23769 Fehmarn, Telefon 04371/2589, Fax 04371/8888901.)

Zu diesem sachlich-informativen Thema steht unser nächstes im Gegensatz, denn hier geht es um ein sehr diffiziles zwischenmenschliches Problem, eine Mutter-Sohn Beziehung, die einer Lösung bedarf – ob wir zu dieser beitragen können, ist allerdings mehr als fraglich. Da wir uns aber schon einmal dieses Falles angenommen hatten, der wohl zu Teilerfolgen führte, wollen wir es doch versuchen und der Bitte von Frau **Susi Dahlke-von Terzi** aus Ludwigsburg nachkommen. Und um eine Brücke zu dem Eingangsthema zu bauen, könnte man sagen, dass wir hier unsere Ostpreußische Familie als Navigationsmittel einsetzen, um zu orten, wo der von seiner Mutter gesuchte Sohn lebt. Dass er lebt, ist erwiesen. Sogar die Wohnanschrift ist registriert, darf aber aus Personenschutzgründen selbst an seine Mutter nicht weiter gegeben werden, weil der Mann anscheinend keine Verbindung zu seiner Familie haben möchte. Aber tragen wir das Anliegen von Frau Dahlke-von Terzi so vor, wie sie es in ihrem Schreiben formuliert hat:



Das Stammhaus in Ostpreußen: Gesucht und oft nicht mehr gefunden Bild: Mauritius

„Seit vielen Jahren weiß ich nichts mehr von meinem Sohn **Sven-Wulf**. Er wurde 1956 in Stuttgart geboren, zog aus Berufsgründen in das Allgäu und dann nach München. Bei unserem letzten Zusammentreffen dort vor zehn Jahren ließ er mich wissen, dass er Kontakte zu der Int. Gospel Church hatte, die sich damals in der Neusser Straße 9 in einem ehemaligen Fabrikgebäude befand. Er nahm mich auch mit zu einem – sogenannten – Gottesdienst. Anschließend fragte er mich nach meinem Eindruck über das Gesehene, den ich ihm auch ungeschönt sagte. Seit dem Tag hörte ich nichts mehr von ihm. Meine Tochter **Silke** erhielt noch einmal eine Postkarte aus Jerusalem und später einen telefonischen Geburtstagsgruß auf dem Anrufbeantworter, jedoch ohne Angaben von Anschrift und Telefonnummer. Meine Tochter und ich versuchten immer wieder, seinen Adresse ausfindig zu machen, so auch über den Kirchlichen Suchdienst. Anfang dieses Jahres wurde mir mitgeteilt, dass sie seinen Aufenthaltsort herausbekommen hätten, mir aber diesen ohne seine Einwilligung nicht mitteilen dürften. Was ich nicht verstehen kann, da ich doch seine Mutter bin und zwischen uns nie ein böses Wort gefallen ist.“

Soweit die Mutter des heute 55-Jährigen, der sich in seiner eigenen Welt verschanzt hat und niemanden aus seiner Familie an sich heran lässt, denn er ruft auch bei seiner Schwester nicht mehr an. Frau Dahlke-von Terzi, die sich vor einigen Jahren einer Herzoperation unterziehen musste, leidet unter schlaflosen Nächten. Und gibt die Hoffnung nicht auf, noch einmal ihren Sohn wiedersehen zu können. Deshalb wendet sie sich an uns, was man auf den ersten Blick wohl kaum verstehen kann, denn wie sollte es unserer Ostpreußischen Familie gelingen, Sven-Wulf zu finden? Nun hatten wir, wie bereits erwähnt, schon einmal nach ihm gesucht. Tatsächlich erfolgte dann später ein Anruf bei seiner Schwester – ob unsere Veröffentlichung dazu beigetragen hat, kann ich nicht sagen, lässt aber hoffen. Da der Sohn lange Jahre Taxi in München gefahren ist – vielleicht auch heute noch –, hat er zu vielen Menschen Kontakt erhalten und ist vielleicht auch mit Ostpreußen ins Gespräch gekommen, denen er von seiner Autotour durch Ostpreußen, der Heimat seiner Mutter, berichtet hat. So meint Frau Dahlke-von Terzi, aber diese Vermutung erscheint mir nicht vielversprechend. Eher kann man da hoffen, dass Sven-Wulf aufgrund der Ostpreußenreise, die er mit einer befreundeten Familie unternahm, Verbindung zu Lesern unserer Zeitung erhielt. Ob es aber seiner Mutter, selbst wenn sie seine derzeitige Anschrift erhielte, gelingen würde, ihn aus dem selber gezogenen Kreidekreis zu holen, ist fraglich, er müsste es freiwillig tun. Falls aber der Sohn durch irgendwelchen Zufall diese Zeilen zu lesen bekommt oder von ihnen erfährt, möchte ich hoffen, dass er den Weg zu seiner Mutter findet. Denn nichts ist schlimmer als ein „Zu spät“. (Susi Dahlke-von Terzi, Siemensstraße 26 in 71636 Ludwigsburg.)



Ruth Geede Bild: Pawlik

Gefunden haben sich durch unsere Ostpreußische Familie zwei Leserinnen, die weit voneinander entfernt leben, die eine in Deutschland, die andere in Amerika. Die heute in den USA wohnende **Irmgard Christina Gilliland** gehört zu unserem festen Familienstamm. Die aus Cranz stammende Ostpreußin meldet sich oft zu Wort und greift, wenn die *PAZ* kommt, zuerst zum *Ostpreußenblatt* und unserer Familienseite. So las sie auch, dass sich eine alte Bekannte aus ihrer Jugendzeit bei uns gemeldet und nach ihr gefragt hatte, sie hätte jahrzehntelang nichts von ihr gehört – so stand also eine Überraschung ins Haus, und die war es dann auch. Denn Frau **Elisabeth Meier** aus Gevelsdorf ist ebenfalls Ostpreußin, und sie hatte es nach der Flucht genau wie Irmgard an die Unterelbe verschlagen, wo die beiden jungen Mädchen bei einer Bekleidungsfirma lernten. „Es war eine ereignisreiche Zeit“, schreibt Irmgard Gilliland und dreht ihre Lebensuhr um 60 Jahre zurück. Damals hieß sie **Irmgard Pomper**, und ihre aus Cranz stammenden Eltern hatten sich nach Flucht und Kriegsende ein Haus in Cadenberge gebaut. Die Tochter hatte ihre Schulzeit in Hamburg abgebrochen, weil im Kaufhaus Langner in Cadenberge eine Lehrstelle frei war, und solche Ausbildungsplätze waren damals nicht leicht zu bekommen. Auch **Elisabeth Wischniewski**, die es in ein Dorf bei Cadenberge verschlagen hatte, war froh, dass sie dort arbeiten konnte, denn die Familie **Langner** betrieb nicht nur das Kaufhaus, sondern auch einen Großhandel. Bei der Ela-Bekleidung waren über 200 Mitarbeiter tätig, die Mäntel aus Militär-Decken fertigten. Irmgard war vorwiegend in der Buchhaltung beschäftigt und sehr an einer Weiterbildung interessiert, die ihr die Business/Tech/Trade School im Cadenberger Gutspark bot. Sie hängte nach der Lehrzeit noch ein halbes Jahr an, um mehr über Unternehmensführung zu lernen. Es war eine ereignisreiche Zeit, und Irmgard ergriff alle Möglichkeiten, die sich ihr boten. Auf sportlichem Gebiet war es vor allem die Gymnastik, die sie nicht nur zu Meisterschaften in Bremerhaven führte, sondern auch nach England zum Summercamp. Es entstanden internationale Freundschaften wie die mit **Rita Singleton** von der kleinen Insel Cawsand bei Plymouth, die Irmgard später in Deutschland besuchte und die – einen Cadenberger heiratete! Diese Aufgeschlossenheit gegenüber allem Neuen hat Irmgard dann auch nach Amerika geführt, wo sie sich in Texas ihren Lebens- und Wirkungskreis schuf, der Heimat aber immer verbunden blieb. Nun wird zu den vielen auch sichtbaren Erinnerungen in ihrem Haus in Dallas wohl das alte Foto vom Kaufhaus Langner aus Cadenberge hinzukommen, das Elisabeth Meier ihr zusandte. „Unsere Wege trennten sich damals“, schrieb Frau Meier bei ihrer Anfrage. Und nun haben sie sich wiedergefunden dank unserer Ostpreußischen Familie.

Wenn ich hier etwas ausführlicher auf diese Lebensstationen einer Ostpreußin in der Nachkriegszeit eingegangen bin, erfülle ich damit den Wunsch eines Lesers, auch die Schicksale der Vertriebenen nach Flucht und Kriegsende zu schildern. Was ja nicht ganz einfach ist, weil die Zuschriften immer vielfältiger werden, wie ja auch unsere heutige Kolumne beweist. Nur drei Themen – aber welche Spannbreite!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Aus den Heimatregionen

Gedenken an Fluchtopfer

Anlässlich des 66. Jahrestages der tragischen Ereignisse um die Flüchtlingsschiffe „Wilhelm Gustloff“ und „Goya“ findet in Gdingen (Gotenhafen) eine Gedächtnisfeier statt. Beim Untergang der Flüchtlingsschiffe im Jahre 1945 verloren etwa 20000 Menschen ihr Leben auf der Ostsee. Am Sonnabend, dem 16. April, wird um 14.30 Uhr in der Kirche der Heiligen Maria und des Heiligen Petrus (Seemannskirche, ul. Portowa 2) ein ökumenischer Gottesdienst abgehalten, um der Opfer zu gedenken. Bereits um 14.10 Uhr werden die Chöre „Vaterhaus“ aus Allenstein und „Stella Maris“ aus Gdingen auftreten. Anschließend werden Blumen und Kerzen vor der Gedenktafel in der Kirche und am Kosciuszkoplatz (Skwer Kosciuszki) niedergelegt. Zu der Veranstaltung lädt der Bund der Deutschen Bevölkerung in Gdingen ein. *PAZ*

Jugendlager in Lamsdorf

Versöhnung über den Gräbern mit umfangreichem Begleitprogramm

Vom 24. Juli bis zum 6. August findet das Internationale Jugendcamp in Lamsdorf-Niwki, Woiwodschaft Oppeln statt. Bereits zum 16. Mal werden Jugendliche aus verschiedenen Ländern gemeinsam die alten Friedhöfe der Kriegsgefangenen in Lamsdorf säubern. Im Programm stehen aber auch Ausflüge, eine Gedenkveranstaltung, gemeinsame Sportveranstaltungen sowie ein Grillabend im Garten des deutschen Konsulats Oppeln.

Als Veranstalter des Jugendcamps fungieren schon seit Jahren das Oppelner Bildungskuratorium, das Marschallamt der Woiwodschaft Oppeln, das Deutsch-Polnische Jugendwerk und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Im Laufe des zweiwöchigen Camps lernen die Jugendlichen nicht nur die Geschichte des Lagers in Lamsdorf kennen, sondern helfen bei der Säuberung der Gräber und des Lagergeländes des Kriegsgefangenenmuseums in Lamsdorf. Auch haben sie die Gelegenheit, sich mit Altersgenossen aus anderen Ländern zu treffen. Die Leitgedanken des Jugendcamps sind Lernen aus der Vergangenheit für die Zukunft, Arbeit für den Frieden und Versöhnung über den Gräbern. Am diesjährigen Camp können Personen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren teilnehmen. Voraussetzung sind grundlegende Deutschkenntnisse, da die verständigungssprache während des Camps Deutsch ist. Die Unterkunft erfolgt im Schulungszenrum in Niwki bei Oppeln in Zweibettzimmern mit Sanitärbereich.

Außer den Säuberungsarbeiten auf den Friedhöfen sind konkret geplant: ein Ausflug nach Krakau mit Besichtigung der Stadt, darunter des Krakauer Stadtviertels Kazimierz und des Salzbergwerks Wieliczka, eine Fahrt nach Auschwitz mit Besuch des Museums Auschwitz-Birkenau, eine Fahrt nach Breslau mit Stadtbesichtigung sowie abschließend ein Grillabend im Garten des deutschen Konsulats in Oppeln mit Konsul Peter Eck. Außerdem werden alle Teilnehmer an einer Gedenkveranstaltung teilnehmen. Ein ausführliches Programm findet man im Netz unter www.kuratorium.opole.pl.

Ausflüge, Grillen, Sport, Besichtigungen

Interessierte sollten sich telefonisch unter der Nummer 0048774524573, per E-Mail: tslodzinski@kuratorium.opole.pl oder persönlich bei Tomasz Slodinski im Bildungskuratorium in Oppeln, ul. Piastowska 14 (Zimmer 647), anmelden. Dabei sind der Vor- und Nachname, das Geburtsdatum, der Wohnort sowie die Telefonnummer erforderlich. Anmelden kann man sich bis zum 10. Mai. Über die Annahme entscheidet die Reihenfolge der Anmeldungen. Die Teilnehmer werden über die weiteren Formalitäten telefonisch informiert. Die in der Bundesrepublik beheimateten Veranstalter sind wie folgt erreichbar: Das Deutsch-Polnische Jugendwerk hat die Adresse Friedhofsgasse 2, 14473 Potsdam, die Telefonnummer (0331) 284790, die Faxnummer (0331) 297 527 und die E-Mail-Adresse buero@dpjw.org. Die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat die Adresse Werner-Hilpert-Straße 2, 34112 Kassel, die Telefonnummer (0561) 7009-0, die Faxnummer (0561) 7009-221 und die E-Mail-Adresse info@volksbund.de *PAZ*

Geburtstagsfeier in Lubowitz

Das Eichendorff-Kultur- und Begegnungszentrum in Lubowitz hat des 223. Geburtstags Joseph von Eichendorffs mit einer Feier gedacht. Den Auftakt der Veranstaltung, an der auch der Sejmabgeordnete Henryk Siedlaczek teilnahm, bildeten eine Heilige Messe in der Lubowitzer Kirche und eine feierliche Kranzniederlegung auf dem Friedhof. Bevor das eigentliche Festprogramm begann, hatten die Gäste noch die Möglichkeit, eine Ausstellung der Geschichtswerkstatt in Benkowitz anzusehen. Die Festvorträge von Eugeniusz Klin und Prälat Wolfgang Globisch hatten die Themen „Die Rezeption der Werke Josephs von Eichendorff in Polen nach der Wende“ und „Das Leben und die Tätigkeit des Johann Dzierzon“. Die Feier endete mit einem Konzert der Solistin Kinga Wystub und dem Streichquartett „Mährens Pforte“. *PAZ*

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Naujoks, Lina, geb. **Bernotat**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Postredder 6, 23623 Ahrensbök, am 14. April

ZUM 102. GEBURTSTAG

Tietz, Gertrud, aus Groß Köllen, Kreis Rössel, jetzt Seilerstraße 20, 45473 Mülheim an der Ruhr, am 14. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Skibba, Helene, aus Diebauen, Kreis Treuburg, jetzt Ludwig-Auerbach-Straße 9, 77960 Seelbach, am 17. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Eggert, Gertrude, aus Königsberg, jetzt Silberbornstraße 21 A, 34134 Kassel, am 16. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brinkschmidt, Traute, geb. **Bunks**, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Emmerstraße 9, 31812 Bad Pyrmont, am 13. April

Sack, Lieselotte, geb. **Gempf**, aus Groß Blumenau, Kreis Samland, jetzt Stergweg 54, 89079 Ulm, am 16. April

Sqwitzki, Marie, geb. **Abramek**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Hermannstraße 27, 32052 Herford, am 16. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Meyer, Martha, geb. **Jedamski**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, jetzt Stiegeweg 40, 49565 Bramsche, am 17. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kintzel, Frederike, geb. **Skindzel**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Gabriel-Seidl-Straße 10, 28209 Bremen, am 17. April

Kohse-Grebenstein, Frida, geb. **Augstein**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, jetzt Am Mühlenberg 1, 25712 Burg, am 14. April

Mollenhauer, Martha, geb. **Dunkel**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Angerhauser Straße 8, 47259 Duisburg, am 17. April

Oehm, Elsbeth, geb. **Malessa**, aus Sentken, Kreis Lyck, jetzt Hohmannstraße 1, Seniorenzentrum, 97464 Niederwerrn, am 12. April

Wallis, Lisbeth **von**, geb. **Przykopanski**, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Cheruskerstraße 7, 50679 Köln, am 16. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Saremba, Gertrud, geb. **Rohmann**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt Mühlweg 8, 91257 Pegnitz, am 16. April

Szonn, Ernst, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, jetzt Goethering 4, 29683 Fallingbostel, am 11. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Arndt, Anny, geb. **Arndt**, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Annenstraße 30, 09111 Chemnitz, am 4. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Sbresny, Herta, geb. **Sostak**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, jetzt Große Busch 9, 59348 Lüdinghausen, am 12. April

Schwan, Gertrud, geb. **Schislowski**, aus Paradies, Kreis Mohrungen, jetzt Ostpreußenstraße 36, 41515 Grevenbroich, am 14. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Depenbrock, Gertud, geb. **Kömmler**, aus Mühlhausen, Kreis Preußisch Holland, jetzt Halligenweg 3, 26384 Wilhelmshaven, am 5. April

Dormeyer, Lydia, aus Lyck, jetzt Sollingweg 74, 30851 Langenhagen, am 15. April

Gröger, Elfriede, geb. **Krappa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Hasestraße 16, Seniorenzentrum „Am Haseta!“, 49740 Haselünne, am 14. April

Klug, Martha, geb. **Nikulski**, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Forstweide 10, 59368 Werne, am 11. April

Koerner, Hedwig, geb. **Prengel**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Andechser Straße 7, 82205 Gilching, am 13. April

Lehmann, Berta Marta, geb. **Ney**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Grüner Weg 35, 61231 Bad Nauheim, am 11. April

Milius, Gustav, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Schönbornstraße 47, 60431 Frankfurt, am 14. April

Münch, Martha, geb. **Ziemba**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Jansenstraße 1, 41540 Dormagen, am 13. April

Röper, Liselotte, geb. **Butschies**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Alt Salbke 96, 39122 Magdeburg, am 17. April

Rudat, Gertrud, geb. **Halw**, aus Treuburg, jetzt Vaasastraße 2/120, 24109 Kiel, am 14. April

Tarārako, Martha, geb. **Paykowski**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Wüllnerstraße 22, 59067 Hamm, am 12. April

Venn, Hilde **van der**, geb. **Drazba**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, jetzt Wiensieker Weg 1 A, 32108 Bad Salzuflen, am 16. April

Vollmann, Brigitte, geb. **Lehnert**, aus Treuburg, jetzt Osterfelddamm 12, 30627 Hannover, am 11. April

Waldhorst, Walter, aus Ortelsburg, jetzt Holzheimer Straße 112, 40476 Düsseldorf, am 15. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Becker, Erika, geb. **Kattoll**, aus Motitten, Kreis Mohrungen, jetzt Mutter-Rosa-Altenzentrum, Engelstraße 69-78, 54292 Trier, am 11. April

Broschat, Herta, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Twedge 16, 39343 Nordgermersleben, am 17. April

Czisso, Ernst, aus Regeln, Kreis Lyck, jetzt Hellweg 30, 58455 Witten, am 14. April

Denda, Otto, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt An St. Andreas 6, Altenzentrum, 51375 Leverkusen, am 17. April

Fröse, Willy, aus Erlen, Kreis Elchniederung, jetzt Albertus-Magnus-Straße 3, 42719 Solingen, am 13. April

Glanert, Erna, geb. **Weinz**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Schulstraße 19, 79774 Albbruck, am 15. April

Hinkelmann, Agnes, geb. **Gehrmann**, aus Treuburg und Allenstein, jetzt Am Kuselberg 19, 66907 Rehweiler, am 11. April

Jortzik, Irmgard, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Zappenweg 8 B, 24211 Preetz, am 17. April

Juckel, Ursula, geb. **Wohlgemuth**, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Am Vogelsang 14, 42929 Wermelskirchen, am 14. April

Lange, Liesbeth, geb. **Grigull**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Sterkrader Straße 288, 46539 Dinslaken, am 16. April

Peyinghaus, Marianne, aus Alt Gertlauken, Kreis Labiau, jetzt Vogelsangstraße 12, 53498 Bad Breisig, am 15. April

Plewe, Luise, geb. **Behrendsen**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, jetzt Eichtensteinstraße 48, 72770 Reutlingen, am 11. April

Polkowski, Elfriede, geb. **Brodowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Hegaustraße 28 A, 78239 Rielasingen-Worblingen, am 16. April

Stangel, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Im Großen Busch 10, 44795 Bochum, am 15. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bednarski, Gertrud, geb. **Brandtstäter**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Schumannstraße 2-4, Altenheim, 40822 Mettmann, am 14. April

Bessler, Elfriede, geb. **Langkau**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, jetzt Am Steinknapp 6, 44795 Bochum, am 16. April

Dettmann, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Hirtenstraße 45 B, 20535 Hamburg, am 12. April

Flade, Helene, geb. **Fink**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Georgstraße 19, 49214 Bad Rothenfelde, am 13. April

Griwatz, Kurt, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Riesengebirgsweg 11, 30926 Seelze, am 16. April

Jahoff, Waltraut, geb. **Reich**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Alter Markt 14, 45879 Gelsenkirchen, am 12. April

Janotta, Gertrud, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Depenauer Weg 25, 31303 Burgdorf, am 13. April

Katzmarzik, Bruno, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Hoemenstraße 29, 41199 Mönchengladbach, am 12. April

Laser, Gerda, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Lübecker Straße 45, 23795 Bad Segeberg, am 15. April

Müller, Lore, geb. **Döpner**, aus Heiligenbeil, Wiener Ring 55, jetzt Overbeckstraße 11, 49080 Osnabrück, am 15. April

Perske, Irma, geb. **Rimkus**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Adickesstraße 11 A, 13599 Berlin, am 11. April

Raeder, Hans, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Findorffstraße 13, 27721 Ritterhude, am 12. April

Raeder, Wally, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Teichweg 2, 71566 Althütte, am 16. April

Rudat, Margarete, geb. **Dubies**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt Weltersbach 9, 42799 Leichlingen, am 15. April

Schaedler, Elfriede, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Von-der-Tann-Straße 10/12, 67433 Neustadt, am 17. April

Schöl, Elisabeth, geb. **Lang**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, jetzt Lärchenweg 2, 51503 Rösrath, am 15. April

Schöwe, Hildegard, geb. **Kattanek**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt Heinrich-Weimann-Weg 18, 41751 Viersen, am 17. April

Strazim, Werner, aus Lötzen, jetzt Krämerstraße 18, 41334 Nettetal, am 17. April

Tetschner, Else, geb. **Romanowski**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Bokkelstraße 121, 70619 Stuttgart, am 12. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ballnus, Fritz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Melchendorfer Straße 41, 99096 Erfurt, am 16. April

Bodis, Ingrid, geb. **Manzau**, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Röntgenstraße 10, 65203 Wiesbaden, am 16. April

Böhnke, Lieselotte, geb. **Nabakowski**, jetzt Szymonowo / Simnau, Kreis Mohrungen, PL 14-320 Maldyty / Maldeuten, am 12. April

Duus, Christel, geb. **Trox**, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Zum Damm 64, 24768 Rendsburg, am 12. April

Froese, Horst, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Krurstraße 32, 41460 Neuss, am 16. April

Gerlach, Fritz, aus Mörnersfelde, Kreis Labiau, jetzt Elberstraße 11, 42899 Remscheid, am 12. April

Granitzki, Erich, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Altenplathower Straße 99, 39307 Genthin, am 17. April

Häffiger, Frieda, geb. **Perkampus**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Manessestraße 111, CH-8045 Zürich, Schweiz, am 11. April

Heisel, Gerd, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Otto-Göhner-Straße 43, 75365 Calw, am 17. April

Jorde, Gerlinde, geb. **Spingies**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, jetzt Ellerbeker Weg 43, 25462 Rellingen, am 16. April

Kallweit, Erich, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Almastraße 7, 45886 Gelsenkirchen, am 13. April

Katzmarzik, Reinhold, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Lerchenweg 46, 21435 Stelle, am 15. April

Korn, Martin, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Lessingstraße 12, 19059 Schwerin, am 14. April

Kottowski, Karl, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-Grohe-Straße 2, 58675 Hemer, am 17. April

Kowalewski, Erwin, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Schreiberstraße 15, 90763 Fürth, am 14. April

Ludwig, Eva, geb. **Link**, aus Germau, Kreis Samland, jetzt Odenwaldring 49, 64401 Groß-Bieberau, am 13. April

Mottel, Ewald, aus Stettenbach, Kreis Lyck, jetzt Breslauer Straße 9, 58840 Plettenberg, am 14. April

Müller, Dorothea, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Ringstraße 187, 59821 Arnsberg, am 12. April

Polok, Lieselotte, geb. **Gallmeister**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Eckardtstraße 72, 58453 Witten, am 12. April

Pregel, Gerhard, aus Allenstein, jetzt Bergstraße 5, 14476 Groß-Glienicke, am 15. April

Reetz, Adelheid, geb. **Pentzek**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, jetzt Zaunkönigweg 4, 42659 Solingen, am 11. April

Schwenke, Doris, geb. **Bickeleit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Weststraße 33 A, 31311 Uetze, am 15. April

Stocks, Maria, geb. **Dormeyer**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, jetzt Friedrich-Engels-Platz 6, 17192 Waren, am 13. April

Wagner, Lydia, geb. **Goy**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Langgönser Straße 40, 36625 Hüttenberg, am 11. April

Wessolowski, Ulrich, aus Treuburg, jetzt Hohenfriedberger Straße 6, 44141 Dortmund, am 16. April

Wetzelt, Hildegard, geb. **Nitzkowski**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Straße der Jugend 12, 06725 Profen, am 12. April

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

11.–13. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

16./17. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.–25 September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont

7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Es sind noch Plätze frei: 25.–30. Mai 2011: Busreise der Landesgruppe und der Memellandgruppe Mannheim zum Deutschlandtreffen nach Erfurt. Zwei Busse fahren: Bus 1 ab Stuttgart mit Zusteigemöglichkeiten in Pforzheim und Ludwigsburg. Anmeldung bis 20. April an Uta Lüttich, Telefon (0711) 85 40 93, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart. Bus 2 ab Mannheim mit Zusteigemöglichkeiten in Weinheim, Heidelberg, Ludwigshafen. Anmeldung bis 20. April an: Uwe Jurgsties, Telefon (06203) 43229, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim. Höhepunkt der Reise ist das Deutschlandtreffen der LM Ostpreußen am 28./29. Mai. unter dem Motto: Ostpreußen – Erbe und Verpflichtung. Wir haben ein interessantes und geschichtsträchtiges Ausflugsprogramm zusammengestellt: Mittwoch, 25. Mai: Fahrt nach Erfurt, Stadtführung und Abendessen. Donnerstag, 26. Mai: Tagesausflug Gotha, Wartburg, Eisenach, jeweils mit Stadtführungen, Abendessen in Eisenach. Freitag, 27. Mai: Tagesausflug Kyffhäuser, Bad Frankenhausen, Panoramamuseum, Weimar, jeweils mit Stadtführungen, Abendessen. Sonnabend, 28. Mai: Fahrt zur St. Severi-Kirche zum ökumenischen Gottesdienst und zum Deutschlandtreffen Messe Erfurt. Sonntag, 29. Mai: Fahrt zur Messe Erfurt mit Großkundgebung und Treffen der Heimatkreise. Montag, 30. Mai: Fahrt zum Inselsberg, Friedrichsroda, Rückfahrt nach Stuttgart und Mannheim. Preis: DZ 400 Euro p.P., EZ 525 Euro p.P. im Hotel Park Inn, Erfurt-Apfelstädt. Leistung: Eintrittsplakette zum Deutschlandtreffen, Fahrt in modernen Reisebussen, Reiserücktrittsversicherung, alle Rundfahrten, Führungen und Stadtbesichtigungen laut Programm, 2 x ÜN mit Frühstück, 3 x ÜN mit Halbpension. Überweisung des Reisepreises bis 20. April 2011 an: UTTA-Reisen, U. Jurgsties, Heddesheim, Kto: 38470809, BLZ: 670 505 05, Sparkasse Rhein Neckar Nord, bitte angeben: Deutschlandtreffen 2011, DZ oder EZ.

Buchen – Dienstag, 19. April, 15 Uhr, Café Breunig in Buchen-Hainstadt: Gründonnerstagskringel-Essen. Rüdiger Bäuerlein vom Polizei-Kommissariat Mosbach wird zum Thema „Senioren als Opfer an der Haustür" sprechen.

Pforzheim – Sonntag, 10. April, 14.30 Uhr, Ev. Gemeindehaus Eutingen, Fritz-Neuert-Straße 32: Heimattreffen der Kreisgruppe Pforzheim/Enzkreis. Neben Kaffee, Kuchen und Brezeln werden viele Getränke angeboten. In einem interessanten Film zum gewählten Thema „Rominter Heide" wird das Leben dort dargestellt. In dem umfangreichen Programm werden Lieder gesungen sowie Gedichte und Geschichten aus Ostpreußen vorgetragen. Der zehnjährige Eric Heinkel wird die Gruppe mit einem Musikstück am Klavier erfreuen. Die musikalische Umrahmung übernehmen Ralph Demski (Klavier) und Heinz Weißflog (Mundharmonika). Eine Tombola wird angeboten. Mit dem Lied „Ein schöner Tag geht nun zu Ende" verabschieden sich die Gäste, indem sie sich stehend die Hand zum Abschied reichen.

Weinheim – Mittwoch, 13. April, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. An diesem Nachmittag steht auf dem Programm: Masuren – ein Land wie ein Lächeln durch Tränen. „Als der Herrgott Masuren schuf, tat er es mit einem Lächeln, doch es war ein Lächeln aus Tränen." (Alte masurische Weisheit)

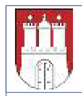


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 20. April, Gaststätte „Tambosi" an der Promenade: Treffen der Gruppe. Das Thema wird Begegnungen im Jahr 2010 betreffen.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 29. April, 19 Uhr, Jagdschlösschen, Pavillon, Gunzenhausen: Gemeinsames Grützwurstessen, dann Vortrag mit Lichtbildern „Groß-Stein – ein Schloss in Schlesien" von Dr. Jürgen Danowski. – Freitag, 27. bis Sonntag, 29. Mai: Gemeinsame Busfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt mit den Landsleuten des Bezirksverbandes Mittelfranken. Anmeldungen bitte an die Bezirksvorsitzende Heide Bauer, Telefon (0981) 85425.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 16. April, 10 Uhr (Ende 17 Uhr): **Ostermarkt** der ostdeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 8, gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke. Die Landesgruppe ist mit einem Angebot heimatlicher Spezialitäten und Literatur vertreten und lädt herzlich zu einem Besuch ein.

Elchniederung – Mittwoch, 6. April, 15 Uhr, ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hoheweide, U-Bahn Christuskirche: Kulturnachmittag. Nach dem Kaffee soll in einer gemütlichen Runde mit Vorträgen, frohen Liedern und Musik der Frühling angelockt werden. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Entritt: 2 Euro.

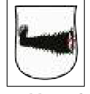
Heiligenbeil – Viertägiger Kurzurlaub in der Mitte Deutschlands. Fahrt zum Ostpreußentreffen in Erfurt vom 26. bis 29. Mai. Erleben Sie an zwei Tagen einen der geschichtsträchtigen Teile Deutschlands, und als Abschluss dann das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, Übernachtung (3x), Frühstücksbüfett und Abendessen (3x), Stadtrundfahrt und Stadtrundgang in Erfurt, Thüringenrundfahrt, Stadtrundfahrt Weimar, Transferfahrten zum Treffen. Anmeldungen bei Konrad Wien, Telefon und Fax (040) 30067092, es sind nur noch wenige Plätze im Bus verfügbar.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Dienstag, 3. Mai, 14.30 Uhr, Kulturpalast Billstedt, Café-Restaurant Schrebers, Öjendorfer Weg 30a, 22119 Hamburg: Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat. (Im Juli und August findet kein Treffen statt). Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Annelie Papiz, Telefon (040) 73926 017.

Hamburg-Harburg – Sonntag, 10. April, 10 Uhr, St. Johanniskirche, Bremerstraße 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst mit Pastorin Dr. Hella Lembke und Pastor Ludwig Fetingis aus Plikiai, Litauen. An der Orgel: Gernot Fries. Im Anschluss: Gespräch im Gemeindesaal bei Tee und Gebäck. Die St. Johanniskirche ist per S-Bahnlinien S3 und S31 (Station Harburg-Rathaus) in zehn Minuten Fußweg zu erreichen. Pkw-Stellplätze vorhanden. – Montag, 18. April, 15 Uhr, Gasthaus „Waldquelle", Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Das Thema der Veranstaltung ist Erinnerungen („stille Woche", Fastenzeit, Palmsonntag, Ostern).

KREISGRUPPE



Sensburg – Sonnabend, 9. April, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Frühlingsüberraschungen. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Bei der Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen (LOW) im Kranichsteiner Bürgerhaus am See standen Wahlen an. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzenden erinnerte Gerhard Schröder an das Deutschlandtreffen der Ostpreußen vom 27. bis 30. Mai in Erfurt. Alle Plätze im Bus sind besetzt, weil sich auch die Gruppen aus Wiesbaden und Mainz angeschlossen hatten. Nachmeldungen konnten leider nicht mehr berücksichtigt werden. Am 16./17. Mai feiert die Landesgruppe der LOW ihr 60-jähriges Bestehen im hessischen Landtag in Wiesbaden. Der Landtag kann besichtigt werden. Gleichzeitig findet dort die diesjährige Kulturtagung statt, bei der auch Schröder einen Vortrag über die Einweihung des Gedenksteins für die 1945-48 in Königsberg verstorbenen Kinder halten wird. Karla Weyland spricht über Danziger Miniaturen und Professor Dr. Joachim Buhrow aus Greifswald über den Danziger Astronomen und Ratsherrn Johannes Hevelius. Ferner berichtete Schröder, dass die Darmstädter Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, die Patenschaft für das Vertriebenenzentrum aufzukündigen. In der ehemaligen Stadthalle in Königsberg wird eine Ausstellung über E.T.A. Hoffmann gezeigt und im Luisenpark soll eine Büste von ihm aufgestellt werden. Dem Tilsiter Elch wurde eine Schaufel abgesägt. Die Insterburger planen im Juni eine Reise in ihre Heimatstadt. Siegfried Kugies stellte den Vorabdruck seines neuen Buches über Angerburg vor. Erwin Balduhn rezitierte das Gedicht „Die stille Kraft der Seele". Gerhard Turowski ermunterte, die Zeitung und die Bibel über die aktuelle Vermittlung des Glaubens zu lesen. Anni Oest grüßte alle, die Geburtstag hatten, mit dem Gedicht „Sag' morgens mir ein gutes Wort". Dieter Leitner kündigte an, dass das hessische Sozialministerium aus Anlass des 60. Jahrestages der Charta der Vertriebenen beschlossen habe, alle zwei Jahre einen Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung" zu vergeben. Das Land will hervorragende kulturelle, literarische oder wissenschaftliche Leistungen zu der Thematik auszeichnen. Der Preis ist mit 7500 Euro dotiert und wird in diesem Jahr dem Preisträger am 18. Juni durch Sozialminister Grüttner beim Hessentag in Oberursel überreicht. Das älteste Mitglied im Bund der Danziger, Eugenie „Jenny" Walter, ist im 102. Lebensjahr gestorben. Ihre Mutter war Danzigerin. Leitner würdigte mit bewegten Worten die Verstorbene. Jenny Walter wurde im estnischen Dorpat geboren. Über Finnland und Schweden kam sie nach Berlin, wo sie ihren Mann kennenlernte. Der Oberpostrat wurde nach Darmstadt versetzt. Fast 60 Jahre gehörte sie dort zur Deutsch-Baltischen Landsmannschaft und war bis zu ihrem 95. Geburtstag Geschäftsführerin der Vereinigung. Sie wurde mit dem goldenen Ehrenzeichen und der Wolter-von-Plettenberg-Medaille ausgezeichnet. Dem Bund der Danziger (BdD) und der LOW war sie seit Jahrzehnten verbunden und trat gelegentlich mit Rezitationen und Berichten hervor. Der BdD ernannte sie zum Ehrenmitglied und verlieh ihr für ihre Verdienste und die Treue zur Heimat die silberne Ehrennadel. Stehend gedachten die Mitglieder „ihrer Jenny". Christian Merz verlas das Protokoll. Schröder und Gisela Keller gaben den Rechenschafts- und Kassenbericht. Der Rechnungsprüfungsbericht durch Willy Posegga ergab keine Beanstandungen. Assistiert durch Christian Keller und Ruth Rescheleit nahm Posegga die Wahlen vor. Alle Kandidaten wurden einstimmig gewählt. In ihren Ämtern wurden Gerhard Schröder als erster Vorsitzender und Erwin Balduhn als sein Stellvertreter bestätigt, ferner Gisela Keller als Schatzmeisterin, Karin Schnoor als ihre Stellvertreterin, Christiane Mertz als Schriftführerin, Dieter Leitner als Pressewart und Beisitzer für Danzig, Erhard Karnetzke als Beisitzer für Westpreußen sowie Gretel Ahlheim für den Besuchsdienst und als Beisitzerin für Ostpreußen. Neu gewählt wurden Emmi Klotzek als stellvertretende Schriftführerin, Ruth Rescheleit als Kassenprüferin und Irmgard Studemund als ihre Stellvertreterin. Gerhard Schröder dankte den Mitgliedern, die sich aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht mehr zur Wahl gestellt hatten.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hildesheim – Donnerstag, 14. April, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Mitgliederversammlung. Österliche Sitten und Gebräuche in Ost- und Westpreußen werden vorgetragen.

Osnabrück – Donnerstag, 28. April, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu", Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Die Jahresversammlung, verbunden mit dem traditionellen Grützwurstessen, wurde mit dem gemeinsamen Gesang des Westpreußenliedes eröffnet. Nach der Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste durch den Vorsitzenden Alfred Sell gedachte man der Toten, die fern von uns in heimatlicher Erde ruhen. Ebenfalls gedachte man der Toten, deren letzte Ruhestätte niemand kennt und der verstorbenen Mitglieder, die im vergangenen Jahr verstorben sind. In seinem Rechenschaftsbericht wies Alfred Sell auf die Fahrt zum Ostpreußentreffen in Erfurt hin, für die man sich unter Telefon (05472) 2284 anmelden kann. Dann ging er auf die nunmehr 60 Jahre alte Charta der Heimatvertriebenen ein, in der die Heimatvertriebenen auf Rache und Vergeltung verzichten. Trotz der herausragenden Bedeutung ist die Charta kaum bekannt. In den Schulbüchern wird sie fast gar

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 9. April, 20.05 Uhr, RBB: Das Land der Ordensritter – durch das Ermland und Masuren.

Sonnabend, 9. April, 21 Uhr, RBB: Ostpreußens Norden (1): Von Königsberg bis zur Memel. 22.15 Uhr, (2): Von Tilsit nach Trakehnen.

Sonnabend, 9. April, 23 Uhr, RBB: Ostpreußens Küste: Elche, Sand und Seeadler

Sonntag, 10. April, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 10. April, 17.03 Uhr, ARD: W wie Wissen: Tschernobyl – 25 Jahre danach.

Sonntag, 10. April, 20.15 Uhr, 3sat: Der Weg nach Europa.

Montag, 11. April, 21 Uhr, Phoenix: Deutsche in Amerika – Ins gelobte Land.

Montag, 11. April, 22.30 Uhr, BR: Hitlers amerikanische Geschäftsfreunde. US-Konzerne verdienten am Krieg.

Dienstag, 12. April, 15.35 Uhr, 3sat: Der geplatze Traum von Europa – die Saarabstimmung von 1955.

Dienstag, 12. April, 20.15 Uhr, 3sat: Der Rechtspopulist. „Geert Wilders im Porträt".

Mittwoch, 13. April, 20.15 Uhr, Arte: Gladio – Geheimarmeen in Europa.

Mittwoch, 13. April, 21.05 Uhr, N24: Die Schlacht um Stalingrad.

Donnerstag, 14. April, 21 Uhr, Arte: Das Massaker von Katyn.

Donnerstag, 14. April, 22.45 Uhr, RBB: Als der Osten noch Heimat war (1/3): Pommern

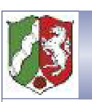
Donnerstag, 14. April, 23.30 Uhr, RBB: Pommerland. Doku.

Freitag, 15. April, 18.30 Uhr, Phoenix: Deutsche in Amerika (4/4).

Freitag, 15. April, 20.15 Uhr, 3sat: Der Euro am Abgrund

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

nicht erwähnt, so dass davon auszugehen ist, dass die meisten Schüler nicht einmal den Namen der Charta kennen. Die Vertriebenen können nur an das Kultusministerium appellieren, dafür zu sorgen, dass dieses herausragende Dokument und das Thema Flucht und Vertreibung im Unterreicht einen größeren Stellenwert bekommt. Zu dem Thema „60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen“ hatte Louis-Ferdinand Schwarz, Dissen, eingeladen. Den Vortrag hielt der Historiker Arnulf Baring. Die Pressereferentin und Referentin für Freizeit und Hobby, Barbara Kleine, informierte über ihre Aufgaben, zu denen die Meldungen der Veranstaltungstermine sowie die Berichte über die Veranstaltungen der Landsmannschaft an die Presse gehören. Darüber hinaus gratuliert sie den Mitgliedern zum Geburtstag und leitet den Kegelclub „Majellchen und Lorbase“, der sich alle vier Wochen trifft. Die Kulturreferentin Gertrud Franke berichtete von den im Jahr 2010 durchgeführten Veranstaltungen. Ein besonderes Erlebnis war die Aufführung von Hermann Sudermanns „Der Sturmgeselle Sokrates“ von der Dittchenbühne in Elmshorn. Gertrud Franke führte in ihrem Bericht aus, dass seit der Flucht und Vertreibung inzwischen über 60 Jahre vergangen sind, so dass der Kreis der Erlebnisgeneration immer kleiner wird. Das mache sich auch bei der Mitgliederzahl deutlich bemerkbar. Daher müsse man unermüdlich fortfahren, das heimatliche Kulturgut sowie Sitten und Brauchtum zu bewahren, zu pflegen und das Interesse bei den nachfolgenden Generationen zu wecken. Die Frauenreferentin Marianne Regier berichtete, dass bei den alle vier Wochen stattfindenen Treffen Erzählungen und Gedichte aus der Heimat vorgetragen und Erlebnisse von Reisen in die Heimat geschildert werden. Im Jahr 2010 besuchte die Frauengruppe die Landesgartenschau in Bad Essen, Kr. Osnabrück. Dem Kassenwart Heinz Bruweleit bestätigten die Kassenprüfer eine ordnungsgemäße Kassenführung, so dass ihm Entlastung erteilt werden konnte. Unter Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ meldete sich Mitglied und ehemaliger Bürgermeister der Stadt Disssen, Louis Ferdinand Schwarz ebenfalls zu dem Thema „60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen“ zu Wort und berichtete, dass diese in der Bevölkerung und in den Schulen weitgehend unbekannt sei. Er werde sich dafür einsetzen, dass die Charta besonders in den Schulen bekannt gemacht wird. Im Anschluss daran erfolgten die anstehenden Wahlen. Louis-Ferdinand Schwarz fungierte als Wahlleiter. Gewählt wurden Alfred Sell zum ersten Vorsitzenden, Gerhard Reihs zum zweiten Vorsitzenden und Gertrud Franke zur Schriftführerin. Kassenprüfer sind Peter Reimer und Felicitas Thiede.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Historisierung der Vertreibung der Deutschen – Verdrängung des Vertreibungsunrechts – zum **Eckpunktepapier für die Arbeit der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“** – Nach Abschluss der politisch umstrittenen Besetzung des Stiftungsrats der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist das genannte Eckpunktepapier, vorgelegt vom Direktor der Stiftung, Prof. Dr. Manfred Kittel, inzwischen von Stiftungsrat, dem auch Vertreter der Vertriebenen angehören, als „Beratungsgrundlage begrüßt“ worden und soll demnächst nach Beratung von ihm verabschiedet werden. Im Hinblick auf diese Beratungen soll hier auf einige grundsätzliche Schwächen des Papiers hingewiesen werden. Es muss sich die Frage gefallen lassen, ob die Vertreibung der Deutschen bei den vorgesehe-



nen Ausgangspunkten und Zielsetzungen des Papiers eine angemessene Darstellung finden kann. Dass das Thema Flucht und Vertreibung behandelt und auch im Hinblick auf Versöhnung zum Gegenstand einer Dauerausstellung gemacht werden soll, ist allgemein anerkennenswert. Der damit verbundenen Zielsetzung, „Vertreibung als gewalttätiges Instrument und als Unrecht zu jeder Zeit und an jedem Ort zu ächten“, kann selbstverständlich nicht widersprochen werden. Wenn jedoch das Thema im Hinblick auf „das Schicksal von 60 bis 80 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen thematisiert werden soll,“ die aufgrund von Kriegen und Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Europa ihre Heimat verloren haben und die Vertreibung der Deutschen „in der Folge der nationalsozialistischen Politik“ betrachtet wird, dann stellt sich die Frage, ob unter diesen politisch vorgegebenen Voraussetzungen und bei diesem Ansatz das benannte Ziel erreicht werden kann. Der historische Rahmen, in den Vertreibungen gestellt werden, ist verhältnismäßig weit gespannt und bezieht von den Umständen der Vertreibung und ihren Gründen her verschiedenartige politische Konstellationen und Ereignisse ein. Er umfasst die Vertreibung der Armenier während des Ersten Weltkriegs, der Griechen, dann der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg sowie auch die jüngsten Vertreibungen auf dem Balkan. Dieser Rahmen zwingt zu Abstraktionen bei den jeweiligen Ereignissen, und die historischen Eigenheiten der verschiedenen Vertreibungen werden damit nicht hinreichend klar dargestellt. Wenn auch von Maßnahmen Polens zur Verdrängung deutscher Volkszugehöriger insbesondere aus der ehemaligen preußischen Provinz Posen nach dem Ersten Weltkrieg die Rede ist, so werden stalinistische Vertreibungen vor dem Zweiten Weltkrieg und zu seinem Beginn seltsamerweise nicht einbezogen. Zudem wird die „revolutionäre“ Politik der damaligen Sowjetunion nicht berücksichtigt. Das Ziel der Ächtung von Vertreibungen durch eine historische Darstellung setzt voraus, dass Geschichte in „pragmatischer“ Absicht betrachtet wird. Das soll in diesem Zusammenhang heißen, dass es nicht nur um eine Darstellung von historischen Ereignissen in einem wechselweisen Zusammenhang von Ursache und Wirkung geht, sondern um eine solche, die zu bestimmtem Handeln oder Unterlassen – in diesem Falle: zu politischem Handeln bzw. politischer Einstellung – anleiten soll. Wenn man das allerdings erreichen will, dann muss die Darstellung der verschiedenen Vertreibungsgeschehnisse sich nicht nur auf Ursache-Wirkungs-Verhältnisse beziehen, auch nicht auf das Leiden der betroffenen Menschen durch Tötung, körperliche Beschädigungen sowie Entbehrungen und Heimatverlust. Sie müsste ebenso eine moralisch-rechtliche Beurteilung der handelnden Personen und Staaten, die an den Vertreibungen beteiligt waren, bieten. Mag die Leidensgeschichte der vertriebenen Menschen noch in hinreichender Weise zur Darstellung kommen, so ist es doch zweifelhaft, ob die moralisch-rechtliche Beurteilung des politischen Handelns im Zusammenhang der Vertreibungen in einer angemessenen Weise erfolgen kann. Zum einen ist der der zeitliche Rahmen zu weit gespannt, zum anderen gibt es noch kaum allgemein anerkannte Maßstäbe für eine solche Beurteilung, abgesehen von politischen Vorgaben. Diese können aber keine allgemeine Gültigkeit für eine wissenschaftliche Darstellung der Geschichte für sich in Anspruch nehmen. Die Eckpunkte gehen im Anschluss an den gesetzlichen Auftrag davon aus, dass die Vertreibung der Deutschen „in der Folge der nationalsozialistischen Politik“ zu betrachten sei. Es handelt sich hier um einen zwar naheliegenden, aber auch fragwürdigen Gesichtspunkt für die Betrachtung dieser Vertreibung. Zum einen lässt sich das so verstehen, dass jene Politik ursächlich für die Vertreibungen der Deutschen war. Eine solche Aussage ist aber in Bezug auf geschichtliche Handlungen, das heißt Handlungen von Menschen, nur mit Einschränkungen anzuerkennen. Solche Handlungen haben jedenfalls keine Ursachen in dem Sinne, in dem wir Ursachen bei natürlichen Vorgängen feststellen. Sie sind durch bestimmte Situationen veranlasst, aber die eigentliche Entscheidung zum Handeln wird dadurch noch nicht zwingend bestimmt. Diese hat letztlich ihre Grundlage in bestimmten Bestrebungen und Zielsetzungen der Handelnden. In einem näheren Sinne erfolgt es dann durch einen freien Entschluss der jeweils Handelnden im Hinblick auf solche Bestrebungen und Zielsetzungen. Dieser Sachverhalt wird durch die Aussage, die Vertreibung der Deut-

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

schen sei eine „Folge der nationalsozialistischen Politik“ gewesen, gänzlich verdeckt. Zutreffend muss vielmehr gesagt werden, dass die nationalsozialistische Politik und damit verbundene Verbrechen nur Anlass für die Vertreibung war, die eigentlichen Beweggründe jedoch anderer Art waren. Soll jene Aussage dann zum anderen in dem Sinne verstanden werden, dass die Vertreibung der Deutschen durch die vorhergegangene nationalsozialistische Politik gerechtfertigt ist, dann liegt darin ein Widerspruch zu dem allgemein anerkannten Grundsatz, dass vorhergehendes Unrecht nicht die Begehung neuen Unrechts rechtfertigt. Für das Unrecht ist derjenige, der es begeht, jeweils alleine verantwortlich; er kann diese Verantwortung nicht mit dem Unrecht anderer von sich abwälzen. Eine pragmatische Betrachtung von Politik und Geschichte kann sich diesem Grundsatz nicht verweigern. So versichert ja auch die Bundesregierung in offiziellen Texten, dass das nationalsozialistische Unrecht die Vertreibung völkerrechtlich nicht zu rechtfertigen vermag. Mit der anderen Aussage setzt sie sich dann aber in Widerspruch zu dieser letzteren.

Damit wird aber deutlich, dass die Konzeption der Dauerausstellung bei den gesetzlichen Vorgaben und den daran ausgerichteten Eckpunkten das Ziel einer Ächtung von Vertreibungen kaum erreichen kann. Das dargestellte Leiden könnte zwar eine abschreckende Wirkung entfalten, aber Abschreckung ist noch keine Ächtung. Dazu bedarf es einer moralisch-rechtlichen Be- und Verurteilung. Sie wird aber durch die Aussage der Vertreibung der Deutschen als Folge nationalsozialistischen Unrechts auch nicht erreicht. Diese Aussage hat nämlich entweder keine moralisch-rechtliche Qualität, soweit es in ihr nur um ein Ursache-Folge-Verhältnis geht, oder sie wird moralisch-rechtlich im Sinne einer Rechtfertigung verstanden und drückt dann statt einer allgemeinen Ächtung von Vertreibungen doch einen Rechtfertigungsgrund für Vertreibungen aus: nämlich nach einem durch einen Staat begangenen schwerwiegenden Unrecht. Für die betroffenen deutschen Vertriebenen ergibt sich aus der Konzeption der Dauerausstellung folgendes: Ihre Vertreibung wird historisiert in dem Sinne, dass sie in der Darstellung als ein historischer Fall von Vertreibungen erscheint – in der nordrhein-westfälischen Handreichung „Flucht und Vertreibung“ für den Unterricht in den Schulen wird sogar der Fall der babylonischen Gefangenschaft der Juden 586 v. Chr. bemüht – und damit als ein individuelles und auch politisch – kollektives Erlebnis, das erinnert und dem gedacht werden soll, neutralisiert wird. Es geht insofern nicht mehr um die erinnernde Vergegenwärtigung individuell und kollektiv erfahrenen Leides und erlittenen Unrechts, sondern um die bloße Darstellung eines allgemeinen Geschichtsverlaufs, der dann noch in unvollständigen Zusammenhängen – soweit z. B. die „revolutionäre“ sowjetische Politik ausgespart bleibt – eingeordnet wird. Darüber hinaus wird ihr Unrechtscharakter in einem zwiefachen Sinne verdrängt: nämlich zum einen in ihrem Verständnis als Folge des nationalsozialistischen Unrechts, zum anderen in ihrem Verständnis

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

als letztlich gerechtfertigte Maßnahme. Den deutschen Vertriebenen kann eine solche Dauerausstellung kaum Genugtuung bringen. Sie erhalten eher die Rolle von Opfern der Handlungen und Geschichte ihrer Nation, ohne im Übrigen für dieses Opfer eine angemessene Entschädigung zu erhalten. Letztlich muss dies im Verhältnis zu anderen Opfergruppen als ein Verstoß gegen das menschenrechtliche Diskriminierungsverbot beurteilt werden. Mit jenem Verständnis der Vertreibung von Deutschen aus den deutschen Ostgebieten wird dann ebenso wenig auch eine Ächtung von Vertreibungen für die Zukunft erreicht, weil die Vertreibung der Deutschen nicht – zumindest nicht eindeutig – als Unrecht dargestellt wird. Eine angemessene pragmatische Geschichtsdarstellung von Vertreibungen hätte demnach den vielseitigen sowie wechselseitigen Unrechtszusammenhang der in diesem Geschehen verwickelten Staaten aufzuzeigen, wenn sie diese Vertreibungen wirksam ächten wollte. Das kann nur eine wissenschaftliche Geschichtsschreibung leisten, die sich keinen geschichtspolitischen Vorgaben unterwirft. Unter solchen Vorgaben wird auch die nach dem Eckpunktepapier angestrebte „Multiperspektivität“ kaum die damit verbundene Einseitigkeit beheben können. Für den Vorstand der Landesgruppe: Jürgen Zauner, Prof. Dr. Ulrich Penski, Arnold Schumacher, Klaus-Arno Lemke, Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak, Wilhelm Kreuer (Ehrenvorsitzender), Düsseldorf, im Frühjahr 2011

Bad Godesberg – Mittwoch, 20. April, 17.30 Uhr, Erkerzimmer der Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch.

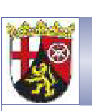
Bonn – Dienstag, 26. April, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises der Landsmannschaft Ostpreußen.

Düsseldorf – Donnerstag, 14. April, 19.15 Uhr, GHH, Eichendorff-Saal: Ausstellungseröffnung „Ein deutscher Dichter bin ich einst gewesen“, Max-Hermann-Neisse. – Donnerstag, 14. April, 19.30 Uhr, GHH, Raum 312/412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Donnerstag, 21. April: Wanderung zum Fernsehturm. Treffpunkt Info-Stand Hauptbahnhof. – Noch bis 21. April, GHH: Ausstellung zu einer Schlüsselfigur des deutschen Parlamentarismus im 19. Jahrhundert „Wer war Eduard Simson?“. – Donnerstag, 28. April, 8 Uhr: Tagesfahrt zum Keukenhof zur Tulpenschau mit anschließender Fahrt nach Noordwijk zum Kaffeetrinken, Strandspaziergang, Bummeln. Fahrpreis 50 Euro. Informationen unter Telefon (0211) 682318.

Gütersloh – Montag, 11. April, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh. Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Ostpreußen besichtigen den „Weißen Würfel“. Das alte Theater war wohl allen bekannt, nun aber erkundeten die Ostpreußen das neue Theater Gütersloh. Am 13. März 2010 wurde der „white cube“, der weiße Würfel wie Architekt Professor Jörg Friedrich aus Hamburg seinen Entwurf nennt, auf dem ehemaligen Gelände der Paul-Thöne-Halle eröffnet. Karin Sporer führte durch die Vorder-, Hauptbühne, Hinter- und Unterbühne sowie die separat zugängige Studiobühne. Es wurde alles in Augenschein genommen und betreten, was sonst nur vom Zuschauerraum aus oder gar nicht zu sehen ist, wie der Orchestergraben oder die Künstlergarderobe. Nachdem die Gruppe auf den 530 roten Stühlen Probesitzen durfte, ging es hoch zur Skylobby. Fast in Augenhöhe mit dem Wasserturm und über den Dächern von Gütersloh gab es Kaffee und Kuchen.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Remscheid – Sonnabend, 9. April, 15 Uhr, die Kreisgruppe feiert ihr **60-jähriges Bestehen** im Gemeindesaal der evangelischen Johanniskirchengemeinde, Eschenstraße 25. Gleichzeitig feiert die Frauengruppe ihr 35. Jubiläum. Für die Festansprache konnte Wilhelm v. Gottberg gewonnen werden. Umrahmt wird die Feierstunde mit Beiträgen eines Quartetts der Bergischen Symphoniker unter der Leitung von Viola Fey, einem Klavierbeitrag von Nelli Illinich, die auch den Ostpreußenchor mit seinen Liedbeiträgen dirigieren wird. Alle Landsleute aus der näheren und weiteren Umgebung sind herzlich eingeladen. Interessierte wollen sich bitte unter Telefon (02191) 62121 oder (02191) 51103 anmelden.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 28. April, 13.30 Uhr, Treffpunkt Gutenbergplatz am Staatstheater: Stadtrundfahrt in Mainz mit der Touristik-Bahn „Gutenberg-Express“.

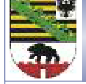


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Leipzig – Sonnabend, 9. April, 13.30 Uhr, Casino der AOK Leipzig, Willmar-Schwabe-Straße 1: **Jahresauftaktveranstaltung** „20 Jahre BdV Kreisverband Leipzig“. Kulturelle Umrahmung durch den Chor „Lied der Heimat“. – Ausstellung „Flucht und Vertreibung“ in der Leipziger Sportschule. Auf Initiative des Landesvorsitzenden der Schlesier, Herrn Nitzsche und der zuständigen Lehrkräfte der Sportschule Leipzig, der Schulleiterin Kühn und der Geschichtslehrerin Wölfel wurde die vom Innenministerium geförderte Wanderausstellung „Flucht und Vertreibung“ in der Schule gezeigt. Aus diesem Anlass waren auch Vertreter des BdV-Kreisverbandes Leipzig zu dieser besonderen Geschichtsstunde der 10. Klassen eingeladen. Der Vorsitzende, Herr Wolf, Frau Mende aus Schlesien und Frau Scharrer aus Westpreußen waren der Einladung gefolgt und hatten ein sehr positives Erlebnis. Am Beginn der Veranstaltung in der Aula gab Herr Nitzsche einen einleitenden Bericht zu der Ausstellung. Anschließend erzählten Frau Mende, Frau Scharrer und Herr Wolf, was sie während der letzten Kriegstage, bei der Flucht und Vertreibung erlebt und durchlitten hatten sowie vom schweren Neubeginn nach Kriegsende. Wenn man damals als Kind nicht mehr ganz klein war, dann lassen einen diese Erlebnisse nicht mehr los und man erinnert sich noch an alles, was geschah. Dadurch werden die Berichte sehr glaubwürdig. Die Schüler hörten aufmerksam zu und man sah ihnen an, wie die Schilderungen sie berührten. Es gab dann Gelegenheit, Fragen zu stellen. Nach anfänglichem Zögern kamen die Schüler auf die Vortragenden zu und stellten gezielt ihre Fragen, dadurch gab es in kleinen Gruppen wirklich gute Gespräche. Die Schüler betonten mehrmals, dass es etwas anderes sei, solche Berichte von Betroffenen zu hören als darüber nur zu lesen oder im Film zu sehen. Frau Kühn und Frau Wölfel bedankten sich mit Blumen für die persönliche Unterstützung dieses Geschichtsunterrichts. Frau Mende, Frau Scharrer und Herr Wolf sagten den jungen Menschen, wie glücklich sie sein können, im Frieden aufzuwachsen und wünschten ihnen alles Gute für ihre Zukunft ohne Krieg. Es hat sich wieder einmal gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Erlebnisgeneration der Jugend darüber erzählt, was in den Schulen selten behandelt und in den Geschichtsbüchern kaum zu finden ist, über das traurige Kapitel der Geschichte, über Flucht und Vertreibung.

Limbach-Oberfrohna – Zum ersten Mal im Jahr 2011, pünktlich zum Frühlingsbeginn, trafen sich Ost- und Westpreußen der Kreisgruppe im Eschemuseum der Stadt zu ihrem Heimatnachmittag. Reinhard Gerullis begrüßte die Landsleute und Gäste und besonders den Landesvorsitzenden der Ost- und Westpreußen in Sachsen, Alexander Schulz. Nach gemeinsamem Gesang stimmte Elli Springwald mit einem Frühlingsgedicht von Hildegard Rauschenbach auf den Lenz ein. „Die Kirche von Tharau“ – zu diesem Thema gab es einen kurzen Vortrag von Kurt Weihe. Von den vielen Kirchen im nördlichen Ostpreußen gibt es nur noch wenige und auch die werden zweckentfremdet genutzt. Auch die Kirche von Tharau, vom Deutschen Ritterorden erbaut, und bekannt durch das „Ännchen von Tharau“ von Simon Dach, war dem Verfall preisgegeben. Nun wird sie schrittweise, auch mit Spendengeldern aus Deutschland, wieder errichtet. Horst Braczko, der von einem großen Bauernhof aus dem Grenzgebiet des Kreises Lyck stammt, berichtete über die letzten Tage in der Heimat. Nachdem dieses Gebiet 1944 evakuiert worden war, blieb er 16-jährig allein mit polnischen Fremdarbeitern zurück, um das zurückgebliebene Vieh zu betreuen. Ende Januar begab er sich mit seinem Pferdegespann auf die Flucht. Er schaffte es, sich bis zum Frischen Haff durchzuschlagen und das zugefrorene Haff zu überqueren. Viele Landsleute haben dies mit dem Leben bezahlt. Sein Ziel war Limbach-Oberfrohna, wo er von Mutter und Schwestern mit Bangen und Hoffen erwartet wurde. Zwischen den Beiträgen wurden Lieder gesungen, begleitet von Kurt Weihe und Kurt Springwald auf ihren Instrumenten. Nach der Kaffeepause gab es kurze Informationen von Kurt Weihe über die Vorhaben der nächsten Zeit. Er wies besonders auf das Ostpreußentreffen in Erfurt hin, wohin ein Bus der Kreisgemeinschaft fährt. Der Landesvorsitzende stellte sich den Landsleuten vor und erläuterte die Aktivitäten der Landesgruppe in diesem Jahr. Reinhard Gerullis beendete mit guten Wünschen den Heimatnachmittag und gemeinsam wurde abschließend das Lied „Kein schöner Land“ gesungen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Gardelegen – Freitag, 29. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Treffen der Gruppe. Musikalische Umrahmung von Dieter Beckmann.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Mölln – Die **Dekabristen im zaristischen Russland**. Am 23. März trafen sich Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen im Quellenhof, um einen Vortrag von Brigitte Hildebrand aus Kl. Zecher zu hören. Im Jahre 1984 hatte Frau Hildebrand mit ihrem Ehemann eine Flugreise durch Russland unternommen. Eine Station war Irkutsk in Sibirien, wo sie auf einem Friedhof die Gräber der Dekabristen sah und sich wunderte, dass darauf Blumenschmuck lag. Denn der Aufstand der Dekabristen hatte im Dezember 1825 stattgefunden („Dekabristen“ von russisch „Dekabr“ Dezember). Während der Napoleonischen Kriege lernten russische Offiziere das Leben in Mittel- und Westeuropa kennen und wollten dann das Leben der einfachen Leute in Russland verbessern, wo es noch immer eine strenge Leibeigenschaft gab. Seit Katharina der Großen hatten die Bojaren (Landadelige) eine Änderung der Verhältnisse verhindert. So schlossen sich junge Offiziere, Adlige, Künstler und Intellektuelle zusammen und forderten eine neue Verfassung. Doch der Aufstand war schlecht geplant und wurde niedergeschlagen. Es gab über tausend Tote und viele Verletzte. Zar Nikolaus leitete die Untersuchungen selbst. Die Offiziere wurden degradiert und in die Verbannung geschickt. Fürstin Wolkonskaja, deren Mann für 20 Jahre nach Sibirien geschickt wurde, hat darüber ein Buch geschrieben. Sie folgte ihrem Mann in die Verbannung und wurde wie eine Zuchthäuslerin behandelt. Kinder, die in Sibirien geboren wurden, sollten wie Leibeigene behandelt werden. Fürstin Wolkonskaja fand ihren Mann in Ketten wieder. Sie und die anderen Frauen der Dekabristen setzten sich vor die Gefängnisfenster, um sich schreiend mit ihren Männern zu unterhalten. Die Lebensmittel, die sie von zu Hause erhielten, teilten sie unter den etwa zwölf dort lebenden Frauen auf und gaben auch den Männern etwas davon. Die Häftlinge durften keine Briefe schreiben, wohl aber die Frauen. Sie gründeten sogar einen Chor und erteilten Unterricht und gewannen so großes Aufsehen in der Umgebung; deshalb werden die Gräber der Dekabristen noch heute gepflegt. Ihr Aufenthalt dort

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

hatte 19 Jahre gedauert. Der Vortrag hatte die Gäste sehr beeindruckt. Die 1. Vorsitzende Irmingard Alex las zum Abschluss noch einige Geschichten aus Ostpreußen vor. Außerdem wurden gemeinsam Volkslieder gesungen.

Uetersen – Der Vorsitzende der Uetersener Ostpreußen-Gruppe Joachim Rudat konnte auf der letzten Monatsversammlung am 11. März im Haus „Ueterst End", Kirchenstraße 7, neben den Mitgliedern und Gästen auch den aus Königsberg stammenden und jetzt in Uetersen wohnenden Entertainer Harry Lasch, der schon mehrmals seinen ostpreußischen Landsleuten einen fröhlichen Nachmittag beschert hat, begrüßen. Jeder, der ihn schon mal erlebt hatte, war von seinem musikalischen Können und seinen stimmungsvollen Liedern begeistert. So war es auch diesmal. Harry Lasch hatte für diesen Nachmittag ein Programm ausgesucht, das von der Südsee bis zur Reeperbahn reichte. Wie immer brachte er die Besucher mit seinen Darbietungen so in Stimmung, dass alle kräftig mitsangen und im Takt klatschten. Einige wagten sogar ein paar Tänzchen zu den bekannten und beliebten Melodien. Für diesen schönen Nachmittag dankten alle Harry Lasch ganz herzlich. Er versprach, wenn Zeit und Gesundheit es zuließen, im nächsten Jahr wiederzukommen. Vor diesem unterhaltsamen Teil der Veranstaltung und der Kaffeestunde hatte der Vorsitzende Joachim Rudat aber noch den Besuchern einiges bekanntzugeben. Zunächst dankte er Dora Pütz für die mit frühlingshaftem Tischschmuck dekorierte Kaffeetafel, die sie mit einigen Helferinnen gezaubert hatte. Anschließend gratulierte er den Geburtstagskindern der Zwischenzeit und gab dann das Wort an seinen Stellvertreter Jochen Batschko weiter. Dieser wies die Anwesenden auf die von ihm geplante sommerliche Ausfahrt am 3. Juni hin. Diesmal geht es mit einem Bus zur Hansestadt Wismar und zur Insel Poel. Er bat um baldige Anmeldungen, auch von Bekannten und Freunden, damit der Bus gut besetzt ist und die Kosten im Rahmen gehalten werden können. Auf der nächsten Monatsversammlung am 8. April im Haus „Ueterst End" wird der Vorsitzende Joachim Rudat etwas über die eigentlichen und fast vergessenen Vorfahren der Ostpreußen, die „Prussen" berichten. Diese sind die Namensgeber des späteren Staates Preußen. Zum Schluss wünschte der Vorsitzende allen einen guten Heimweg.

Studienfahrt nach Ostpreußen

100 Jahre Segelflug auf der Wasserkuppe – aus Anlass dieses Jubiläums bietet die Deutsche Jugend in Europa, Landesverband Hessen e.V., Heckenhöfchen 2, 36163 Poppenhausen/Rodholz, Fax (06658) 919002 eine Studienfahrt an. Die Gruppe wird den Spuren der „Rhön-Rossitten-Gesellschaft" und der Vogelschutzwarte in Rossitten nachgehen. Weiterhin geht es um zeitaktuelle Fragen des nördlichen Ostpreußens als heutigem Teil der Teil der Russischen Föderation, geschichtliche Fragen des Landes der „dunklen Wälder und kristallnen Seen", ökologische Herausforderungen dieses Landstriches. Übernachtet wird in einem 3-Sterne-Hotel in Königsberg, von dem jeden Tag Exkursionen unternommen werden. Im Teilnehmerbeitrag von 790 Euro sind enthalten: 7 Übernachtungen im Doppelzimmer mit Bad/WC Vollpension, Flug mit Baltic Air ab Frankfurt/Main, Visum (benötigt wird ein Reisepass / mind. bis März 2012 gültig), Informationsmaterial, Exkursionen unter anderem nach Palmnicken (Bernsteintagebau), Kurische Nehrung, nach Tilsit, Besuch der Vogelwarte, Anmeldung bitte bis spätestens zum 1. Juni 2011 an: Harald Schäfer, Tel. (06658) 919001, oder per E-Mail: harald.schaefer@djohessen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

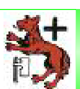
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.de.

Sonnabend, 9. Juli, ab 9 Uhr, Hotel am See, Bad Gandersheim: **Kirchspieltreffen Trempen**. Gäste und Freunde sind herzlich eingeladen. Informationen bei Herrn Wendland, Telefon (040) 7602831.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellv. Kreisvertreter Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Erfolgreiche **Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil**. Vom 26. bis 27. März fand im Ostheim Bad Pyrmont die diesjährige Frühjahrs-Kreistagssitzung statt. Geleitet wurde die Sitzung von Kreisvertreterin Elke Ruhnke, die einen Bericht über ihre Aktivitäten für unsere Gemeinschaft vorlegte. Weitere besonders wichtige Programmpunkte waren die Verabschiedung des Haushaltsplans sowie Beratungen über eine Satzungsänderung, die die Stimmberechtigung der stellvertretenden Kirchspielvertreter eindeutig regeln soll. Hierüber soll die Mitgliederversammlung im September beschließen. Ein weiterer Höhepunkt waren die Nachwahlen zum Vorstand. Gewählt wurden Frau Brunhilde Schulz als Beisitzerin. Frau Schulz wird sich im Vorstand besonders mit dem Thema Publikationen beschäftigen. Zum 2. stellvertretenden Kreisvertreter wählte der Kreistag den stellvertretenden Kirchspielvertreter von Zinten-Land, Herrn Bernd Schmidt aus Plössen. Beide neugewählten Vorstandsmitglieder hatten ihr Amt schon vor ihrer Wahl kommissarisch inne und haben darin hervorragende Arbeit geleistet. Die Kreisgemeinschaft blickt geschlossen und voll Zuversicht in die Zukunft.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@ freenet.de

Saisonauftakt im Lötzener Heimatmuseum – „Kunst aus unserer Patenstadt Neumünster – Fotokunst von Michael Ermel" ist der Titel der ersten Sonderausstellung, die in diesem Jahr im Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen in Neumünster gezeigt wird. Zur Ausstellungseröffnung am 19. März waren, neben gut 30 interessierten Gästen, nicht nur der Künstler Michael Ermel, sondern auch der Stadtpräsident von Neumünster, Friedrich Wilhelm Strohdiek, anwesend. Er würdigte in seinen einführenden Worten die Besonderheiten der ausgestellten fotografischen Kunstwerke. Auch ist das Signal der Lötzener, das kulturelle Leben der Patenstadt bereichern zu wollen, bei ihm angekommen. – Eine Bereicherung dieses ersten „Tages der offenen Tür" im Jahr 2011 war der Ehepaar Edelgard und Horst Lessing im Anschluss an die Ausstellungseröffnung gehaltene Vortrag zum Thema „Nach Ostpreußen, von Ostpreußen – die Vertriebenen- und Fluchtbewegungen einer Familie". Damit konnte der Brückenschlag aus der Patenstadt Neumünster nach Ostpreußen, aus der Gegenwart in die Vergangenheit, vollzogen werden. Besonders eindrucksvoll waren die Textpassagen, die Edelgard Lessing aus ihrem noch unveröffentlichten Manuskript las, in dem sie in literarischer Qualität eigenes Flüchterleben verarbeitete. Die Fotokunst von Michael Ermel wird bis zum 10. Juni 2011 zu sehen sein. Der nächste „Tag der offenen Tür" findet am Sonnabend, dem 16. April von 10 bis 16 Uhr in der Brachenfelder Straße 23 statt (ausnahmsweise ohne Veranstaltungsangebot).



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Warnat, Silcherstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de. Geschäftsführer: Lothar Gräf, Dr-Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, (02333) 5570, E-Mail: Lothar.Graef@live.de. MHN-Änderungen: Marlene Wölk, Nachtigallenweg 3, 38820 Halberstadt. Stellvertretende Kreisvertreterin: Gisela Harder, Telefon und Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Telefon und Fax (04122) 55079.

Montag, 23. bis Mittwoch, 25. Mai, Jugendbildungsstätte der Landsmannschaft Ostpreußen in Bad Pyrmont: **Treffen der ehemaligen Herderschüler 2011**. Das Treffen beginnt Montag am späten Nachmittag. Eine Verlängerung des Aufenthalts über den 25. Mai hinaus ist möglich bei rechtzeitiger Anmeldung unter Telefon (05281) 9361-0. Da weite Wege für Einige immer beschwerlicher werden, wird auf einen Ausflug verzichtet. Dafür soll das alte Pyrmonter Schloss besichtigt werden. Anmeldungen bei Martin Haese, Koppelweg 9 in 27711 Osterholz-Scharmbeck. Telefon (04795) 1599. Die Anmeldung ist auch per E-Mail möglich bei georg.v@groeling-mueller.de



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: (komm.) Hans Dzieran, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: srt.dzieran@t-online.de.

Mitgliederversammlung – Am 27. Mai 2011 findet in Erfurt eine Mitgliederversammlung statt. Sie beginnt um 19 Uhr im Versammlungsraum des Mercure-Hotels, Meienbergstraße 26/27. Dazu sind alle Mitglieder herzlich eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen 1) Bericht des kommissarischen Vorsitzenden, 2) Satzungsänderung. Der geänderte Satzungsentwurf wird der Einladung beigefügt. Er ist auch auf der Homepage der Stadtgemeinschaft veröffentlicht.



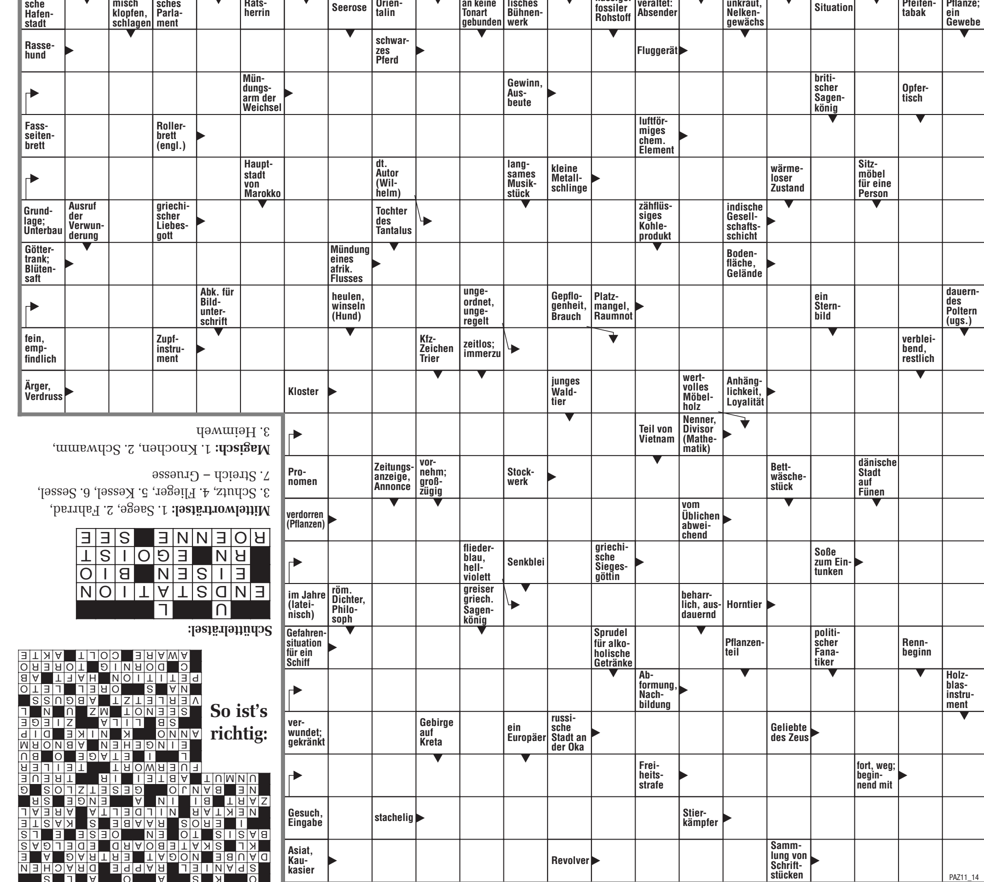
TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

10./11. September: Kirchspieltreffen Schillen / Patenschaftstreffen in Plön.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

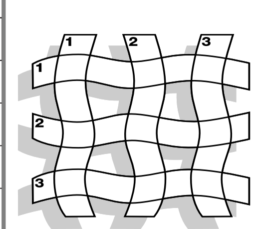
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ADEIN NOSTT	ENOR		DEINU	EENT		AEGLN	BIIS	EIOS	ENOT
EEINS						BIO			
EENN OR		EGIO ST							
						EES			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Höflichkeitsbezeigung (Mehrzahl).

1	KREIS		MEHL
2	HERREN		SATTEL
3	TIER		BLECH
4	SEGEL		HORST
5	TEE		TREIBEN
6	KLUB		LIFT
7	BACKEN		ORCHESTER



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Teil des Skeletts
2 Badezubehör
3 Sehnsucht nach zu Hause

Heimatkreisgemeinschaften

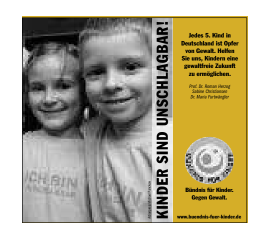
Fortsetzung von Seite 19



TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax 3970, e-Mail: iklink@gmx.de. Stellvertreter: Manfred Bednarzik, Gartenstraße 126, 33397 Rietberg, Telefon (052444) 9275888, E-Mail: m.bednarzik@versanet.de. Geschäftsführerin: Astrid Welsch, Am Gysenberg 15, 44805 Bochum, Telefon (0234) 8906028, E-Mail: AstridWelsch@web.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Freitag, 20. bis Sonntag, 22. Mai, Hotel-Restaurant Schaperkrug, Braunschweiger Heerstraße 85, 29227 Celle, Telefon (05141) 98510: **Kirchspieltreffen Herzogskirchen**. Anmeldungen erbeten bis zum 15. April bei Irene Kleiner, Telefon (05141) 86859. Preise: Übernachtung im DZ 240 Euro, im EZ 163. Die Hotelleistung beinhaltet 2 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet, 2 Abendessen. Busfahrt nach Lüneburg und zurück nach Celle, Einkehr im „Krone Bier- & Event-Haus“, Jeder bezahlt selber vor Ort, Führung im Ostpreußischen Landesmuseum, Eintritt zirka 5 Euro, Busfahrt, zirka 15 Euro, der Gesamtpreis richtet sich nach der Teilnehmerzahl, Schlossführung im Celler Schloss zirka 5,50 Euro, ebenfalls nach Teilnehmerzahl variabel, Kaffeetrinken im Café Müller am Französischen Garten, 5,70 Euro pro Person, Kaffee, Tee oder Schokolade und ein Stück Torte oder Kuchen nach Wahl. Zimmerreservierungen bitte nur über Irene Kleiner vornehmen.



Ostpreußenhilfe wird 30

Erfolgreiche Bilanz, aber Sorge um die Zukunft

Ostpreußen bestimmt noch heute das Leben von Gisela Peitsch, der Ersten Vorsitzenden des Vereins „Ostpreußenhilfe“. Am 17. April feiert der Verein sein 30-jähriges Bestehen.

Der große Hilfseinsatz für ihre zurückgebliebenen Landsleute begann 1976. Die erste Nachkriegsreise von Gisela Peitsch und ihrem Mann Helmut nach Ostpreußen ging in das jetzt polnische Gebiet Masuren, Ermland sowie Danzig. In Stary Targ (Altmark) trafen sie auf verschüchterte Deutsche, knüpften erste Kontakte und sammelten Adressen von bedürftigen Familien. Aus diesen ersten Schritten sollte eine monumentale Hilfsaktion werden. Sie führte 1981 zur Gründung des gemeinnützigen Vereins, der bis heute etwa 250 Familien und Einzelpersonen nicht nur mit Sach- und Geldspenden, sondern auch mit Liebe betreut.

Helmut Peitsch war Chefredakteur der „Harburger Anzeigen und Nachrichten“. Er veröffentlichte Berichte über das Elend dort und eine riesige Spendenwelle überrollte Gisela Peitsch. Unterstützt vom Landfrauenverein Nenndorf und dem Lions Club Hamburg-Rosengarten und Einzelpersonen wurden im Laufe der Jahre tausende Pakete gepackt. Basare veranstaltet und Spenden eingeworben. Mittendrin immer Gisela Peitsch als Motor dieser Hilfsaktionen. Aus ihrem Haus in Tötensen wurde ein „Durchgangslager“ für angesammelte Sachspenden.

Sie erhielt nicht nur rührende Dankesbriefe ihrer Landsleute, sondern auch höchste Anerkennung für ihr Lebenswerk. Bundespräsident Karl Carstens verlieh ihr 1983 das Bundesverdienstkreuz, Kaiserenkel Prinz Louis Ferdinand würdigte ihre selbstlose Arbeit und lud sie in die Hohenzollernburg ein. Von der Gemeinde Rosengarten erhielt sie zum 75. Geburtstag die Rosengarten-Goldmedaille.


Gisela Peitsch: Seit 1976 dabei. Bild: RB

Schritte zur Verständigung: Spenden gleichmäßig verteilt

Gisela Peitsch ist stets bescheiden geblieben, eine preußische Tugend, wie ihr Mann sagt. Sie setzt sich mit ganzem Herzen für ihre Landsleute in den Ostgebieten ein. Wie sie richtig sagt: „Es hätte auch mich treffen können.“ 1991 öffnete sich der „Eiserne Vorhang“ für das bisher hermetisch abgeriegelte Königsberger Gebiet und die Ostpreußenhilfe fragte in Zeitungsmeldungen: „Wer hilft den Deutschen in Königsberg?“. Die Resonanz war riesig. Die erste „Aktion Königsberg“ war überaus erfolgreich. Hilfsgüter im Wert von mehr als eineinhalb Millionen D-Mark wurden nach Nord-Ostpreußen gebracht. Vier Container mit insgesamt 40 Tonnen reisten auf einem russischen Frachter von Lübeck nach Königsberg begleitet von dem Ehepaar Peitsch. Die Ostpreußenhilfe verschickte sogar eine lebende Kuh. „Sorka“ („Morgenröte“) ging an die Küsterin der Kirche „Mühlhausen“ und deren 16-köpfige Familie. Ein erster Schritt zur besseren Verständigung. Selbst das russische Fernsehen berichtete über diese Hilfe.

Der Verein kann auf eine stolze Bilanz zurückblicken: Fast zwei Millionen Euro gingen an Geldspenden ein, Sachspenden über 2,5 Millionen, 25460 Pakete wurden bisher verschickt mit einem Gesamtgewicht von 261 Tonnen. Weiter wurden 2820 Patenschaften vermittelt.

Gisela Peitsch hat nur eine Sorge, wenn ihre Kraft nachlässt, hat sie noch keinen Nachfolger, der diese anspruchsvolle, ehrenamtliche Tätigkeit weiterführen wird. Es wird sich wohl auch kaum jemand finden, der so viel Liebe und Herzblut darein investiert.

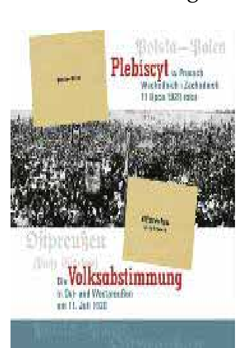
Margrit Rohmann-Brennecke

Turbulente Zeit

Ausstellungskatalog »Volksabstimmung«

Der Erste Weltkrieg wird von vielen Historikern als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Die nachfolgenden Friedensschlüsse veränderten die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen Europas derart radikal, dass die Folgen bis heute spürbar sind. Eine Bestimmung des Versailler Vertrages betraf Teile Ost- und Westpreußens. In einer Volksabstimmung, polnisch „plebiscyt“, sollte die Bevölkerung selbst entscheiden, ob die betroffenen 15 bisher deutschen Kreise an die Republik Polen angeschlossen werden sollten oder der Provinz Ostpreußen des Deutschen Reiches angehören wollten. Diese turbulente Zeit der Jahre 1919–20 in allen ihren vielfältigen und wenig bekannten Facetten war das Thema einer großen Sonderausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen im Westpreußischen Landesmuseum in Münster gezeigt wird. Auf Informationstafeln ist die ganze Bandbreite deutscher und polnischer Aktivitäten dargestellt. Zahlreiche Originalexponate aus eigenen Beständen und auch Leihgaben aus dem In- und Ausland illustrieren die Ereignisse vor 90 Jahren um den 11. Juli 1920 herum, den Tag der Volksabstimmung.

Um diese heute seltenen Archivmaterialien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist ein zweisprachiges Begleitbuch zur Ausstellung herausgegeben worden. Dabei werden auch solche Druckerzeugnisse nicht verschwiegen, die der hitzigen Situation der damaligen Zeit entsprachen, heutzutage jedoch teilweise befremdlich wirken. Enthalten sind auch zahlreiche Fotos und Dokumente, die bisher noch nie veröffentlicht wurden. Als ein positives Signal grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist zu werten, dass erstmals parallel zur Ausstellung in Ellingen eine inhaltlich gleiche polnisch-deutsche Version im „Museum zu Marienwerder – Außenstelle des Schloßmuseums Marienburg“ gezeigt wurde. Besonderer Dank gilt der Landsmannschaft Ostpreußen, Hamburg, die den Druck dieser Publikation finanziert hat. *Wolfgang Freyberg*



Katalog der Ausstellung

„Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920“, 96 Seiten, 4farbig, zahlr. Illustr., 10 Euro (inkl. Porto), nur über Kulturzentrum Ostpreußen, Postfach 17, 91791 Ellingen, info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Altvaterturm: Gedenkort für Vertriebene

Nischen erinnern an Ostpreußen, Wolfskinder sowie an Mädchen und Frauen, die Opfer der Roten Armee wurden

Der Altvaterturm auf dem Wetzstein bei Lehesten im Thüringer Wald ist nicht nur ein schöner Aussichtsturm, sondern vorrangig eine Begegnungsstätte für alle Vertriebenen der ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete des Ostens und ein Mahnmal gegen Krieg und daraus resultierende Unrechttaten – wie die Vertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat.

Heimatfreunde aus dem Altvatergebirge (Ostsudetenland) haben auf dem 792 m ü. NN hohen Wetzstein mit viel Enthusiasmus das Wahrzeichen der Heimat wieder neu erstehen lassen.

Im Außenbereich des Erdgeschosses sind Gedenknischen angebracht, wo bereits gespendete Gedenktafeln an die Hunderte von Willküropfern erinnern, die nach dem Krieg im Sudetenland unter der deutschen Bevölkerung zu beklagen waren. Auf den Zinnen sind 16 Betonskulpturen aufgesetzt, wo jede für 16000 Opfer steht. die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu beklagen waren.

Im Inneren des Turmes sind museale Räume eingerichtet, die den Besuchern die schwere Last der Vertreibung anschaulich darstellen. Auch die Ostpreußen haben sich mit einer Ausstellung im 7. Obergeschoss im Altvaterturm mit eingebracht. Das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen hat diese Ausstellung aufgebaut und mit aktuellem Informationsmaterial versorgt. Für die Ostpreußen ist eine Gedenknische für die Wolfskinder reserviert. Es soll aber auch an die vielen Mädchen und Frauen erinnert werden, die mit dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpreußen verschleppt wurden und in den Gulags in Sibirien unter größten Qualen und Entbehrungen Zwangsarbeit leisten mussten und von denen viele zu Tode kamen. Nähere Informationen im Internet unter www.altvaterturm. de oder auch unter Tel. (036653) 26396 Info-Büro Altvaterturm. Öffnungszeiten: Mi-Mo 10.00 bis 18.00 Uhr, Dienstag sind der Turm und die Gaststätte geschlossen. *M. Eisolt*

Seriöse Lösungen gefragt

Eine Fülle von Artikeln macht den Alltag für Senioren und behinderte Menschen einfacher

In zwei Jahrzehnten wird ein Drittel der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein, bis 2050 wird sich dieser Anteil sogar verdoppeln und bei 60 Prozent liegen – mit anderen Worten: Die meisten Käufer in Deutschland sind dann grauhaarig. Doch welche Produkte brauchen und wollen Senioren? Und was zeichnet seniorentaugliche Produkte aus?

In speziellen Geschäften wie „Seniola Fachhandel“ oder „Senior aktiv“ sind sie zu haben: pfiffige Gegenstände, die viele Tätigkeiten im Alltag vereinfachen. Dort findet man Dosen- und Flaschenöffner in verschiedener Form und Technik, elastische Schuhbänder, ergonomische Stifte sowie sprechende Fieberthermometer, Taschenrechner und Waagen. Es gibt eine Fülle von Artikeln, die viele Tätigkeiten für Ältere oder Menschen mit

Handel muss sich auf demografischen Wandel einstellen

Behinderung einfacher machen. „Zu uns kommen viele Kunden, um die technischen Geräte auszuprobieren und sich beraten zu lassen“, sagt Holger Merbach, dessen Laden „Senior aktiv“ gerade als erstes Geschäft in Hamburg das Qualitätssiegel „Generationenfreundliches Einkaufen“ im Einzelhandel erhielt. „Sich auf den demografischen Wandel einzustellen ist in vielen Branchen eine der großen Chancen der nächsten Jahre“, meint Mathias Knigge vom Design- und Beratungsbüro „grauwert“.

Doch wie sollen Produkte für Ältere aussehen? Welche Kriterien müssen sie erfüllen? „Die Produkte sollen den Alltag erleichtern und Tätigkeiten vereinfachen“, erklärt der Ingenieur, der sich auf Produktdesign für Verbraucher ab 50 Jahren spezialisiert hat.

„Ältere Menschen möchten elegante seriöse Produkt- und Designlösungen“, weiß Knigge, „dafür gibt es in Zukunft einen großen Bedarf. Wir müssen weg von Sonderlösungen für Senioren hin zu Produkten, die für alle Altersgruppen tauglich sind und dabei gut aussehen.“

Ebenso erteilt Ernst Pöppel von der Ludwig-Maximilians-Universität München der landläufigen Ansicht, dass für Senioren spezielle Produkte entwickelt werden müssen, eine Absage. „Produkte, die ausschließlich auf Ältere zugeschnitten sind, werden nie erfolgreich sein“, meint er. Im Gegenteil: „Produkte müssen barrierefrei und integrativ sein, also für zehnbis 80-Jährige entwickelt werden, es darf keine Segmentierung der Gesellschaft geben, sonst fühlen sich die Menschen stigmatisiert, denn sie möchten ja dazugehören.“

Doch anstatt ältere Menschen zu hofieren, vergällt die Wirtschaft die Klientel im Rentenalter, beispielsweise mit Verpackungen, die sich nur schwer öffnen lassen, und Beschriftungen, die man nur mit der Lupe lesen kann. Christian Floerke ärgert sich regelmäßig, wenn er etwa die winzigen Produktinformationen auf Kosmetikartikeln nicht entziffern kann. „Die sind meistens in glänzendem Gold gedruckt, das reflektiert dann so schön im Kaufhauslicht“, spottet der Senior-Scout, der für die Nürnberger Agentur für Generationen-Marketing Konsumbarrieren aufdeckt. „Ältere Menschen werden regelrecht diskriminiert“, urteilt der 67-Jährige.

Jahrzehntelang haben die Berufsgestalter die Senioren links liegenlassen. Doch nun fangen sie an, sich der Herausforderung zu stellen, Dinge zu entwerfen, die auch Menschen jenseits der Altersgrenze 50 gefallen. Dabei haben sie nicht den gebrechlichen Rentner aus dem Reha-Zentrum im Visier, sondern die aktiven, konsumerfahrenen und zahlungskräftigen „Woopies“ („well off older people“) oder Silver Agers, wie Senioren heute gern genannt werden.

Das neue Zauberwort heißt Universal Design. Der Begriff steht für intelligente und gutgestaltete Produktideen, die allen Menschen das Leben leichter machen.

„Universal Design ist flexibel einsetzbar, generationenübergreifend, selbsterklärend, ohne körperliche Beanspruchung nutzbar und ästhetisch“, erklärt Karin Schmidt-Ruhland. Gemeinsam mit Knigge erforschte die Professorin an der Universität der Künste Berlin beim Projekt „sentha“ (seniorengerechte Technik im häuslichen Alltag), welche Haushaltswaren Senioren sich wirklich wünschen.

Das Ergebnis: Bevorzugt werden solche Produkte, die bequem, sicher und trotzdem nicht hässlich sind. Wie etwa der Teleskop-Spaten von Fiskars, bei dem sich Ästhetik und Ergonomie perfekt ergänzen. Das Gartenutensil verfügt über einen ausziehbaren Griff, der sich auf die Körpergröße einstellen lässt.

Ebenso simpel wie genial ist auch das „Brotmesser 365+“: Der Griff wurde um 90 Grad nach oben gekippt, so dass er wie ein Schalthebel in der Hand liegt.

Siemens hat diese Problematik erkannt und entwickelt unter dem Konzept „Design for All“ Produkte für alle Altersgruppen, wie etwa das Schnurlostelefon Gigaset E150, das besonders große Tasten hat, sowie einen Backofen, dessen Tür seitlich aufschwenkt, und einen Kühlschrank mit ausziehbaren Schubladen – die Produkte sind für die Nutzer leichter bedienbar. Nach Einschätzung von Andreas Reidl, Geschäftsführer der Agentur für Generationen-Marketing in Nürnberg, bietet bislang lediglich ein Fünftel der Unternehmen in Industrie und Handel Produkte an, die Bedürfnissen von Senioren entsprechen. „Der Rest muss noch wachgeküsst werden“, meint er, „denn die Angst der Hersteller, ihr jugendliches Image zu verlieren, sitzt tief.“ *Corinna Weinert*



Bequemes Hochbeet: Ideale Arbeitshöhe für Senioren oder Menschen mit Rückenproblemen Bild: Eckert

---

IN KÜRZE

Charisma in der Führungsetage

Menschen mit Charisma sind – insbesondere auf der Führungsebene – ein Gewinn für die Firma, da sie die Arbeitsbegeisterung und -produktivität der Mitarbeiter deutlich steigern können. Allerdings können solche Menschen auch über das Ziel hinausschießen; dann kippt das Charisma um und aus der Führungspersönlichkeit wird ein Störfaktor. Amerikanische Forscher erklären, wie es dazu kommt. „Solche Führungskräfte machen Menschen glücklich und das erklärt, warum Menschen sich von ihnen so angezogen fühlen“, sagt Amir Erez von der University of Florida. „Aber es gibt da eine bisher wenig verstandene dunkle Seite.“

Erez und seine Kollegen luden 400 Studenten zwischen 17 und 44 Jahren zu Gruppenexperimenten ein: Sie sollten sich vorstellen, sie hätten sich in der Wildnis verirrt und müssten nun gemeinsam Entscheidungen hinsichtlich verschiedener Überlebensstrategien treffen. In jeder Gruppe gab es einen Gruppenführer, dessen Qualitäten die Teilnehmer später beurteilen sollten. Vor und nach dem Versuch wurde die Stimmung der Teilnehmer gemessen. Während der Versuch lief, nahmen 172 weitere Versuchspersonen die jeweiligen Gruppenführer auf Video auf und bewerteten sie im Hinblick auf ihre Fähigkeit, positive Stimmungen zu erzeugen, aber auch darauf, die Gruppenmitglieder aufzurütteln und anzutreiben.

Die Auswertung zeigte, dass freundliche Gesten wie etwa ein Lächeln die Stimmung der geführten Gruppe verbesserte, diese sich jedoch erheblich verschlechterte, wenn ein Gruppenführer zu laut wurde und wild gestikulierte. „Die landläufige Meinung, ist, dass äußerst ausdrucksvoll zu sein eine gute Führungsmethode wäre, aber unsere Studie nährt Zweifel daran, ob gerade das am Arbeitsplatz gute Ergebnisse erbringt“, erklärt Erez. *C.W.*

Ötzi mit Gesicht

Sonderausstellung in Bozen

Ötzi“, der Mann aus dem Eis, wird 20 Jahre alt. Zumindest in seinem zweiten Leben als wiederentdeckte Mumie aus der Kupferzeit, als welche er in einem Gletscher der Ötztaler Alpen 5300 Jahre unversehrt überdauert hat – Kleidung und Ausrüstung inklusive. Seine nächste Ruhestätte fand er im Südtiroler Archäologiemuseum in Bozen, wo ihn bisher mehr als drei Millionen Besucher bestaunten. Beeindruckend groß ist ebenfalls die Zahl der Wissenschaftler, die ihn seit seinem Auffinden untersuchten. Alle seine Geheimnisse jedoch konnten sie ihm bis heute nicht entlocken. Auf eine der am häufigsten gestellten Fragen, „Wie sah der Mann aus?“, gibt es jetzt aber eine Antwort. Mit aufmerksamem Blick begegnet Ötzi seit März den Museumsbesuchern. Der „Mensch“ Ötzi ist das Werk von Adrie und Alfons Kennis. Seine Rekonstruktion basiert auf anatomischen Drei-D-Aufnahmen des Schädels und wissenschaftlichen Vorlagen. Das niederländische Zwillingspaar ist bekannt für seine extrem lebensnahen Skulpturen von Menschen und Tieren aus der Urzeit. In Deutschland gestalteten die Brüder zuletzt Exponate im Neanderthal-Museum in Mettnau sowie die Ausstellung „Safari zum Urmenschen“ im Senkenberg-Museum in Frankfurt am Main. Bei Ötzis Wiedergeburt schaute die deutsche Fotografin Heike Engel den Kennis ein halbes Jahr lang über die Schulter und hielt dabei den gesamten Rekonstruktionsprozess des Alpenbewohners der Steinzeit bildlich fest. Die ausgestellte Fotoserie gibt dem Betrachter nun das Gefühl, selbst im Atelier der Künstler zu stehen. Alle Facetten der „Ötzimanie“, die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten entwickelt hat, kann man noch bis zum 15. Januar 2012 in der Sonderausstellung „Ötzi 20 – Life. Science. Fiction. Reality“ auf 1200 Quadratmetern, der gesamten Ausstellungsfläche des Bozener Museums, nachvollziehen. Sollten neue wissenschaftliche Entdeckungen gemacht werden und neue Diskussionsansätze entstehen, ist alles dafür vorgesehen, diese aktuell „einzuspeisen“. *H.S.*

Bild: Südtiroler Archäologiemuseum / ochenreiter

Ötzi: Rekonstruktion

»Kroszonki« und »Pisanki«

Das Oberschlesische Landesmuseum zeigt bunte Ostereierschau

Ostereier phantasievoll zu dekorieren und sie zu verschenken – diesen Brauch heidnischen Ursprungs hat man in Oberschlesien bereits im 10. Jahrhundert gekannt. Auch heute noch erfreut sich die Kunst des Eierfärbens und -gravierens großer Beliebtheit. Vor allem das oberschlesische „Kratzei“ ist in Kenner- und Liebhaberkreisen weit verbreitet.

Das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen-Hösel zeigt im Rahmen der Ausstellung „ei-art“ kunstvoll dekorierte und in Wettbewerben prämierte Ostereier. Die im österlichen Ambiente ausgestellten Exponate stammen aus der umfangreichen Sammlung des Freilichtmuseums Oppeln / Muzeum Wsi Opolskiej. Das Gastgeberhaus ergänzt die Präsentation mit einigen ausgewählten Exponaten aus der eigenen Sammlung.

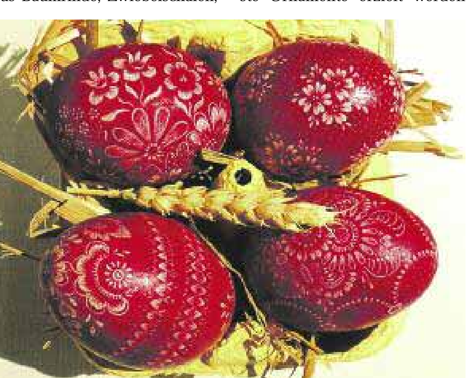
Bei einem Rundgang durch die Ausstellung kann der Besucher nicht nur die Vielfalt der dekorativen und farbenfrohen Eier-Kunst bewundern, sondern auch Wissenswertes über typisch schlesische Osterbräuche erfahren.

Die traditionellen Dekorationstechniken haben sich im Laufe der Jahrhunderte nicht wesentlich verändert. Auch heute noch werden mit einem scharfen Messer Blätter- oder Blumenmotive in die mit natürlichen Farbstoffen aus Baumrinde, Zwiebelschalen, Tannenzapfen, Malven- und Kamilleblüten oder Nussschalen gefärbten Eier geritzt. Zu sehen sind oberschlesische Techniken, die unter den Bezeichnungen Gravur, Ausschaben und Wachsbatik bekannt sind. Für das Gravieren werden verschiedene Ritz- und Schabeinstrumente wie Rasiermesser und spezielle Klingen eingesetzt, mit denen unterschiedlich breite Linien und feinste Ornamente erzielt werden können. Diese Verziertechnik ist vor allem am Oberlauf der Oder besonders beliebt.

Die nach der Gravurmethode verzierten Eier heißen „Kroszonki“, die mit Wachsbatiktechnik gestalteten Exponate wiederum werden „Pisanki“ genannt. Bei den Letzteren werden Ornamente aus heißem Wachs auf die Eier aufgetragen. Wenn er erkaltet ist, werden sie in Farbe getaucht. Da die mit Wachs bestrichenen Flächen die Farbe nicht in die Schale eindringen lassen, bleibt das Muster nach Entfernung der Wachsschicht deutlich sichtbar.

In einigen Regionen werden die Eier auch mit weißem Flechtbinsenmark und farbigen Wollresten oder mit bunten Papierscherenschnitten beklebt.

Das Oberschlesische Landesmuseum hatte übrigens das Thema der Ostertraditionen bereits im vergangenen Jahr aufgegriffen und mit der Ausstellung „Rund ums Ei“ der Öffentlichkeit näher gebracht. Die damalige Ostereierschau aus Gleiwitz erfreute sich eines großen Publikumszuspruches, so dass die Reihe in diesem Jahr mit den prämierten Exponaten aus Oppeln fortgeführt wird. *Dieter Göllner*



Farbenpracht zu Ostern: Oberschlesische Eier Bild: Göllner

Das Oberschlesische Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, Ratingen-Hösel, ist täglich außer montags von 11 bis 17 Uhr geöffnet, der Eintritt beträgt 5 Euro.



Zuerst starb sein Glaube

... und dann der Großvater

Dieser Tage reist der Wahl-US-Bürger Gunter Nitsch durch Norddeutschland – 12. April: Lüneburg, 13. April: Elmshorn, 14. April Uelzen, Informationen unter (040) 398477-15 – und stellt sein Buch „Eine lange Flucht aus Ostpreußen" vor. Schon vor einigen Jahren hat er seine Kindheitserinnerungen in den USA in englischer Sprache unter dem Titel „Weeds like us" veröffentlicht, aber das Interesse aus Deutschland war so groß, dass er das Buch nun auch in die deutsche Sprache übertragen hat. Unterstützung erhielt er nicht nur von dem renommierten Hamburger Ellert & Richter Verlag, er konnte sogar mit Arno Surminski einen renommierten ostpreußischen Autoren für das Vorwort gewinnen. Die Mühe des 1937 geborenen Nitsch hat sich definitiv gelohnt, da nun auch die Präsentation seiner eindringlichen Kindheitserinnerungen deutlich gelungener ist, als es in der englischen Fassung der Fall war.

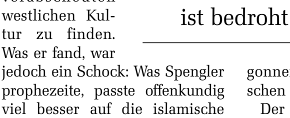
> Eine tragische Flucht aus Ostpreußen

Nitschs Erinnerungen beginnen mit der Schilderung des Hofes seiner Großeltern nahe Schippenbeil, wo der achtjährige Günter, sein zweijähriger Bruder Hubert und die Mutter der beiden sich vor den Kriegsereignissen in Sicherheit begeben haben. Doch im Januar 1945 erreicht der Zweite Weltkrieg auch diese „Insel" und die Familie zieht samt der Schwester der Mutter und deren fünf Kindern im Planwagen gen Pillau. Der Marsch wird zur mehrwöchigen Odyssee, da alliierte Tiefflieger, deutsche Truppenzüge und die eisige Kälte die Flüchtlingskolonne, in die sich die Familie einreiht, stets stoppen. Doch Günter ist voll guten Mutes, da sein über 70-jähriger Großvater die Familie begleitet. Diesem ruhigen, vom Glauben an Gott getragenen Bauern traut der Junge aus tiefstem Herzen. Und tatsächlich führt der alte Mann seine Familie sicher über das gefrorene Frische Haff gen Pillau, doch dort entscheidet man sich wegen der vielen Schiffsunglücke, in einem nahegelegenen Dorf Unterschlupf bei Bekannten zu suchen. Doch wenig später erreicht die Rote Armee das Örtchen, die Familie flüchtet in verschiedene Richtungen und fortan ist Günter mit seiner Mutter, dem Bruder und den Großeltern allein unterwegs. Zwar kann der Großvater Günters Mutter anfangs nicht vor der Vergewaltigung durch sowjetische Soldaten schützen, doch mit Holunderbeersaft weiß man den Angriffen zu begegnen. Und obwohl die Welt um Günter zusammenbricht, scheint er nie zu verzweifeln, da vor allem sein Großvater und seine Mutter trotz aller Gefahren es fast immer schaffen, dem Jungen den Eindruck zu vermitteln, dass alles gut wird. „Unkraut vergeht nicht", so der Galgenhumor seiner Mutter.

Doch in Palmnicken verliert sein Großvater den Glauben an Gott: Er wird von den Sowjets dazu abgeordnet, von der SS ermordete und am Strand verscharrte Juden zu exhumieren. Fortan ist er ein gebrochener Mann. Selbst der Umstand, dass seine zweite Tochter samt Kindern wieder zur Familie stößt, kann ihn nicht trösten. „Warum hat Gott das zugelassen", so der alte Mann immer wieder, der fortan selbst das wenige vorhandene Essen verweigert und wenig später stirbt.

In einem Dorf zwischen Tapiau und Labiau auf einer Kolchose wird den verbliebenen Familienmitgliedern eine Unterkunft samt Arbeit für die erwachsenen Frauen zugewiesen. Eindringlich schildert Nitsch, wie die Familie immer wieder versucht, Nahrungsmittel zu „organisieren", und dabei der Willkür der sowjetischen Machthaber ausgesetzt ist. Erst 1948 geht es gen Westen, doch der Neuanfang ist schwer. Erstens gibt es keinen Ort, wo die Ostpreußen hin können, und zweitens hat der Vater zwar überlebt, weist aber seiner Frau und seinen Kindern die Tür. Zudem erkrankt der kleine Hubert schwer und muss ins Sanatorium. Trotzdem glaubt die Mutter weiter fest, dass ihre Familie eines Tages wieder unter einem Dach leben wird: 1950 erfüllt sich ihr Wunsch. *Rebecca Bellano*

***Gunter Nitsch: „Eine lange Flucht aus Ostpreußen"**, Ellert & Richter, Hamburg 2011, gebunden, 379 Seiten, 19,95 Euro*



Am Ende steht der Untergang

Der Politikwissenschaftler Abdel-Samad hinterfragt die islamische Kultur

Heute feiern die libyschen Aufständischen die europäischen und amerikanischen Kampfflieger, schließen Briten, Franzosen und US-Amerikaner gar in ihre Freitagsgebete ein. Doch wie lange wird die Euphorie dauern? Wann werden sie wieder anfangen, den Westen, die „Kreuzfahrer" zu verfluchen für ihren „Angriff auf die arabische Welt"? Und: Woraus nährt sich überhaupt dieses zutiefst zerrissene Bild vom Westen im Orient.

Genau dieser Frage ist der deutsch-ägyptische Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad in „Der Untergang der islamischen Welt – Eine Prognose" auf den Grund gegangen. Seine Antwort: Das widersprüchliche, zwischen Bewunderung und Verachtung schwankende Verhältnis zur abendländischen Kultur speist sich aus dem zerrissenen Verhältnis der Araber zu ihrer eigenen, muslimischen Kultur.

Abdel-Samad hat die zwiespältige Haltung zum Abendland am eigenen Leibe durchlebt. In seinem Buch beschreibt er, wie er voller Neugier und Erwartung als Student nach Deutschland gekommen sei, um Wissen zu erlangen und in Freiheit zu leben. Bald jedoch habe ihn die reale Freiheit überfordert. Er habe begonnen, seine eigene Kultur zu verklären und die des Westens zu verachten: „Ich liebte es, Deutschen zuzuhören, die sich selbst zerfleischten und die eigene Kultur geißelten."

In Oswald Spenglers „Der Untergang des Abendlandes" hoffte er, die geistige Analyse des unvermeidlichen Niedergangs der verabscheuten westlichen Kultur zu finden. Was er fand, war jedoch ein Schock: Was Spengler prophezeite, passte offenkundig viel besser auf die islamische Kultur als auf die westliche. So schrieb der deutsche Autor davon, wie eine an sich selbst müde gewordene Kultur in ihrer Endphase erstarrt und sich schließlich „zurücksehnt ... in das Dunkel urseelenhafter Mystik, in den Mutterschoß, ins Grab zurück".

> Aber auch das Abendland ist bedroht

In diesem Zustand sieht der Sohn eines ägyptischen Imams die islamische Welt. In seinem Buch begibt sich Abdel-Samad tief in die Geschichte des Islam, um zu ergründen, wo diese Agonie ihren Anfang nahm. In seiner dynamischen Anfangsphase habe der Islam den freien Wissenschaften gehuldigt, auch der Glaube selbst habe sich kontinuierlich weiterentwickelt. Die heute immer wieder zu hörenden Hinweise auf die einstige Vitalität und Kreativität der islamischen Welt beziehen sich nicht von ungefähr auf diese Epoche, die im hohen und späten Mittelalter ihr Ende fand. Danach sieht der Autor die islamische Welt in eine dogmatische Starre sinken. Hier hätte das Abendland begonnen, seinen morgenländischen Nachbarn abzuhängen.

Der Zorn auf den Westen sei vor allem Scham und Neid geschuldet, dass man selbst so weit zurückgefallen ist. Ein Schuldiger muss her, will man die Schuld nicht bei sich selbst suchen. Dabei jedoch verbissen sich viele Muslime umso stärker in jene „urseelenhafte Mystik", welche uns in Gestalt des radikalen Islam heute begegnet.

Für die Zukunft sieht Abdel-Samad gewaltige Gefahren: Noch halte der Ölreichtum etlicher arabischer Länder die Lage halbwegs stabil. Doch eines Tages werde das schwarze Gold erschöpft sein. Dann werde es ernst, bei weitem nicht nur für die islamische Welt. Der Autor sieht für die Zeit nach dem Öl eine gewaltige Völkerwanderung losbrechen, die alle bisher bekannten Ausmaße von Immigrantenströmen gen Norden sprengen wird. Dann allerdings wäre es vom „Untergang der islamischen Welt" zum „Untergang des Abendlandes" wohl nur noch ein kurzer Weg.

Hamed Abdel-Samads Buch bringt in gefälligem Deutsch erhellende Einblicke in eine Welt, deren Denken und Fühlen uns immer rätselhaft erscheint. Vieles, was einem Europäer zunächst widersprüchlich, ja unerklärlich erscheint, erscheint hier in seinen Zusammenhängen. Obwohl das Buch kurz vor der „Arabellion" geschrieben wurde, ist es auch bei der Beurteilung der Volksaufstände und ihrer möglichen Folgen ein wertvoller Begleiter. *Hans Heckel*

***Hamed Abdel-Samad: „Der Untergang der islamischen Welt – Eine Prognose"**, Droemer, München 2010, kartoniert, 240 Seiten, 18 Euro*

So geht's legal zum Doktortitel

Ingo von Münch, einst Hamburgs Zweiter Bürgermeister, gibt Promotionstipps

Hätten Karl-Theodor zu Guttenberg oder die Stoiber-Tochter nur dieses Buch gelesen, dann wäre das Malheur mit der Doktorarbeit nicht passiert! Ingo von Münch, selbst Juraprofessor und Doktorvater von über 100 Promovenden, hat diesen Ratgeber schon 2002 verfasst, als Karl-Theodor zu Guttenberg gerade mit seiner Arbeit begann. Seitdem ist das Buch ein Bestseller geworden und erscheint bereits in dritter Auflage.

Das Buch befasst sich mit allen Fragen rund um die Promotion und ist ein guter Ratgeber für alle, die promovieren wollen. Gefährlich wird das Buch allerdings als Geschenk für alle, die bereits promoviert haben. Sie könnten im Nachhinein – und dann wäre es vielleicht zu spät – erkennen, was sie alles versäumten.

Das betrifft übrigens nicht nur den Doktoranden, sondern auch die Fakultät. Münch erklärt nämlich sehr deutlich, dass der Doktorgrad nicht von einem „Doktorvater" alleine, sondern von einer ganzen Fakultät verliehen wird. Angewendet auf die juristische Fakultät in Bayreuth hieße das also, dass dort unglaublich schlampig gearbeitet worden ist.

Das Buch ist, was bei Sachbüchern dieser Art durchaus selten vorkommt, vergnüglich zu lesen. Der Autor führt locker und geistreich die Feder. Schließlich war er auch einmal Zweiter Bürgermeister der Hansestadt Hamburg und Wissenschafts- und Kultursenator. Er hat nicht nur alle Höhen und Tiefen des juristischen, sondern auch des politischen Lebens durchschritten. Viele kleine Anekdoten erleichtern das Lesen.

Es gibt tatsächlich Leute, berichtet Münch, die mit allerlei zweifelhaften Angeboten versuchen, die Würde des Doktorgrades zu erlangen. Das Buch ist „hintersinnig", schrieb die „Neue Zürcher Zeitung", weil es einem „Satiriker unerschöpfliches Material für eine ‚Kritik der Promotion' böte". Das würde etwa für den „Doktor pecuniae causa" (des Geldes wegen) gelten, wo Promovenden in osteuropäischen Ländern Doktortitel erkaufen und dann feststellen, dass sie ihn in Deutschland gar nicht führen dürfen. Oder der Unternehmensberater, der vor Gericht um die Rückgabe von 40000 D-Mark kämpfte, die er gutgläubig einem Betrüger für die Ausarbeitung seiner Doktorarbeit überwiesen hatte – und nun ohne Geld und ohne Doktor dastand.

Davon abgesehen führt von Münch mit praktischen Hinweisen durch den jahrelangen Dschungel einer juristischen oder geisteswissenschaftlichen Promotion. Hier kann teures Lehrgeld vermieden werden. *Hinrich E. Bues*

***Ingo von Münch: „Promotion"**, Mohr Siebeck, 217 Seiten, 19 Euro*

Alle Bücher sind über den PMD, Mendelssohnstraße 12, 04109 Leipzig, Telefon (03 41) 6 04 97 11, zu beziehen.

Im Gruselkabinett der Lebenshilfe

Ex-Kanzler-Sohn Walter Kohl jammert und langweilt mit Plattitüden

Er absolvierte ein Studium an der Harvard University, kann ein Diplom als Volkswirt aus Wien vorweisen und als Sahnehäubchen einen in Frankreich erworbenen Master of Business Administration. An der Wall Street war er Investment Banker, heute ist er in der Automobilzulieferindustrie selbständig. Sieht so ein verfahrenes Leben aus?

Doch genau das ist es, was Walter Kohl dem Leser in seinem Buch „Leben oder gelebt werden – Schritte auf dem Weg zur Versöhnung" nahezubringen versucht. Furchtbar schwer sei es für den 1963 geborenen Sohn des CDU-Politikers und langjährigen Bundeskanzlers Helmut Kohl gewesen. Immer habe er nur als der „Sohn vom Kohl" gelebt. Gleich am ersten Schultag des kleinen Walter habe es Auseinandersetzungen gegeben – böse Mitschüler, von ihren Eltern aufgehetzt, ließen ihn gleich spüren, was diese von seinem Vater hielten. Nicht für das was er war, habe es Schläge gegeben, sondern für das, was ihm zugeschrieben wurde. Bis in die Bundeswehrzeit erstreckten sich die Schikanen.

Der Vater sei eher als Gast denn als Elternteil erschienen, dessen wahre Familie sei die CDU gewesen. Hannelore Kohl habe sich ihrem Mann untergeordnet und sich durch Disziplinorientierung die eigene Lebensgestaltung verbaut. Walter habe die Mutter unterstützen müssen, mit der Folge, dass er sich immer mehr in sich zurückgezogen habe. Als Opfer habe er sich gefühlt und die Opferrolle bereitwillig angenommen.

Ist man zu Beginn der Lektüre noch geneigt, Verständnis für ein unter fraglos nicht immer einfachen Umständen aufgewachsenes „Prominentenkind" aufzubringen, so wandelt sich der Eindruck doch relativ schnell: Erfährt man etwas, was man sich nicht ohnehin schon hätte denken können? Das ständig wiederholte Leiden eines Menschen, der immer nur der „Sohn vom Kohl" gewesen sei, wirkt peinlich. Gab es in dieser Kindheit und Jugend wirklich nur Negatives? Für Studium und Beruf ging es für einige Jahre nach Amerika. Später kehrte Walter Kohl zurück, immer noch leidend unter dem Vater, dessen politisches Talent er aber nie in Frage stellt.

> Autor fühlt sich immer nur als Opfer

Eine einzige Anekdote findet sich: Als kurz vor Weihnachten 1989 das Brandenburger Tor geöffnet wurde, bejubelte die Menge Helmut Kohl, der DDR-Ministerpräsident Hans Modrow hingegen war in Gefahr, tätlich angegriffen zu werden. Walter Kohl, den man für einen BKA-Mann hielt, wurde von der hilflosen Stasi gebeten, bei der Abschirmung Modrows zu helfen.

Die nicht allzu interessante Geschichte des Kanzlersohns ist das eine. Vollends aus dem Ruder läuft der Lebenshilfeteil: Walter Kohl gibt Unterricht: Wie er sein Opferdasein überwand, wie man den „Weg zur Versöhnung" beschreitet. Eine Plattitüde reiht sich an die nächste, es ist eine gruselige Ansammlung von Gemeinplätzen: „Wir alle sind mit Blindheit geschlagen. Doch indem sich die Herzen öffnen, können wir unser geistiges Nicht-Sehen überwinden" oder „Versöhnung tilgt jede alte Schuld" oder „Versöhnung muss bewusst erarbeitet werden."

Die Versöhnung war so erfolgreich, dass Helmut Kohl seit geraumer Zeit nicht mehr mit seinem Sohn redet. Und es gibt noch eine Frage, die sich aufdrängt: Warum wurde dieses aussagearme Buch jetzt geschrieben? Spielt es eine Rolle, dass eine derartige Veröffentlichung unmittelbar nach dem Ableben des gesundheitlich sehr angeschlagenen Altkanzlers kein gutes Licht auf Autor und Verlag geworfen hätte, ein weit dahinter liegender Zeitpunkt aber bezüglich der Verkaufszahlen ungünstig gewesen wäre? Man hofft, dass derartige Gedanken nur Spekulation sind. *Erik Lommatzsch*

***Walter Kohl: „Leben oder gelebt werden – Schritte auf dem Weg zur Versöhnung"**, Integral Verlag, München 2011, 273 Seiten, 18,99 Euro*

Weitere neue Titel

***Michael Brückner: „Bankencrash – Wenn Geldhäuser zu Pulverfässern werden"**, edition winterwork, Borsdorf 2011, broschiert, 108 Seiten, 12,90 Euro*

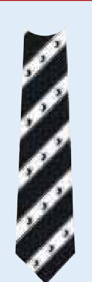
***Udo Roskowski (Hrsg.): „Erinnerungen eines Danziger Bowke"**, BoD, Norderstedt 2011, broschiert, 140 Seiten, 9,90 Euro*

***Ilse Schier-Weimann: „Die Frau hinter der Theke – Lebensgeschichte einer ostpreußischen Berlinerin"**, Frieling, Berlin, broschiert, 180 Seiten, 12,90 Euro*

***Emil Karl Stöhr: „Wiedersehen in Dresden – Eine deutsche Bildungsreise"**, Eigenverlag Dr. Emil Karl Stöhr, Geiselsteinstraße 6, 86956 Schongau, 195 Seiten, broschiert, 8,50 Euro*

***Landsmannschaft Westpreußen: „Westpreußen-Jahrbuch 2011"**, Münster 2011, broschiert, 208 Seiten, 15 Euro*

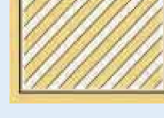
Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß
mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

je € 29,95





Damen- Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch,
Maße: 70x70 cm
Best.-Nr.: 7092

Die Geschenkidee zu Ostern- Nur bei uns!



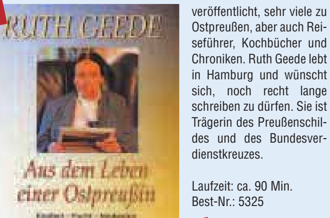
Uwe Rada
Die Memel
Kulturgeschichte eines europäischen Stromes
Geb., 366 Seiten mit SW-Fotos im Text, 8 farb. Fototafeln
Best.-Nr.: 7077, € 19,95



Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube.
Leder mit Metallbeschlägen.
Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 129,95

Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin





Kindheit und Jugend, Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit, Flucht aus Königsberg, Neubeginn nach KriegsendeRuth Geede wurde 1916 in Königsberg geboren und veröffentlichte bereits 1934 Märchen und Erzählungen in Zeitschriften, sowie erste Rundfunkbeiträge für den Reichssender Königsberg. Es folgten bald plattdeutsche Sagen und Erzählungen, Dramen und Lustspiele. Sie leitete 40 Jahre die Redaktion eines Niedersächsischen Zeitungsverlages in Hamburg. Außerdem ist sie Mitarbeiterin der ersten Stunde beim Ostpreußenblatt / Preußische Allgemeine Zeitung und hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, sehr viele zu Ostpreußen, aber auch Reiseführer, Kochbücher und Chroniken. Ruth Geede lebt in Hamburg und wünscht sich, noch recht lange schreiben zu dürfen. Sie ist Trägerin des Preußenschildes und des Bundesverdienstkreuzes.

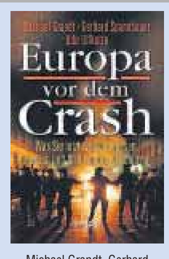
Laufzeit: ca. 90 Min.
Best.-Nr.: 5325

Angebot gültig bis Ende Mai 2011

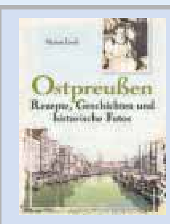
€ 9,95



Josef Wimmer
Ich war dabei...
Polen, Nordfrankreich, Krim, Stalingrad, Kuban, Italien, Normandie, Ardennen
Geb., 352 Seiten,
Best.-Nr.: 7083, € 25,00



Michael Grandt, Gerhard Spannbauer, Udo Ulfkotte
Europa vor dem Crash
Gebunden, 336 Seiten
Best.-Nr. 7081, € 19,95



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb. Buch, Pappband, 128 Seiten, 17,0 x 23,0 cm
Best.-Nr.: 7085, € 9,95

Elch, großes Standbild

Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm,
Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013



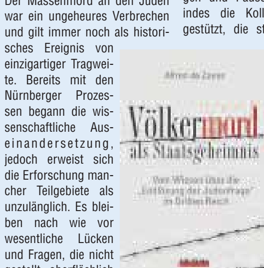


€ 149,95



Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000,
Karte 75 x 50 cm, gefalzt,
15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7067, € 5,95

Alfred de Zayas
Völkermord als Staatsgeheimnis
Vom Wissen über die „Endlösung der Judenfrage" im Dritten Reich
Der Massenmord an den Juden war ein ungeheures Verbrechen und gilt immer noch als historisches Ereignis von einzigartiger Tragweite. Bereits mit den Nürnberger Prozessen begann die wissenschaftliche Auseinandersetzung, jedoch erweist sich die Erforschung mancher Teilgebiete als unzulänglich. Es bleiben nach wie vor wesentliche Lücken und Fragen, die nicht gestellt, oberflächlich behandelt oder willkürlich interpretiert werden. Vor allem aber bleiben die entscheidenden Fragen: Was hat der Durchschnittsdeutsche, der Beamte, der Soldat über den Holocaust erfahren, wann und wie viel? Der amerikanische Historiker und Völkerrechtler Alfred de Zayas identifiziert in diesem Buch die Rolle der Geheimhaltung im Dritten Reich, insbesondere des Führerbefehls Nr. 1 vom 11. Januar 1940 als entscheidend für die Durchführung des Völkermordes. In jüngster Zeit wirdvon einigen Historikern behauptet, dass der Holocaust ein offenes Geheimnis gewesen sei.Den Beweis haben sie nicht erbracht, denn Mosaiksteine – Gerüchte, Feldpostbriefe, Auslandssender – sind kein Wissen. Mit Verallgemeinerungen und Pauschalurteilen wird indes die Kollektivschuldthese gestützt, die stets eine ernste Verletzung der Menschenrechte darstellt. Der Autor würdigt nicht zuletzt auch die Motive der Mitglieder des deutschen Widerstandes, die in vielen Fällen wegen ihres Teilwissens über den Holocaust den Staatsstreich wagten. Dieses Buch ist das Ergebnis von mehr als 35 Jahren Forschung in amerikanischen, britischen, deutschen und schweizerischen Archiven sowie Hunderten von Interviews mit Zeitzeugen. De Zayas setzt sich mit den Forschungsergebnissen anderer Wissenschaftler bis Ende 2010 kritisch auseinander.
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7082





€ 26,90



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Andreas Argens
Lügen bis zum Untergang
Münchhausens Finanzkartenhaus
Unsere gegenwärtige Geldsystemkrise ist nicht gelöst, sondern nur übertüncht. Der Bevölkerung wird statt dessen verstärkt eine Scheinwelt von Aufschwung und Geldsicherheit eingeredet. Alle Selbstreinigungsprozesse, durch die sich unser Wirtschafts- und Finanzsystem so lange auszeichneten, wurden durch Trug und Manipulationen aufgehoben. Seit 2008 wurde klar, daß die Banken als Bürge unserer Spargelder ausfallen. Gerettet wurden sie von Staaten mit unglaublichen Summen frischer Kredite, mit denen sich die gleichen Staaten zwischenzeitlich selbst beleihen, um eigene alte Kredite zu verlängern. Ohne daß der Bürger es merken soll, hat die reale Wirtschaft immer weniger Einfluß auf die Bilanzen der Banken, die Fitneß der Staaten und die Gesundheit unserer Währungen. Am Casino der Finanzmärkte, wo schon die letzte Krise durch Gier und Betrug ausgelöst wurde, geht es, durch billiges Papiergeld angetrieben, fast unkontrolliert in immer astronomischeren Summen um das Schicksal ganzer Länder und Kontinente. Von einem Schutzwall aus Lügen umgeben, rückt so die Stunde der globalen Abrechnung immer näher. Natürlich kann niemand den Zeitpunkt des Kollapses genau vorhersagen. Es gibt aber sichere Anzeichen, an denen jeder erkennen kann, wann die Gefahr für das finanzielle Kartenhaus akut wird. Niemand sollte hier auf die Apokalypse wetten, aber jeder sollte sich vorbereiten.

Geb., 368 Seiten,
80 Abbildungen
Best.-Nr.: 7093

€ 19,80

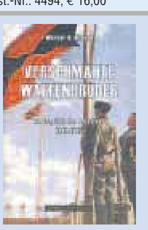
E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung



In diesem Buch werden die entsetzlichen Erlebnisse und Leiden der Vertreibung aus Ostpreußen 1944/45 von einem Opfer in Tagebuchform aufgezeichnet. So wie sie haben zahllose Deutsche durch diese Hölle gehen müssen. Viele hat die Wucht und diese grausame Scheußlichkeit des Erlebten den Mund verschlossen, viele Überlebende haben nicht davon sprechen können. So stehen diese Aufzeichnungen in Tagebuchform für das Schicksal von Zehn- ja hunderttausenden, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben und verschleppt wurden, die gequält, gefoltert und ermordet worden sind. Der fortlaufende Text des Tagebuches wurde von Prof. E. Windemuth ergänzt durch eine Anzahl wichtiger dokumentarischer Einblendungen und Zeugnisse.

Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00

2 CDs
Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Merlene Dietrich,u.v.a
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074, € 12,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Werner H. Krause
Verschmähte Waffenbrüder
Die Tragödie der Ostvölker 1941- 1945
Geb., 382 Seiten
Best.-Nr.: 7089, € 29,80

Hagen Mörig
Ein Wiedersehen mit Trakehnen- Erlebnisse eines freiwilligen Helfers
Kart., 357 Seiten
Best.-Nr.: 6421, € 24,80

Klaus Marczinowski
Frieda Jung - Leben und Werk
Freud und Leid im Leben einer ostpreußischen Dichterin
Kart., 156 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
Best.-Nr.: 6655, € 7,95



Frieda Jung
In der Morgensonne- Kindheitserinnerungen
Kart., 167 Seiten
Best.-Nr.: 7088, € 7,95

Erich Murawski
Der Kampf um Pommern
Die letzten Abwehrschlachten im Osten
Diese umfangreiche und detailgenaue Dokumentation behandelt die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee von Januar 1945 bis zur Kapitulation im Mai 1945. Murawski gelingt es, die verzweifelten, erbittert-harten und außerordentlich verlustreichen Abwehrkämpfe der deutschen Truppen anschaulich darzustellen. Vom Zusammenbruch der deutschen Ostfront an der Weichsel bis zu den letzten Absetzbewegungen der zerschlagenen deutschen Truppen nach Mecklenburg und über die Ostsee werden alle wesentlichen militärischen Aktionen beschrieben. Der Autor konnte dazu neben deutschen und sowjetischen Quellen auswerten. Ein wissenschaftlich fundiertes Werk von großer militär- und landesgeschichtlichen Bedeutung!

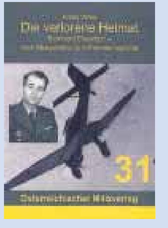
Geb., 512 Seiten, gebunden, Hardcover, 16 Seiten Bilder, zahlreiche militärische Lageskizzen
Best.-Nr.: 7078

Neuauflage

€ 24,80



General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Geb., 160 Seiten (mit 8 militärischen Lageskizzen) + 16 Bilderseiten
Best.-Nr.: 1318, € 16,80



Adele Wilke und Bernhard Ellwanger
Die verlorene Heimat
Kart., Format A5, 250 Seiten, 30 Abb.
Best.-Nr.: 7090, € 21,90

Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen
Arno Surminski führt in diesen authentischen Lebenslauf eines ostpreußischen Jungen ein.Gunter Nitsch erzählt die Geschichte seiner Familie, die im Februar 1945 über das zugefrorene Frische Haff vor der Roten Armee flieht, um dann doch nicht in den Westen zu gelangen, sondern in Palmnicken an der Ostsee den Russen in die Hände zu fallen. Bis dahin verbrachte Gunter Nitsch, damals sieben Jahre alt, eine unbeschwerte Kindheit auf dem Bauernhof seines Großvaters in Langendorf im Herzen Ostpreußens. Doch dann brach eine Hölle von Gewalt, Chaos und Hunger los. Die Helden der Erinnerung sind der Großvater und die Frauen der Familie. Den ganzen Tag schuften sie auf einer russischen Kolchose östlich von Königsberg. Zwischendurch und nachts organisieren sie das bisschen Essen, das das Überleben ermöglicht. Die „lange Flucht" dauerte dreieinhalb Jahre, und sie endete in einem Flüchtlingslager in der Lüneburger Heide. Die Geschichte liest sich wie ein Abenteuerroman, war aber traurige Realität.



NEU

Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7084

€ 19,95

Hans von Ahlfen
Der Kampf um Schlesien 1944 / 1945
Ein authentischer Dokumentarbericht
Der Verfasser dieser groß angelegten, systematischen Darstellung über die Kriegsereignisse in ganz Schlesien, Generalmajor Hans von Ahlfen, hat dort selbst gekämpft. Durch mühevolle Forschungen, durch Befragungen vieler Persönlichkeiten – von Oberbefehlshabern der Armeen bis zu Bataillonsführern, von hohen Verwaltungsbeamten bis zu einfachen Flüchtlingen – sowie durch das Studium neu erschlossener Quellen konnte er das ergänzende authentische Material erarbeiten, das, zusammen mit seinen persönlichen Erinnerungen, diesem Dokumentarbericht zugrunde liegt. Der gesamte Ablauf des Kampfes vor, in und um Schlesien ist hier in klarer Gliederung dargestellt. Dabei wird nicht nur über das Geschehen an der Front, sondern auch über die Ereignisse im Hinterland und über die Schrecken der Flucht berichtet. Im Anhang finden sich unter anderem die Namen der am Kampf beteiligten Einheiten sowie wichtige Zeitdokumente mit Lagekarten.



Geb., 285 Seiten (mit 10 militärischen Lageskizzen) + 16 Bildseiten
Best.-Nr.: 7086

€ 19,80



Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80



Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Deutsche Fallschirmpioniere
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800,
statt € 9,90 nur noch € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 14/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Zweite Karriere für Preußischblau

Berlin – Der Atom-Unfall in Japan brachte erstaunlicherweise die preußischen Soldaten wieder ins Gespräch, genauer gesagt, ihre Uniformen. Der 1706 entwickelte künstliche Farbstoff, der den preußischen Soldatenuniformen ihren markanten preußischblauen Farbton gab, hat nämlich dank der Berliner Firma Heyl eine zweite Karriere als Medikament gemacht. Die Firma entdeckte nämlich, dass der in Preußischblau enthaltene Wirkstoff bei Reaktorunfällen freigesetzte Stoffe wie Cäsium aus dem Körper schwemmt. Seit 2010 hat das Berliner Unternehmen für Japan die Zulassung für das unter dem Namen „Radiogardase“ geführte Medikament. *Bel*

Zuerst kommt der Despot

Harare – Eigentlich wollte Morgan Tsvangirai Simbabwe in eine neue Zeit führen, doch obwohl er 2009 nach zähen Ringen mit Präsident Robert Mugabe das Amt des Regierungschefs übernehmen durfte, kann er kaum Einfluss nehmen. Mugabes Staatspartei verweigert Tsvangirais Finanzminister die Auskunft, was 2010 mit 174 Millionen Euro Einnahmen aus Diamantengeschäften wurde. Außerdem verbrauchte Mugabe im ersten Quartal bereits einen Reiseetat, der über der Hälfte des Jahresbudgets liegt, der der Regierung für die Gesundheitsversorgung aller Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst zur Verfügung steht. *Bel*



Herr Rösler ist zu Höherem berufen.

Geplatzte Seifenblasen

Der unglaubliche Guido patzt / Warum nicht alle im Boot rudern / Vorbereitungskurs für die Steinzeit / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Für den Bundesaußenminister reicht es noch? Aber nicht für den Vorsitz einer Partei, die bundesweit gerade mal auf 72000 Mitglieder kommt? Diese Differenzierung zwischen Voraussetzungen und Ansprüchen gibt Rätsel auf. Doch Anspruch und Wirklichkeit trennen bei der Partei der Freien Demokraten seit einiger Zeit Welten, warum also nicht auch bei der Frage, weshalb für ein höchstes Staatsamt gut ist, wer für die Partei nicht taugt.

Sein oder Schein, das ist hier die Frage. Schon länger ist sie das. Auch jetzt, wenn es darum geht, wer diese Partei künftig zu neuen anspruchsvollen Höhenflügen führen soll, nachdem der Überflieger Westerwelle die Reißleine ziehen musste. Sanfter wird sein Abflug dadurch nicht.

Und nun? Nun kommt ein anderer, der alles anders und besser machen wird. Und der sich bewähren kann, wenn er so schöne schillernde Seifenblasen fabriziert, wie es einst Guido Westerwelle vorgemacht hat.

Bei Seifenblasen, das weiß man schließlich, kommt es überhaupt nicht auf den Inhalt an, Seifenblasen haben keinen. Wichtig ist allein die blinkende Hülle, damit kann man mächtig Eindruck schinden. So viel, dass es offenbar noch für einen netten Posten als Außenminister der Bundesrepublik ausreicht. Soviel Abfederung des Absturzes wird man doch wohl noch erwarten dürfen nach all den aufopferungsvollen Jahren am großen Gebläse der Seifenblasenfabrikation.

Diese hohe Kunst der Schaumschlägerei sollte ersteinmal einer Guido Westerwelle nachmachen. Einen wie ihn, den finden sie alsbald nicht mehr, das wissen die jungen Freien Radikalen. Von Guidos Boys wollte darum keiner den Dolch zücken. Jeder duckte sich weg, als in den Medien die Namen möglicher Nachfolger Westerwelles längst munter gewürfelt wurden. Rösler? Lindner? Bahr? Einer wie der andere. Leutheusser-Schnarrenberger? Immerhin kein Geschöpf des Guido. Letztendlich aber geht es immer nur um Namen, keinesfalls um unterscheidbare Standpunkte, die mit einem dieser Namen verbunden sein könnten. Könnte es sein, dass es diese festen Standpunkte gar nicht gibt? Oder dass sie aus nachvollziehbaren Überlegungen verdeckt gehalten werden? Heute vertritt man keinen Standpunkt, sondern steht für Inhalte. Das sei so ziemlich das gleiche, wird uns gesagt, aber das stimmt nicht. Ein Inhalt ist leichter auszutauschen als ein Standpunkt. Aber egal, bei dem munteren Namenwürfeln der Freien Demokraten geht es schließlich nicht einmal um Inhalte.

Fest standen sie also um ihren in China weilenden Meister der Luftnummern. Bis ein etwas kräftigerer Windstoß sie umfegte, allesamt. Von wegen, es interessiere hierzulande niemanden, wenn in China ein Sack Reis umfalle. Mag schon sein. Aber wenn einer beim Besuch in China hört, wie zuhause seine Anhänger purzeln, dann dürfte er bei seinem pflichtschuldigen Lob des demokratischen Systems nicht eben überzeugend auf seine Gastgeber gewirkt haben.

> Hans-Peter Friedrich meint doch, sich einen eigenen Standpunkt leisten zu können. Verrückt der Mann!

Immerhin, die Erde brennt und die FDP hat hierzulande die Schlagzeilen. In Libyen reduzieren Gaddafis Söldner das Staatsvolk, und bei uns wird gefragt, was der Westerwelle macht. Im Jemen und in Syrien werden Demonstranten gejagt wie die Hasen, und bei uns wird gefragt, ob sich der Rösler erklärt. An der Elfenbeinküste schlagen die Krieger eines Dunkelmannes den Kriegern eines anderen Dunkelmannes die Köpfe blutig, und bei uns wird gefragt, ob Leutheusser-Schnarrenberger einen Versuch wagt. In Japan rast der Zeiger der Katastrophenuhr immer schneller auf High Noon zu, und bei uns wird gefragt, ob der Lindner nicht allzu forsch das Aus für alte Kernkraftwerke gefordert hat. Aus dieser Aufstellung ist manches zu ersehen, vor allem die universelle Bedeutung der genannten freidemokratischen Politiker. Wer so viel Bedeutung hat, der muss nicht mehr kleinlich nach unterscheidbaren Inhalten oder Standpunkten befragt werden.

Im Zweifelsfall ist es sowieso schädlich, einen eigenen Standpunkt zu haben. Ganz besonders schädlich ist es sogar, einen abweichenden Standpunkt zu haben. Das ist oft genug an dieser Stelle beklagt worden und trotzdem gibt es immer wieder Leute, die meinen, sich einen eigenen und abweichenden Standpunkt leisten zu können. Innenminister Hans-Peter Friedrich zum Beispiel. Er wird schon noch sehen, was er davon hat, den Islam nicht zum deutschen Kulturgut zu zählen. Ordentlich eins auf die Mütze hat er schon bekommen – von den üblichen Haudraufs. Und als der Mann dann auch noch den Vorschlag machte, durch eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Muslimen und deutschen Sicherheitsbehörden islamistische Extremisten frühzeitig zu erkennen, da war es vollends aus. Sicherheitspartnerschaft, so etwas dürfen wir am Hindukusch machen, dort dürfen wir eine angebliche gemeinsame Freiheit verteidigen. Aber hier, in diesem unserem Land? Allah bewahre! Wer solch einen Vorschlag macht, der fördert „eine bedenkliche Kultur des Denunziantentums unter den Muslimen“, dem wird schlicht die Fähigkeit abgesprochen, die Deutsche Islamkonferenz zu leiten. Offenbar ist schon der Gedanke verwerflich, ein gemeinsam besetztes Boot könne auch getrost gemeinsam gerudert werden.

Die Kanzlerin allerdings möchte gemeinsam rudern. Alle möchte sie ins Boot holen, wenn sie auf Kurs Energiewende steuert. Ein richtig großer Dampfer soll das werden. Dagegen sitzt die „Ethikkommission für sichere Energieversorgung“, die in dieser Woche erstmals zusammenkam, allenfalls in einer Nussschale als Lotsenboot. Angesichts der „gefühlten Sicherheitslage“ der Nation wird das Harmoniebedürfnis schier grenzenlos. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) möchte gar Seit an Seit mit der SPD und den Grünen schreiten und „binnen weniger Monate den Atomkampf beenden, der die Republik über Jahrzehnte gespalten hat“. So eine Rolle rückwärts verschlägt den Atem, sogar den umworbenen Sozialdemokraten und Grünen. Die Rolle als errötende Jungfrau gefällt SPD-Gabriel und Grünen-Özdemir so gut, dass sie sich noch eine ganze Weile zieren werden. Die Bittsteller werden kaum umhin kommen, das Büßerhemd anzulegen.

Angesichts des „nationalen Energiekonsens“, nach dem Norbert Röttgen im Auftrag der Kanzlerin strebt, wird auch manche rätselhafte bis befremdliche Entscheidung der vergangenen Wochen verständlich. Zwar hat Angela Merkel ihr Wort vom schwarz-grünen Hirngespinst noch nicht zurückgenommen (obwohl das sehr schnell gehen kann, wie wir nahezu täglich erfahren), aber eine Rücknahme ist auch gar nicht notwendig, da die Kanzlerin offenbar ein sehr viel größeres Ziel im Auge hat. Ein schwarz-gelb-rot-grünes Bündnis, das wäre es! Die ganz Roten, die dürften nicht mitspielen (jedenfalls vorerst, nicht auf Bundesebene), einer muss schließlich übrigbleiben zum Meckern. Ein nationales Bündnis, die Bürger in einem breiten Strom der Mehrheit, das ist der politische Auftrag für Notzeiten. Und ist nicht gerade Notzeit, wenn gerade alle Sicherungen durchknallen? Sogar Jürgen Trittin hat schließlich gesagt: "Ich kenne nur noch bürgerliche Parteien." Wenn das keine Annäherung ist. Es ist Frühling, die Liebe erblüht, da knallen bekanntlich ein paar Sicherungen mehr durch.

Wenn infolge dessen dann die Lichter ausgehen, sollte man besser auf das einfache Leben nach der Energiewende vorbereitet sein. Wer weiß denn, ob diese Energiewende nicht erst in der Steinzeit endet? Schließlich erleben wir, wie radikal eine Rolle rückwärts sein kann. Verantwortungsvolle Pädagogen bereiten die ihnen anvertrauten Kinder schon auf den Fall der Fälle vor. In der kleinen Gemeinde Ratekau im schönen Kreis Ostholstein haben Lehrer dafür ein Projekt „Steinzeit“ organisiert. Da durfte zehn- und elfjährige Kinder ein Kaninchen erst streicheln und dann durfte sie zusehen, wie das Kuscheltier mit einem Hammer erschlagen wurde. Abgezogen und ausgenommen wurde das Tier schließlich auf dem Schulhof gegrillt und gemeinsam verspeist. Einige Leute haben sich darüber aufgeregt. Es gab aber auch etliche Leute, die die Form der Erlebnisgastronomie richtig gut fanden. Die sind wohl allen anderen auf dem Weg in die Steinzeit schon ein ordentliches Stück voraus.

Hans Heckel ist derzeit im Urlaub.

ZUR PERSON

Obamas Kriegerin

Libyens „Revolutionsführer“ Muammar Gaddafi kokettiert gern damit, dass er sich von einer Amazonen-Truppe beschützen lässt. Jetzt ist es ausgerechnet eine Frau, die ihm gefährlich wird. Generalmajor **Margaret Woodward** kommandiert vom deutschen Ramstein aus die US-Luftstreitkräfte, die über Libyen im Einsatz sind. Damit ist sie zugleich die erste Frau überhaupt, die einen Kriegseinsatz US-amerikanischer Streitkräfte führt.

Die 1960 geborene Woodward trat nach einem Studium der Luft- und Raumfahrttechnik 1983 in die US-Luftwaffe ein. Da Frauen damals keine Kampfeinsätze fliegen durften, wurde sie nach dem Erwerb der Pilotenlizenz zunächst Fluglehrerin. Später schulte sie auf Tankflugzeuge um und flog Einsätze bei der US-Invasion in Panama 1989 und im Balkankrieg. Von 2007 bis 2009 kommandierte sie das 89. Lufttransportgeschwader, zu dem auch die Präsidentenmaschine „Air Force One“ gehört. Insgesamt hat sie 3800 Flugstunden auf verschiedenen Mustern vorzuweisen. Seit Sommer 2010 befehligt sie die 17. US-Luftflotte in Ramstein. Damit unterstehen ihr die Luftstreitkräfte des US-Regionalkommandos Afrika in Stuttgart, das für Militäroperationen in 53 afrikanischen Ländern zuständig ist.



Vorgesetzte, Kameraden und politische Beobachter trauen ihr zu, dass sie bald über die Station des Generalstabschefs in eine Regierungsamt aufsteigen könnte. *J.H.*

MEINUNGEN

Albrecht Rothacher zieht in der „Jungen Freiheit“ vom 1. April einen interessanten Vergleich zwischen Deutschland und Japan:

„Die derzeitigen Schadensschätzungen in Japan bewegen sich zwischen jenen der Weltbank von 86 bis 165 Milliarden Euro und denen der japanischen Regierung von 217 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Dies entspricht in etwa den Kosten und Risiken der Euro-Rettungsschirme für den deutschen Steuerzahler ganz ohne Erdbeben und Sturmfluten.“

Kurt Lauk, Präsident des CDU-Wirtschaftsrates, erklärt im Interview mit dem Deutschlandfunk vom 31. März, warum Deutschland für den Euro zahlen muss:

„Beim Euro müssen wir darauf achten, dass wir auf der einen Seite Europa zusammenhalten. Hier muss Deutschland mit Sicherheit, weil das die Tradition ist, ein Stück weit zahlen. Wir haben auch viel von Europa. Wir müssen aber gleichzeitig wissen, da ist ein Deckel drauf, das ist kein Fass ohne Boden.“

***Hans-Peter Keitel**, Präsident des Bundes der Deutschen Industrie, erklärt im „Stern“ vom 31. März, dass man 13 Milliarden Euro, die 2010 in die Förderung von erneuerbaren Energien flossen, nicht mehr als **„Ökopfennig“** bezeichnen könne. Außerdem:*

„Liebe Leute. Deutschland fehlt es nicht an Windrädern. Wenn der Wind kräftig bläst, können wir schon heute die Windenergie nicht vernünftig verteilen und speichern.“

Die Zugrunderetter

Rettungsbojen, Rettungsringe,
Rettungsleinen, Rettungsboot,
alle diesen guten Dinge
bringen Rettung in der Not.

Doch wenn einem ganzen Lande
Wasser bis zum Halse steht,
was heut' weder Schuld noch
Schande,
gibt's zur Rettung ein „Paket“.

Freilich, wenn die Weisen „schnüren“,
was geschnürt wen retten soll.
schreiben sie, was wir dann spüren,
höchstens klein ins Protokoll.

Aber bei Metaphern eben
sind sie kreativ und firm,
und so gibt's, um Trost zu geben,
obendrein den „Rettungsschirm“.

Dieser mag plausibler scheinen,
denn ist wer im freien Fall,
zieht er einfach an den Leinen,
und der Fallschirm füllt sich prall.

Allerdings mit solchen Thesen
hätten glatt wir uns verrannt:
Wie dazu wir nämlich lesen,
wird der Schutzschirm „aufgespannt“!

Ah, man denkt wohl, wie vom Regen
einer in die Traufe tritt –
klar, dann ist ein Schirm ein Segen,
auf gut Deutsch gesagt, ein Hit.

Da der Schutzschirm aber Zocken
eher fördert, statt wen schützt,
zagt man nicht, ihn „aufzustocken“,
dass vielleicht er trotzdem nützt.

Aufgestockt auch noch „verdoppeln“
will den Rettungsschirm man gar,
sozusagen dreifach moppeln,
grad als wär's für immerdar.

Überspannt verbockt man's weiter,
schützt und schirmt und stützt
verstockt
und macht just die Räuberleiter
jenen, die das Geld verzockt!

Pannonicus